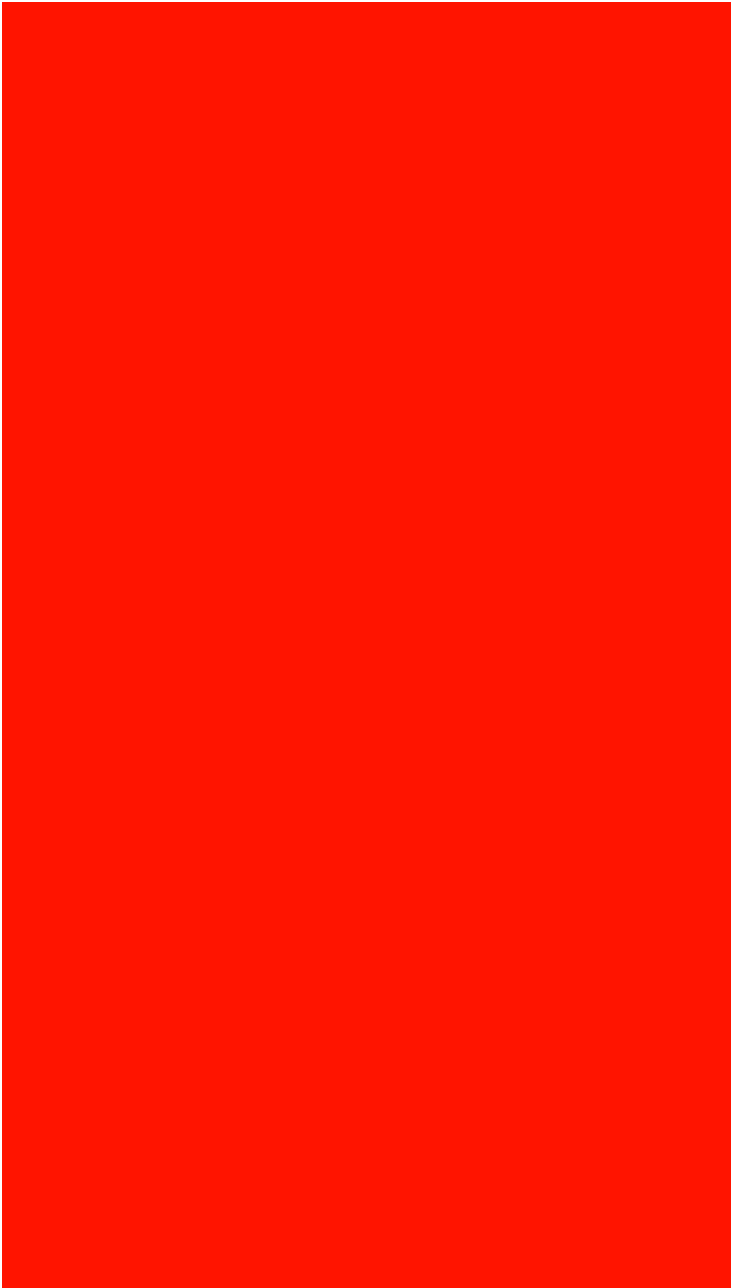


LIA BECKER UND MARIO CANDEIAS (HRSG.)

VOM HORROR ZUR HOFFNUNG

STRATEGIEN GEGEN BLOCKIERTE
TRANSFORMATION UND FASCHISIERUNG





INHALT

Vorwort: Drei Konjunktoren der radikalen Rechten 3

TEIL 1: ZEITDIAGNOSEN – VOM HORROR ...

Mario Candeias
Monster verstehen 7
Wechselwirkung von Faszisierung
und blockierter Transformation

Birgit Sauer
Exzess der Affekte 43
Maskulinistische Identitätspolitik von rechts

Sebastian Friedrich
Kritik der Rechtsruck-These 53
Wie der Aufstieg der Rechten eher
nicht zu fassen ist

TEIL 2: ... ZUR HOFFNUNG – LINKE ALTERNATIVEN UND STRATEGIEN

Wie weiter nach den Protesten gegen rechts? David Begrich, Clara Büniger und Anika Taschke im Gespräch	69
Gegen die Normalisierung der AfD Ein Interview mit Malte Engeler und Julia Dück von der Kampagne «Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!»	79
Bernd Riexinger Was tun gegen die zunehmende Faschisierung? Aufgaben für Die Linke	85
Autor*innen	93

VORWORT: DREI KONJUNKTUREN DER RADIKALEN RECHTEN

Die Entwicklung der radikalen Rechten folgt gewissen Konjunkturen, die der spezifischen gesellschaftlichen Situation entsprechen. Während die AfD in ihrer Gründungsphase ab 2013 noch einer rechtspopulistischen Revolte national-konservativer Professoren in Zeiten der Eurokrise glich, waren ihre ungehörigen neurechten und postfaschistischen Geschwister in anderen Ländern Europas bereits im Aufstieg begriffen. Den Bedingungen und der Wirkungsweise dieses Aufstiegs der neuen Rechten haben wir in der Broschüre «Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien» aus dem Jahr 2015 nachzuspüren versucht und Elemente für linke Gegenstrategien formuliert.¹ Die europäische Staatsschuldenkrise infolge der großen Finanzkrise 2009 ff. und die autoritär-neoliberalen Austeritätsmaßnahmen, die die Krise in vielen Teilen Europas noch dramatisch verschärften, war jedoch eher die Zeit eines linken Aufbruchs von Bewegungen und neuer linker Parteien. Die radikale Rechte verlor nicht nur in Deutschland an Momentum.

In der Bewegung der Geflüchteten, vor allem infolge des Krieges in Syrien, fand die radikale Rechte ab dem Jahr 2015 ihr zentrales Thema für eine neue Konjunktur. Aber

weshalb konnte ihre migrations- und menschenfeindliche Politik verfangen, welche Rolle spielte dabei die Hegemoniekrise des Neoliberalismus und die Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit? Welcher Qualitätswandel ging damit einher? Den erneuten Aufstieg der radikalen Rechten zu begreifen war Gegenstand unserer Publikation «Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien» aus dem Jahr 2018.² Aber auch von Erfahrungen linker Gegenstrategien konnten wir berichten.

Spätestens seit 2017 ist die autoritäre Wende kein europäisches Phänomen mehr. Mit Trump in den USA, Duterte in den Philippinen, Bolsonaro in Brasilien oder Putin in Russland geht es um einen globalen Autoritarismus mit sehr unterschiedlichen Facetten und doch auch zentralen Gemeinsamkeiten, denen wir als Stiftung mit einem internationalen Projekt auf den Grund zu gehen versuchten.³

1 www.rosalux.de/publikation/id/8340 2 www.rosalux.de/publikation/id/39174 3 Die International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (IRGAC) wurde 2019 ins Leben gerufen, <https://irgac.org/>

Weil die Gewalt von rechts auch hierzulande wieder zunimmt, werden Praxen des *Gegenhaltens* immer wichtiger. Ihnen widmeten wir 2020 ein Schwerpunktheft der Zeitschrift *LuXemburg*.⁴ Seit dem Jahr 2013 erleben wir in Deutschland eine dramatische Rechtsverschiebung. Wieder ein Qualitätssprung, der weit über die radikale Rechte hinausreicht? Warum gerade jetzt? Welche neuen Bedingungen und Ursachen lassen sich dafür identifizieren? Dem Horror mit dem «Pessimismus des Verstandes» (Gramsci) analytisch nachzugehen, die veränderten Verhältnisse zu begreifen heißt, ihnen weniger ausgeliefert zu sein, dem «Optimismus des Willens» und der Hoffnung einen festen Grund zu bereiten.

Lia Becker und Mario Candeias

Berlin, Juli 2024

⁴ www.rosalux.de/publikation/id/43495/gegenhalten

**TEIL 1: ZEITDIAGNOSEN –
VOM HORROR ...**

Mario Candeias

MONSTER VERSTEHEN

WECHSELWIRKUNG VON FASCHISIERUNG UND BLOCKIERTER TRANSFORMATION

1 Die Entwicklung auf den Begriff bringen	9
2 Facetten der Faschisierung	11
2.1 Konstruktion des «Anderen»	12
2.2 Reaktionäre Selbstermächtigung	14
2.3 Klassenhass	16
3 Post-Interregnum: Konfrontation zweier gesellschaftlicher Projekte	17
4 Krise der Regierbarkeit und moralische Paniken	19
5 Das Verhältnis von Faschisierung und Bourgeoisie/Kapital	24
6 Kampf um den schrumpfenden Kuchen oder eingeschränkte Mittel zur Konsensproduktion	25
7 Selbstlähmung der liberalen Demokratie	30
8 Vom «hilflosen Antifaschismus» zur Solidarität gegen die große Regression	34
Literatur	36

Die gesellschaftliche Entwicklung scheint derzeit auf autoritäre Kipppunkte¹ hinzu-
steuern. Das grün-kapitalistische Modernisierungsprojekt als dominante Antwort auf die Krisen wird durch Austeritätspolitik blockiert. Autoritär-populistische Kampagnen verschieben das politische Kräfteverhältnis nach rechts. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich durch die Ampelregierung nicht mehr vertreten und sehen bei den Parteien keine überzeugenden Ansätze dafür, die gesellschaftlichen Krisen und Verwerfungen in den Griff zu bekommen. Die Klassenfrage bleibt trotz sozialer Krise weitgehend aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verdrängt und politisch demobilisiert. In dieser gesellschaftlichen Konstellation erstarkt die AfD mit einem relevanten neofaschistischen Flügel weiter, Unzufriedenheit wird in rassistische und nationalistische Diskurse gelenkt.

Zugleich hat die Wut und Empörung über rechte «Remigrationspläne» in den ersten Monaten des Jahres 2024 zu einer massiven gesellschaftlichen Gegenmobilisierung geführt. Eine fortschrittliche Alternative zur Ampelpolitik ist aber kaum erkennbar. Die sogenannte Brandmauer erodiert, im rechts-konservativen Lager finden Vorberreitungen und Umgruppierungen statt.

An welchem Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung stehen wir? Droht eine dauerhafte politische Krise, eine autoritäre Transformation oder gar eine Dynamik der Faschisierung?

Ich möchte hier keine umfassende Analyse vorlegen, denn zu den Ursachen der Entwicklung der radikalen Rechten wur-

**FASCHISIERUNG IST EIN
PHÄNOMEN DES MISS-
LINGENDEN ÜBERGANGS
ZU EINER NEUEN PERIODE
KAPITALISTISCHER
ENTWICKLUNG NACH
DEM INTERREGNUM.**

de schon viel gesagt und geschrieben. Sie sind nicht unbekannt. Ich möchte daher nur kurz einige Facetten rekapitulieren, um dann, im Anschluss an meine Thesen vom letzten Jahr (Candeias 2023b), die Hauptthese dieses Beitrags zu begründen, denn zu fragen ist: Warum gerade jetzt? Welche spezifischen Bedingungen verleihen dieser Tendenz gerade heute soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit? Gewachsen in der organischen Krise des Neoliberalismus, gestärkt in den Wirren des Interregnums, zeigt sich die Bedeutung insbesondere in der Organisation einer Blockade des Übergangs zu einer grün-kapitalistischen Modernisierung (Becker 2023). Die These ist: Faschisierung ist ein Phänomen

¹ Der Begriff Kipppunkt ist hier analog zu seiner Verwendung in der Klimatologie zu verstehen, nicht im strengen naturwissenschaftlichen Sinn einer dauerhaften Unumkehrbarkeit, aber schon als Unumkehrbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen in der mittleren Frist, als Übergang zu einer neuen Entwicklungsperiode, der die Bedingungen etwa für linke und progressive Entwicklung entscheidend einschränkt.

des misslingenden Übergangs zu einer neuen Periode kapitalistischer Entwicklung nach dem Interregnum.

1 DIE ENTWICKLUNG AUF DEN BEGRIFF BRINGEN

Die Begriffe radikale Rechte, Rechtsextremismus, Populismus, Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit sind ungenau oder betreffen nur Teilelemente der Entwicklung. Denn wir haben es mittlerweile mit einer Tendenz zu tun, die die gesamte Gesellschaft nach rechts bewegt und dabei Menschenfeindlichkeit und Verachtung gegenüber Demokratie und Parlamentarismus verallgemeinert. Wir erleben eine neue Qualität dieser Entwicklung.

Es geht nicht mehr nur um die gewöhnliche Ablösung «einer bürgerlichen Regierung durch eine andere», sondern um den Wechsel von einer mehr oder weniger funktionierenden Demokratie mit Sozial- und Freiheitsrechten hin zu einer Entdemokratisierung, Entgarantierung und einer alltäglichen Entzivilisierung auf einem qualitativ neuen Niveau (gewissermaßen die neoliberale Postdemokratie übertreffend und vollendend), hin zur Zerstörung des Anspruchs auf solidarische und demokratische Lebensweisen. Einen qualitativen Funktionswandel kapitalistischer Regierungsformen, auf den auch Georgi Dimitroff 1935 hinwies (1958 [1935]: 527). Schon im Neoliberalismus war es nicht gleichgültig, welcher Teil der «neoliberalen Einheitspartei» (Bourdieu) regiert. Noch viel weniger gleichgültig ist es, wer in der gegenwärtigen Konjunktur einer reaktionären Transformation der bür-

gerlich-demokratischen Institutionen regiert. Es geht daher um die Benennung dieses qualitativen Sprungs, auszusprechen, womit wir es zu tun haben: mit einem Prozess der Faschisierung.

Doch ist die «Epoche des Faschismus» (Nolte) nicht endgültig vorbei, Faschismus also ein historischer Begriff? Selbstverständlich, denn Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Doch Faschismus bzw. die ihn prägenden ideologischen Elemente und Versatzstücke sind nicht einfach eine historisch bestimmte Form, sozusagen eine einmalige Epoche. Die Ideologeme dienen als Rohmaterial für eine je spezifisch konkrete (nicht-beliebige) Artikulation. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich je nach spezifischen Kräftekonstellationen, Traditionen und Konfliktlinien in einem Land sehr unterschiedliche Faschismen. Diese Ausgangsvoraussetzungen sind eng verknüpft mit dem Grad der kapitalistischen Entwicklung und dem Rang in der internationalen Arbeitsteilung. Deshalb ist die jeweilige Ausprägung mit ihren «Ursachen und Eigentümlichkeiten» räumlich wie zeitlich zu den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, Entwicklungsperioden und Transformationen des Kapitalismus in Beziehung zu setzen.²

2 «Bei allen Verschiedenheiten der Faschismus-Varianten bildet bereits ihre Gemeinsamkeit als reaktionäres Massenregime gegen Sozialismus und Demokratie eine solide Grundlage für einen allgemeinen Faschismusbegriff», so Jan Rehmann (2024: 2323; mit Verweis auf Togliatti 1973 [1935]: 8–16; vgl. auch Häusler/Fehrenschild 2020), mit dem «Nazismus» als spezifische deutsche Extremform (Rehmann 2024). Statt von mehr oder minder festgefügt definierten Faschismusbegriffen geht es bei der Faschisierung um eine spezifische Artikulation ideologischer Elemente, die mehr und mehr Wirksamkeit entfaltet, indem sie intersubjektiv konsolidierte Erfahrung und Wissen zersetzen und das Denken und Fühlen dabei selbst herrschaftlich transformieren.

Aber es geht mir in diesem Beitrag gar nicht um Faschismus (vgl. Opratko 2023), sondern um einen Prozess der *Faschisierung*, der molekularen Ausbreitung typischer ideologischer Elemente in zunehmend kohärenterer und geschichtlicher – also gesellschaftlich wirksamer – Form, ohne dass wir gleich von einem ausgewachsenen Faschismus sprechen können. «Das Changieren zwischen einem Gerade-Noch demokratischer Regelung» bzw. demokratischer gesellschaftlicher Umgangsformen und «dem Noch-Nicht faschistischer Politik macht gerade die Spezifik» der Situation der Faschisierung aus (Weber 1999: 146).

«Die Frage ist weniger, ob es sich [...] «noch» um Rechtspopulismus oder «schon» um (Neo-)Faschismus oder Proto-Faschismus handelt, sondern vielmehr ob sich [...] gegenwärtig eine Faschisierung beobachten lässt. Der Vorteil des Begriffs der «Faschisierung» liegt darin, dass er die Aufmerksamkeit auf Prozesse und Dynamiken innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft richtet.» (Rehmann 2020)

Als «ungehörige Geschwister des Neoliberalismus» (Candeias 2015: 55) kamen in verschiedenen europäischen Ländern schon seit den späten 1990er-Jahren erfolgreiche neofaschistische und neurechte Parteien auf (Candeias 2004: 337 ff.). Vor allem Letztere verbanden rechtspopulistische Forderungen mit wirtschaftlichem Liberalismus und einem modernen Erscheinungsbild. So hoben sie sich von der traditionellen radikalen Rechten ab.

Doch in einer Situation, in der der Neoliberalismus seine Hegemonie verloren hat

**«DER VORTEIL
DES BEGRIFFS DER
«FASCHISIERUNG»
LIEGT DARIN, DASS
ER DIE AUFMERKSAM-
KEIT AUF PROZESSE
UND DYNAMIKEN
INNERHALB DER
BÜRGERLICHEN
GESELLSCHAFT
RICHTET.»**

(auch wenn seine Vertreter*innen versuchen, dessen Dominanz hart zu verteidigen; vgl. Candeias 2009: 7 ff.), gewinnt die radikale Rechte zunehmend an Bedeutung und Wirksamkeit – und sie radikalisiert sich: eine Verschiebung also vom autoritären Neoliberalismus über den autoritären Rechtspopulismus hin zu einer grassierenden Faschisierung, die größere Teile der Gesellschaft erfasst.

2 FACETTEN DER FASCHISIERUNG

Weshalb sind in der gegenwärtigen Entwicklung Elemente der Faschisierung zu erkennen? Im Zuge der dramatischen Zunahme der (nicht nur ökonomischen) Ungleichheit breiten sich reaktionäre Formen der «Ressentimentbewirtschaftung» (Nachtwey) immer weiter aus und Respektabilitätsgrenzen werden immer entschiedener, vor allem von oben (vgl. Candeias 2018: 36 f.), gezogen. Die vom Abstieg «bedrohte Mitte» grenzt sich gegen «die weiter unten» ab; die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (vgl. z. B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Erwerbslosen, Migrant*innen und anderer subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte (2008) scheuten sich schon vor Jahren nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsumweisen als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem selbst entworfenen Bild der «gefährlichen Klassen» plädierte er sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerlichen Klasse gegenüber den Unterklassen.

Teile der «bedrohten Mitte», aber auch dem Prekariat Zugehörige machen sich diese von oben gezogenen Respektabilitätsgrenzen zu eigen und richten sie gegen sich selbst (Versagens- und Schuldgefühle bis hin zum Selbsthass) und andere (Aufwertung der eigenen Position durch Abwertung anderer). Klassismus, Rassismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktionen von Ungleichwertigkeit. Zugleich stellen sie eine Form der ideologischen und sozialen Kompensation für die Unterordnung im Alltag dar.

Die radikale Rechte hat diese Konstruktionen von Ungleichwertigkeit in ihrem strategischen Populismus aufgegriffen und verstärkt. Dabei kombiniert sie antiliberaler, antimuslimischer, antifeministischer, homophober, antiökologischer und gegen weitere Minderheiten gerichtete Positionen – auch explizit rassistischer Positionen – jeweils auf spezifische Weise (der «umgekehrte Regenbogen», wie es in Brasilien hieß). Dies ermöglicht es ihr – entgegen ihrer Klassenzusammensetzung –, auch Missstimmung «von unten» in populäre Zustimmung zu verwandeln (vgl. Hall 1982: 114): gegen «die da oben» und «die weiter unten» (vgl. ausführlich Candeias 2018: 43 ff.). Generell geht es um gruppenbezogene Abwertung – bis hin zur (erst diskursiven und dann realen) Entrechtung. Umso erfolgreicher die radikale Rechte dabei ist, desto mehr werden solche Positionen von anderen Akteuren übernommen, auch von etablierten Parteien, erst rechts der Mitte, aber (mit Abstufungen) auch bis hinein in die gegenwärtige Regierungskoalition. Facetten dieser Praxis sind:

2.1 Konstruktion des «Anderen»

Für die gegnerorientierte Mobilisierung der radikalen Rechten bedarf es immer wieder der Produktion des «Anderen». Es geht dabei durchgehend um eine spezifische Verbindung von Formen des Klassismus, Rassismus und Sexismus, gegen «Faule» und Arme, «die gefährlichen Klassen», «Asylanten und Ausländer», «den Islam» oder «Genderwahn». Als ob die chauvinistische Rechte noch einmal bestätigen wollte, wie bedeutsam ein Verständnis von *class*, *race* und *gender* ist. Insbesondere Antifeminismus, Transfeindlichkeit und toxische Männlichkeit spielen gegenwärtig angesichts der mühsam errungenen Fortschritte von Bewegungen eine größere Rolle als im historischen Faschismus.

Dabei wird umgekehrt ein ganzes Arsenal der Monster eingesetzt, um Zustimmung zu generieren. Die positive Anrufung einer jeweils spezifischen Kombination folgender Ideologeme konstituiert jeweils unterschiedliche Facetten eines politischen Projekt: Nationalismus, Volk (in der völkischen, weniger der popularen Form) und/oder «Rasse», die traditionelle Familie, auch Religion sowie traditionelle Formen der Identität, aber auch der Arbeit und Leistungsorientierung, der Männlichkeit und Weiblichkeit, der Pflicht und Ordnung oder Ideale (negativer) Freiheit, des Naturverhältnisses – und vor allem der retronormativen «Normalität»: «Deutschland, aber normal» – der Slogan, mit dem die AfD 2021 zu den Bundestagswahlen antrat.

Eine Strategie, «die entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer oder naturausbeuterischer Linien spaltet

und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert» (Demirović 2018: 34). Entfaltet wird «eine wahnhaftige Weltsicht, die aber Sinn stiftet. Sie bietet den Menschen Wärme, Zugehörigkeit und zur Kameradschaft deformierte Solidarität» (Negt 1976: 69). Dreh- und Angelpunkt ist ein ««Opfersein» gegenüber Kräften, die man nicht kontrollieren kann, und gegenüber Menschen, die angeblich unverdient im Vorteil sind – und die Auflehnung gegen all das» (Goes 2024).

Diese Form der Mobilisierung ist mit einer Art imaginierten Handlungsfähigkeit der Subalternen verbunden. Sie operiert angesichts der verbreiteten Ohnmachtserfahrungen mit dem Versprechen einer Rückgewinnung der «Kontrolle» gegen und der «Sicherheit» vor der äußeren und inneren Bedrohung. Sind die verschiedenen Elemente einmal in dieser Weise artikuliert und verknüpft, ist es ungleich schwieriger, sie wieder voneinander zu lösen.

Der neue Autoritarismus kann so als Bemühen gelesen werden, «ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoisie und den Subalternen» (Demirović 2018: 34).

Es gelingt der autoritären und radikalen Rechten dabei, Diskurse wirksam auf den Kopf zu stellen. So bringt sie mit Macht die soziale Frage zurück auf die politische Agenda, als «exklusive Solidarität» (Dör-

**DER DEMOKRATISCHE
ANSPRUCH, GEMEINSAM UM
DIE WAHRHEIT ZU RINGEN,
WIRD ABGELEHNT.**

re) nur für Deutsche, greift dabei aber gezielt Gewerkschaften (kollektive Rechte) und soziale sowie Arbeitsrechte an. Beim Kampf gegen das Gebäudeenergiegesetz beispielsweise, den sogenannten Heizungshammer von Minister Habeck, stilisierten sich die – erneut gesellschaftlich sehr breit aufgestellten – Gegenkräfte als Verteidiger der «kleinen Leute», obwohl nur die wenigsten Hausbesitzer*innen Menschen mit geringen Einkommen sind oder überhaupt gezwungen gewesen wären, ihre Heizung auszutauschen. Oder sie konstruieren einen umgekehrten Regenbogen: gegen lila, rosa, grün und bunt – als Widerstand gegen die «moralisierende Umerziehung» durch die 68er, die ja real viele der Machtpositionen in Politik, Erziehungswesen, Medien, Universitäten oder Nichtregierungsorganisationen besetzen. Die autoritäre und radikale Rechte zielt auf

die Spaltung der Subalternen, auf restriktive Handlungsfähigkeit für einzelne Gruppen von Subalternen und ihre «reaktionäre Selbstermächtigung» (vgl. Candeias 2018: 48, mehr dazu unten). Dabei nutzt sie die sozialen Medien virtuos. Wie keine andere Partei weiß sich die AfD etwa auf TikTok zu bewegen. Nicht ganz von ungefähr ist sie bei Jung- und Erstwähler*innen noch etwas beliebter als im Durchschnitt der restlichen Gesellschaft. Die Faschisierung ist also kein Phänomen der eher älteren Generationen, sondern eines mit «Zukunftspotenzial».

Der Angriff von rechts richtet sich meist auch gegen eine vermeintlich linke, liberale «Elite», gegen «verkommene 68er» etc. Eng damit verbunden ist der Kampf gegen «Political Correctness» als Teil eines breit angelegten Versuchs, das Konzept «Wahrheit» zu relativieren. Dabei werden auch Fake News und Verschwörungstheorien eingesetzt, es gebe eben ganz viele Wahrheiten, inklusive einer Vielzahl von selbsttätig gemachter «Do it yourself»-Ideologien (PIT 2007 [1980]: 39). Der demokratische Anspruch, gemeinsam um die Wahrheit zu ringen, wird abgelehnt. Daher der Kampf gegen die Presse(-freiheit), gegen die Aufklärung und Wissenschaft(-sfreiheit) – aber auch gegen eine unabhängige Justiz, die als Ausdruck einer kodifizierten Form von Wahrheitssätzen verstanden wird. Häufig ist dies verbunden mit gezielt inszenierten «Tabu-Brüchen» im Sinne des «Wird-mal-sagen-Dürfens» und schließlich mit einem groben Geschichtsrevisionismus. Ergebnis ist eine Erweiterung des Raums des Sagbaren. Auch das eine mittlerweile weit verbreitete Praxis.

Die autoritäre und radikale Rechte hegt eine offene Gegnerschaft gegenüber Parlamentarismus und Parteien, verunglimpft demokratische Verfahren und nutzt das Parlament (voller Missachtung) als Bühne. Der Anspruch führt jedoch weiter, er richtet sich gegen eine demokratische und solidarische Lebensweise auch im Alltag – denn die Erweiterung des Sagbaren führt unmittelbar zur Erweiterung des Raums des Handelns, von Hassäußerungen in den sozialen Medien und im Alltag bis hin zu Gewalttaten (von «unten») und schließlich – dort, wo solche Kräfte an die Macht gelangen – zu offener Repression (von «oben»).

2.2 Reaktionäre Selbstermächtigung

«Take back control», die Rückgewinnung der Kontrolle, ist, wie gesagt, das Versprechen einer radikal rechten Agenda. Verbunden mit der Aktivierung des Resentiments, mit Begeisterung, auch Fanatismus, kommt es zu einer Art (zunehmend massenhafter) reaktionärer Selbstermächtigung, in der sich ein verbreiteter Fatalismus ausdrückt und das Aggressionspotenzial sich entladen kann (zu den Ursachen der dahinterstehenden Verunsicherung, des Fatalismus und der Wut vgl. Candeias 2018: 35–40) – «Selbstentfremdung» wird als «begeisterte Selbsttätigkeit organisiert» (PIT 2007 [1980]: 107). Diese Handlungsermächtigung (vgl. Franz Neumann) kann vom Sprechakt bis zur Gewalt reichen. Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte haben 2023 erneut zugenommen (Amnesty International 2024), so auch die Angriffe auf linke Abgeordnetenbüros. Nicht zuletzt gab es im Jahr 2023 bereits 445 Fälle von Gewalt gegen Obdachlose bis hin zu Mord (David 2024).³

Gewalt folgt der Normalisierung von Menschenfeindlichkeit.

Die AfD geht voran: «Schläge, Drohungen, Waffenbesitz» – eine Recherche des Netzwerks Correctiv zeigt, die Partei duldet auf allen Ebenen Mandatsträger*innen (meist Männer), die mit «körperlicher, verbaler oder indirekter Gewalt aufgefallen sind – viele trotz Verurteilung. Darunter sind mehrere Landtags- und Bundestagsabgeordnete» (Eckert u. a. 2024).

Eine rechte kulturelle Hegemonie in Teilen der Republik macht es engagierten Menschen schwer, den fortgesetzten verbalen Attacks und manifesten Drohungen überhaupt standzuhalten. Der Fall der Lehrer*innen an einer Schule in Burg, die rechte Vorfälle öffentlich machten und später die Schule und den Ort verließen (vgl. rbb 2024), ist kein Einzelfall mehr. Bürgermeister*innen legen ihr Amt nieder, Pfleger*innen ihren Job, Student*innen ziehen weg. Dass ein Lehrer in Cottbus zwei 12-jährige Schüler mit Migrationshintergrund schlägt, mag noch ein für die Schüler traumatischer Einzelfall sein – dass eine Schulbehörde Unwillens ist, in diesem Fall zu handeln, ist besorgniserregend (Krautz 2024).

Insgesamt nimmt die alltägliche Aggression zu: von der Ignoranz gegenüber dem Leid anderer, geflüchteter oder armer Menschen, der Unfähigkeit, eine andere Meinung oder die öffentliche Präsenz von queeren Menschen und People of Color

³ Vgl. auch «Alarmstufe Rechts», in: LuXemburg 2/2020, 18–19, <https://zeitschrift-luxemburg.de/ausgaben/gegenhalten/>

zu ertragen, über die Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr bis hin zur tagtäglichen Gewalt gegen Frauen, Geflüchtete, Queers und andere. Gewalt gegen Abgeordnetenbüros, die Antifa, Journalist*innen oder Politiker*innen sind fast schon an der Tagesordnung. Die Grenze zwischen Sachbeschädigung und Gewalt gegen Personen wird immer häufiger überschritten. Rechte und rassistische Gewalt beschränkt sich längst nicht mehr auf eng umrissene organisierte und militante rechte Gruppen – die Gewalt wird mehr und mehr enttabuisiert und in die Gesellschaft getragen.⁴ Hier droht der Übergang zu einer offen gewaltförmigen und faschistischen Kultur.⁵ Rechte Entwürfe von Männlichkeit befördern den «Exzess der Affekte» (siehe den Beitrag von Birgit Sauer in dieser Broschüre). Zugleich gab und gibt es viel zu lange schon eine Tolerierung der Gewalt von rechts durch staatliche Sicherheitsbehörden und Justiz bzw. in Teilen sogar eine «Durchdringung des Staatsapparates mit demokratiefeindlichen Kräften» (Wiegel 2020: 51).⁶

Eines der häufig geäußerten Argumente gegen die Verwendung des Begriffs Faschisierung, der wiederum dann nicht von Faschismus unterschieden wird, ist, dass Letzterer eine Massenbasis bzw. Massenorganisationen voraussetzt. Wenn wir von gesellschaftlich weitverbreiteten Einstellungen der «Menschenfeindlichkeit» (Heitmeyer) und Zustimmungswerten für die AfD von bis zu einem Drittel bei Wahlumfragen ausgehen sowie einer durchaus massenhaften Praxis, Ressentiments nicht nur als Einstellung zu haben, sondern offen zu vertreten, auszuleben und eben auch

in gewalttätiges Handeln zu übersetzen, dann ist davon auszugehen: Eine Massenbasis ist durchaus vorhanden.

Zum anderen gab es in der Geschichte Faschismen, die weniger einer Art reaktionärem Cäsarismus entsprachen, der sich auf Massen stützt (vgl. Gramsci 1991 ff.: Bd. 7, 1592 in den «Gefängnisheften» für Italien), als viel eher einem Bonapartismus (vgl. Marx 1956 ff. [1852] im «18. Brumaire» für Frankreich) mit einer «Verselbständigung der Exekutivgewalt» (Thalheimer 1967 [1930]: 28) unter Ausschaltung der Parlamente, die die Massen nur anruft, sich auf sie beruft, aber passiviert, mit diktatorischer Gewalt. Die faschistischen Regime in Spanien, Portugal oder Griechenland stützten sich dementsprechend vor allem auf die Militärgewalt (teilweise den Klerus) und weniger auf die falangistische Bewegung (vgl. Poulantzas 1977). Letzteres galt vor allem für jene Länder, in denen es eben nicht um Faschismus als kapitalistische Modernisierung ging, sondern um die Verhinderung einer – von der Arbeiter*innen- und teilweise Bäuer*innenbewegungen getragenen – Modernisierung. Einmal «Staat ge-

4 Allerdings lassen die «konkreten Vorbereitungen auf einen «Bürgerkrieg» innerhalb der organisierten Rechten «jedoch eine neue Qualität erkennen» (Wiegel 2020: 54), unter Beteiligung der rechten Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden. 5 Nicht umsonst kommt die Selbstbezeichnung *fascismo* von den herrschaftlich strukturierten «Kampfbünden» (ital. *fasci*), abgeleitet «vom antiken römischen Herrschaftssymbol des Rutenbündels (lat. *fascies*) mit dem Beil als Symbol der Todesstrafe, die vom Träger angeordnet werden» (Rehmann 2024: 2312). 6 «Die Bundesrepublik ist nicht Weimar, und doch» markiert «die Geschichte der Bundesrepublik [...] eine Blutspur der extremen Rechten» (Wiegel 2020: 52). Erst mit der Selbstenntarnung des NSU rückten nicht nur die 208 Todesopfer rechter Gewalt (Stand 2020, vgl. Schwerpunkttheft «Gegenhalten»: LuXemburg 2/2020: 19) und die Bedrohung, sondern auch der «Staat und sein Handeln – oder vielmehr Nichthandeln – stärker in den Fokus der Öffentlichkeit» (Wiegel 2020: 52).

worden», ging es vielmehr um die Demobilisierung der Arbeiter*innenbewegungen.

2.3 Klassenhass

Damit sind wir beim kapitalistischen Credo der Faschisierung angekommen, das auch für die Gegenwart gilt: «Akkumuliert, akkumuliert!» Konsequenter wird gegen alle oppositionellen und emanzipatorischen Kräfte vorgegangen, dabei immer gezielt gegen den «Kollektivismus» und «Liberalismus», also gegen kollektive wie individuelle soziale Rechte. Im Fokus stehen deshalb sowohl die Gewerkschaften und Arbeitsrechte, um das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu verschieben, als auch die Commons, also das Öffentliche – im globalen Süden vor allem auch gemeinschaftliche Landrechte –, um die Enteignung gesellschaftlicher Ressourcen voranzutreiben. Das betrifft in der Regel Minderheitenrechte, Frauenrechte und Gewerkschaftsrechte als Erstes.

Der Angriff auf Gewerkschafts- und Arbeitsrechte gehört auch international zu den zentralen politökonomischen Konstanten der autoritären und radikalen Rechten,

quer zu ihren sonstigen Differenzierungen (Ausnahme evtl. Polen). Insgesamt geht es um die Beseitigung der Hindernisse von Kapitalakkumulation in ihrer schärfsten Form (von *extreme energy* und verschärfter Ökonomie der Enteignung über Rieseninfrastrukturen bis hin zur klassischen Erhöhung der Ausbeutungsraten und Auspressung aller gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen).

Konkret bedeutet das hierzulande Union Busting in vielen Betrieben des Mittelstands, aber auch bei Tesla oder Amazon. Zudem werden aktuell wieder Forderungen nach Einschränkung der Streikrechte im Bereich der «kritischen Infrastrukturen» erhoben. Wenn, jenseits der direkten Kontrahenten, Dritte stärker betroffen sind, werden die Gewerkschaften, deren Kampffähigkeit ohnehin geschwächt ist, direkt angegriffen, was nicht nur rechts der Mitte, sondern auch in der Öffentlichkeit viel Zustimmung erfährt. Doch auch in den Belegschaften selbst und innerhalb der Gewerkschaften, und zwar nicht nur in den Reihen der AfD-nahen Betriebslisten, zeigt sich die Faschisierung in einer zunehmend «ex-

**DER ANGRIFF AUF GEWERKSCHAFTS- UND ARBEITSRECHTE
GEHÖRT AUCH INTERNATIONAL ZU DEN ZENTRALEN
POLITÖKONOMISCHEN KONSTANTEN DER AUTORITÄREN
UND RADIKALEN RECHTEN.**

klusiven Solidarität», die nur noch für die engste Kernbelegschaft gilt. Menschen mit Migrationshintergrund werden allenfalls als einzelne, «gute Ausländer» toleriert. Doch die gesellschaftliche Konfliktachse zwischen Kapital und Arbeit verspricht eh nur noch wenig Erfolg, weil sich immer weniger Menschen in Gewerkschaften engagieren. Populär ist demgegenüber eine Vorstellung von einem «unten» als Volk gegen ein «oben» als «Elite», aber auch gegen die echte oder vermeintliche Konkurrenz von «außen» und gegen jene noch «weiter unten».

Der Klassenhass (Balibar) trifft als Erstes jene, die zur Verwertung nichts beitragen (können), die Arbeitslosen und Empfänger*innen von Sozialhilfe. Eine breite Phalanx von Kräften polemisiert immer wieder gegen Bürgergeld-Empfänger*innen und ihre spärlichen Rechte. Es beginnt bei der Forderung, vermeintlich «arbeitsunwillige» junge Erwachsene härter zu sanktionieren, und endet – wie in Italien unter Regierungschefin Meloni – bei der praktischen Abschaffung der Sozialhilfe. Der «sozialdarwinistischen Faschisierung» des Subjekts (Haug 1986: 328) haben bürgerliche «Normalisierungsmächte» den Weg bereitet (ebd.: 70) – durch neoliberale Praxen des «Forderns statt Förderns», mediale Kampagnen gegen Bezieher*innen von Transferleistungen⁷ oder kalt-abstoßende Verhaltensratschläge wie die eines Thilo Sarazzin. Was sich als «kumulative Radikalisierung» (Theodor Mommsen, zit. n. Rehmann 2024: 2322) beschreiben lässt, richtet sich gegen alle Leistungsbezieher*innen (*takers*) von innen wie von außen, Arme wie Geflüchtete.

3 POST-INTERREGNUM: KONFRONTATION ZWEIER GESELLSCHAFTLICHER PROJEKTE

Zu fragen ist, welches die spezifischen Bedingungen sind, die dieser Tendenz der Faschisierung heute global soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit verleihen. Warum konnte sie gerade jetzt so bedeutsam werden? Gewachsen in der organischen Krise des Neoliberalismus, gestärkt in den Wirren des Interregnums, zeigt sich die Faschisierung insbesondere in der Organisierung einer Blockade des Übergangs zu einer grün-kapitalistischen Modernisierung (Becker 2024).

Das Interregnum zeichnet sich mit Gramsci klassischerweise durch eine Situation aus, in der «das alte stirbt, aber das neue nicht geboren werden kann» (Gramsci 1991 ff.: Bd. 1, 354 f.). Neoliberale Mächte und Strukturen dominieren seit der großen Krise 2007–2009 weiterhin das Feld, doch sie haben den aktiven Konsens der Beherrschten verloren, sodass zunehmend autoritäre Maßnahmen Mittel der Führung und Überzeugung ersetzen. Zudem ging ein zentrales Mittel für einen neuen Akkumulationsschub innerhalb der neoliberalen Logik verloren: Die Notwendigkeit aktiver Staatsintervention kollidierte mit der neoliberalen Austeritätspolitik.

Spätestens ab dem Jahr 2011 öffnete sich ein Raum für eine Vielfalt unterschiedlichster gesellschaftlicher Projekte: lin-

⁷ Vgl. z. B. die Florida-Rolf-Kampagne der Bild-Zeitung, <https://de.wikipedia.org/wiki/Florida-Rolf>

ke Aufbrüche mit den Bewegungen der «Empörten», Generalstreiks in Europa, die Gründung neuer und vielversprechender linker Parteien, die Revitalisierung einer linken Sozialdemokratie mit den Bewegungen um Sanders und Corbyn, aber natürlich auch die Verbreitung radikal rechter Projekte. Ein neuer Bewegungszyklus war angebrochen, der dann auch zu den großen Klimaprotesten führte. Vor diesem Hintergrund konnte sich keine Partei mit Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung mehr leisten, auf ein Programm zur ökologischen Modernisierung zu verzichten. War das Projekt eines grünen Kapitalismus nach 2009 noch blockiert (Candeias 2012), obwohl es als einziges einen durchsetzbaren, auch ökonomischen Ausweg aus der Krise bot, konnte es zehn Jahre später beanspruchen, die Richtung zu weisen und zum «Staate zu werden». Ulrich Brand und Markus Wissen nennen das «Dekarbonisierung als Staatsprojekt».⁸

Die alten konservativen Kräfte konnten dem allein wenig entgegensetzen. Der radikalen Rechten hingegen gelang es nach dem Scheitern der linken Aufbrüche an den stabilen Mauern der (europäischen) Institutionen, sich als einziger oppositioneller Gegenpol zu präsentieren. Der Übergang zu einem grün-kapitalistischen Projekt ist dabei kein gewöhnlicher Übergang zwischen verschiedenen Entwicklungsperioden des Kapitalismus (vgl. Candeias 2004).

**WIR LEBEN IN KEINER
OFFENEN GESELLSCHAFTLICHEN
SITUATION MEHR.
DIE ENTWICKLUNGSPFADE
SIND UMKÄMPFT, ABER VIELE
ALTERNATIVEN BEREITS
VERUNMÖGLICHT UND WEGE
VERSCHLOSSEN.**

⁸ So bei der Vorstellung ihres Buches «Kapitalismus am Limit» am 18. April 2024 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Allerdings: «Unter der Bedingung kapitalistischen Wachstums bedeuten Strategien der Dekarbonisierung keine Reduktion des Rohstoffverbrauchs.» (Brand/Wissen 2024: 169)

Er rührt vielmehr an den Grundlagen einer über mehrere Perioden des Kapitalismus tief eingeschriebenen fossilistischen Produktions- und Lebensweise. Daher entfesselt er auch so viele Gegenkräfte, Affekte und Furor.

Zwischen diesen beiden Polen der Konstellation ist wenig Raum für anderes. Wenn ein Selbstzitat erlaubt ist: «Wir leben in keiner offenen gesellschaftlichen Situation mehr. Die Entwicklungspfade sind umkämpft, aber viele Alternativen bereits verunmöglicht und Wege verschlossen.» (Candeias 2023b: These 1) Es kommt zur Konkurrenz eines liberal-imperialen grünen Kapitalismus mit Projekten der Faschisierung.

Zu Gramscis Zeiten bildete sich gerade eine ähnliche Konstellation konkurrierender Projekte heraus: ein «Amerikanismus» auf fordristischer Grundlage, ein «nachholender» Fordismus in den faschistischen Ländern Europas sowie ein «halbierter» Fordismus in der Sowjetunion (später auch in anderen realsozialistischen Ländern). Diese dritte – wenn auch schon damals unzureichende – Alternative fehlt uns gegenwärtig – dabei ist sie für ein Überleben so bitter nötig. Nicht auszudenken, in welche Situation uns eine Konfrontation zwischen der drohenden Staatswerdung eines radikalisierten Faschisierungsprojekts unter Trump in den USA und China, einem (durchaus autoritären) Vorreiter grün-kapitalistischer Entwicklung, im atomaren Zeitalter bringen würde.

4 KRISE DER REGIERBARKEIT UND MORALISCHE PANIKEN

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch die «Konvergenz eines radikalisierten Konservatismus mit der radikalen Rechten», die mit der «aggressiven Verteidigung der fossilistischen Lebensweise» und harten «Kulturkämpfe[n] auf allen Ebenen» einhergeht (Candeias 2023b). «Repräsentiert wird diese Allianz durch wechselnde Führungsfiguren wie Trump, Bolsonaro, Duterte, Modi, Meloni, Núñez Feijóo und andere. In Deutschland war diese Tendenz zuletzt (wieder) an den heftigen Kämpfen um die Heizungswende zu erkennen. Innergesellschaftlich markieren diese nationalistischen, rechts-autoritären Projekte den Gegenspieler zu einem grün-liberalen Projekt der Modernisierung, zumindest in Europa und den USA sowie in Lateinamerika. Sie bergen ein großes Destruktionspotenzial. Es mangelt diesen Projekten jedoch – abgesehen von einer noch extremeren Ausbeutung von Mensch und Natur – an einer produktiven Perspektive: Die Aussichten auf Akkumulation jenseits eines *extreme fossilism* und die Möglichkeiten, Sozial- und Klimakrisen jenseits von Zwang zu moderieren, sind begrenzt.» (Ebd.)

Auch die konservativen Parteien haben kein attraktives neues Projekt, das eine «Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter» (Marx), die Bearbeitung der zentralen gesellschaftlichen Krisen und Widersprüche und einen aktiven gesellschaftlichen Konsens verspricht. Seit der Radikalisierung ihrer alten Agenda in eine Art «autoritären Neoliberalismus» (Candeias 2004)

anlässlich der Finanz- und Schuldenkrise 2009ff. haben sie keine Ideen und Impulse mehr für eine neue Politik. Schon unter Bundeskanzlerin Merkel ging es zuletzt nur noch um die Verwaltung der Krisen. Mit Friedrich Merz steht ein Vertreter eines überkommenen Neoliberalismus an der Spitze der CDU. Zukunft repräsentiert sie nicht.

So erging es vielen konservativen Parteien. In dieses «ideologische» Vakuum stießen politische Unternehmer wie Berlusconi, der mit seiner Forza Italia die politische Landschaft im Land veränderte. Später nahmen sich Figuren wie Kurz in Österreich oder Trump in den USA dies zum Vorbild, entkernten die alten Parteien von innen, ließen nur die Hülle übrig und füllten sie mit einem neuen Personenkult und der Übernahme der radikal rechten Agenda. Andernorts wurden die konservativen Parteien wie Les Républicains zwischen einem liberalen Populismus à la Macron und der radikalen Rechten des Front National/Rassemblement zerrieben. Aus dieser Krise versuchen konservativ Neoliberale mit einem liberalen Populismus à la Macron herauszukommen. Das gelingt nur so halb, weil die radikale Rechte da meist konsequenter ist – siehe die Ergebnisse des Rassemblement National bei den Parlamentswahlen in Frankreich 2024 (29%) – und weil die Konservativen zugleich nicht ihren Status als Volkspartei und als Vertreter der wichtigsten Kapitalfraktionen gefährden dürfen.

Das Seltsame ist dabei, dass diese Vertreter*innen der alten, konservativen Staatsparteien, also jener Parteien, die geradezu

das Establishment der herrschenden Klasse repräsentierten, nun selbst die Anti-Establishment-Rhetorik der radikalen Rechten bedienen, sich stets als Opfer gerieren, als Verteidiger der «kleinen Leute», von denen sie im Unterschied zu allen anderen wohl kaum weiter entfernt sein könnten. Dahinter steht der Frust über den Aufstieg des progressiven Neoliberalismus im herrschenden Machtblock und dessen Allianz mit einer neuen grün-kapitalistischen Fraktion, die sich zudem anschickt, weitere Positionen im Machtblock zu besetzen – auf Kosten der Konservativen ohne Projekt. Letztere suchen ihr Heil in der Radikalisierung und Faschisierung, sie versuchen, die radikale Rechte in ihren Forderungen noch zu übertrumpfen: mit der Verachtung von Recht, mit Deportationsplänen nach dem britischen «Ruanda»-Modell der Tories oder mit noch mehr Härte gegen Empfänger*innen von Sozialleistungen und einem strafenden Staat. So geht die CDU

**FATALISMUS WIRD
DABEI ZUR NEGATIVEN
KRAFT, ZUM TREIBSTOFF
DER FASCHISIERUNG.**

zum Beispiel in ihren jüngsten Entwürfen für ein neues Grundsatzprogramm über die diesbezüglichen Forderungen der AfD noch hinaus.⁹ «In historisch unruhigen Zeiten entstehen in konservativen Kreisen Faschisierungsdynamiken inner- und außerhalb des Parlaments» (Strobl 2021: 143). Eine gewisse Bereitschaft zur Faschisierung (in Anlehnung an Klaus Weber 2018: 13) als ein Versuch der «autoritären Stabilisierung» nimmt fraglos zu (Brand/Wissen 2024: 36).

Die Faschisierung ist also ein Phänomen, bei dem die Bourgeoisie unfähig erscheint, zu regieren und die (im kapitalistischen Sinne) notwendige Transformation zu organisieren, während der größte Teil der lohnabhängigen Klasse demobilisiert ist bzw. die scharfen tariflichen Auseinandersetzungen und Streiks ein hoffnungsvolles, aber beschränktes Moment bleiben und eben keine Trendumkehr bewirken können (weder mit Blick auf Reallohnzuwächse insgesamt noch in Bezug auf den allgemeinen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Beschäftigten). Fatalismus wird dabei zur negativen Kraft, zum Treibstoff der Faschisierung durch Erschöpfung und Demobilisierung solidarischer Teile der Bevölkerung auf der einen Seite und durch reaktionäre Selbstermächtigung und Entsolidarisierung anderer auf der anderen Seite.

Die Ungleichzeitigkeit der Widersprüche (vgl. Bloch 1985 [1935], 116 f.), die mit normalen Mitteln scheinbar nicht «in den Griff zu bekommen» sind, bewirken eine Art Auseinanderfallen von grundlegenden gesellschaftlichen Problemen und öffentlichen «Triggerpunkten» (Mau/Lux/Wes-

theuser 2024), entlang derer diese Probleme verhandelt bzw. durch diese Art der zugespitzten Thematisierung unsichtbar gemacht werden. Dabei geht es um vermeintliche Banalitäten wie Gendersternen, das Frühstücksei (die Empfehlung, nur noch ein Ei die Woche zu essen) oder die Einrichtung von Busspuren. In diese Kategorie fallen auch bizarre Geschichten über Geflüchtete, die nur kommen, um sich den Zahnersatz bezahlen zu lassen, während «Deutsche» keinen Termin bekommen, so Friedrich Merz Ende September 2023 in einer Talkshow.¹⁰ Das Verbot des Genders an Schulen und öffentlichen Einrichtungen in Bayern, das zuvor bereits im von CDU, SPD und Grünen regierten Sachsen galt, zeigt erneut, dass es nicht nur der rechte Rand ist, der sich diese feindlichen Stimmungslagen zunutze macht. Praktiken dieser Art stellen vielmehr den Versuch von herrschender Seite dar, den realen Fragen der Zeit auszuweichen bzw. die Aufmerksamkeit davon wegzulenken – und das durchaus mit Erfolg.

Hinter der medial gesteigerten Aufregung stehen reale Verunsicherungen (vgl. ausführlich Candeias 2018) und multiple Krisenerfahrungen, die sich zu einer «manchmal an Panik grenzenden» Unsicherheit verdichten (Balibar/Wallerstein 1990: 271). Je größer der Teil der Bevölkerung ist, der

⁹ Die CDU fordert etwa die Streichung des Regelsatzes beim Bürgergeld für Personen, die «zumutbare Arbeit» ablehnen, oder den Zwang zu gemeinnütziger Arbeit nach einem halben Jahr Bürgergeldbezug, die AfD erst nach einem Jahr. In der Tendenz schließt sich auch das BSW solchen Forderungen an – und setzt dabei gezielt auf gesellschaftliche Mehrheiten zum Thema bei diversen Umfragen. ¹⁰ Vgl. den Faktencheck des MDR, 29.9.2023, www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/faktencheck-ausserung-merz-gefluechtete-zahnerarzt-leistungen-asylbewerber-100.html

**«TRIGGERPUNKTE» DIENEN DER
ENTLADUNG DER TIEFENSpannungen
UNVERARBEITETER, ALS ÜBERKOMPLEX
ERLEBTER GESELLSCHAFTLICHER
WIDERSPRUCHSKONSTELLATIONEN.**

nicht an materielle Verbesserungen (durch die Politik) glaubt, und je stärker die großen sozialen Fragen wie Löhne, Zugang zu Wohnen und Gesundheit in den Hintergrund treten, desto mehr Gewicht fällt den kleinen und feinen Unterschieden zu. Wenn dies bei vielen Menschen aus der Arbeiter*innenklasse ideologisch nach rechts führt, dann agieren sie nicht «gegen» ihre eigenen Interessen, sondern für andere ihrer Interessen, gerade weil die linke Orientierung auf die soziale Frage über Jahrzehnte wenig an der wachsenden Ungleichheit verändert hat und nun durch Krisen und Transformationen auch noch bislang Bestehendes infrage zu stehen droht.

Ernst Bloch beschrieb Faschisierung als Ausdruck «ungleichzeitiger Widersprüche», die «objektiv» als Fortwirken älterer Produktions- und Lebensweisen,¹¹ «subjektiv» als «gestaute Wut» auftreten (vgl. Bloch 1985 [1935]: 116 f.), die sich heute, so ließe sich ergänzen, gegen die Infragestellung des «normalen» Funktionierens der Welt richtet. Die «Dinge passen nicht mehr zusammen» (Strobl 2021: 7), als wäre die Welt im doppelten Sinne *ver-rückt* (ge-) worden. «Toleranzreserven» schwinden

(Goes 2024). Viele Entwicklungen entziehen sich dabei der Eindeutigkeit, erschüttern Gewissheiten, produzieren kaum aushaltbare Widersprüche. Die Subjekte sind transformationsmüde. Die komplexe Widerspruchsfrage geht mit einer «Sehnsucht nach klaren Gegensätzen und Parteinahmen» einher, sei es im Israel-Palästina-Konflikt, dem Ukraine-Krieg, in der Migrationsfrage oder in der Verwobenheit von sozialer und Klimafrage – «doch die Verhältnisse, sie sind nicht so» (Demirović 2023), entziehen sich einfachen «Wahrheiten». Manche, nein viele bringt das dazu, erst recht jede Frage als Gegensatz zu betrachten, auch wenn es vielfach falsche Gegensätze sind: Die Gegenposition wird diskreditiert, Pluralität nicht mehr als Ringen um Wahrheit, sondern als Kampf sich gegenseitig ausschließender Wahrheiten begriffen.

¹¹ Kapitalistische Entwicklung wälzt unterschiedliche Teile der Gesellschaft unterschiedlich tief und schnell um. Während sich neue Produktions- und Lebensweisen herausbilden und die gesellschaftliche Entwicklung vorgeben, bleiben andere bestehen, werden abgewertet und/oder kämpfen um ihre Fortexistenz. Daraus ergibt sich eben eine Ungleichzeitigkeit eines Nebeneinanders verschiedener Stufen gesellschaftlicher Entwicklung. Dies schlägt sich auch im Bewusstsein der verschiedenen Klassen und Gruppen nieder, was zu «Schieflagen» der Bearbeitung der Widersprüche führt, die quer zu den Klassen verlaufen.

Die radikale Rechte mobilisiert und schürt dabei «moralische Paniken», so Alex Demirović (2018: 29) im Anschluss an Stuart Hall. Die Subalternen werden durch diese auch medial verstärkten Paniken «ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespalteten Gefühle in Resentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit» (ebd.: 32).¹² So stehen «psychischer Apparat» und «ideologische Apparate in Wechselwirkung» (Horkheimer 1988 [1932]: 59f.).

Dieser zur Normalität gewordene «emotionale Ausnahmezustand» (Strobl 2021: 7) oder gewissermaßen die Triggerpunkte dienen sozialpsychologisch als «Verdichtungszonen» (Brückner 1982: 12) der Entladung der Tiefenspannungen unverarbeiteter, als überkomplex erlebter gesellschaftlicher Widerspruchskonstellationen, in denen die Welt wieder entzifferbar und klar wird. Ein Effekt der «Kompensation und/oder Verdrängung einer unlösbaren Spannung zwischen erkannten Problemen und der gesellschaftlich verstellten Möglichkeit, angemessen auf sie zu reagieren» (Jaeggi 2023: 223). Faschisierung tritt also auf als Phänomen des misslingenden Übergangs – von der multiplen Krise im und des Kapitalismus hin zu einer kohärenteren Form gesellschaftlicher Entwicklung. Dabei ist es gelungen, die Elitenkritik als Kritik an der Bundesregierung zu kon-

**KURZFRISTIGE INTERESSEN
AN DER VERWERTUNG
FOSSILBASIERTER PRODUKTION
STECHEN DIE LANGFRISTIGEN
AKKUMULATIONSINTERESSEN
IM RAHMEN EINES GRÜNEN
KAPITALISMUS AUS.**

¹² Mit Wilhelm Reich kann die Faschisierung als «emotionale Grundhaltung» (Reich 1971 [1933]: 15 f.) des neoliberal zugerechneten und durch kapitalistische Krisen verunsicherten Menschen entziffert werden, die autoritär umschlägt, changierend «zwischen rebellischen Emotionen und reaktionären sozialen Ideen» (ebd.).

zentrieren (beginnend mit dem Heizungsgesetz) und ein Gefühl der Unregierbarkeit und des «kranken Mannes Deutschland» zu erzeugen.

5 DAS VERHÄLTNISS VON FASCHISIERUNG UND BOURGEOISIE/KAPITAL

Mit Blick auf die Ursachen für das Misslingen einer grün-kapitalistischen Transformation ist auch ein Blick auf die Rolle der Bourgeoisie bzw. des Kapitals zu werfen. Die ökologische Modernisierung verspricht zwar als einziges Projekt eine Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter. Doch bedeutet dies auch eine Entwertung und Vernichtung bestehender fixer Kapitalien. Entsprechend geben zwar Investitionen in postfossile Produktionsverfahren die Richtung künftiger Entwicklungen vor, aber nur insofern zugleich bestehende Produktionslinien und Infrastrukturen weiter maximal verwertet werden können. Deshalb sperrt sich das Kapital gegen eine zügige ökologische Modernisierung. Kurzfristige Interessen an der Verwertung fossilbasierter Produktion stechen die langfristigen Akkumulationsinteressen im Rahmen eines grünen Kapitalismus aus.

Nicht zuletzt die großen Autokonzerne profitieren – trotz der Exportrückgänge nach China – von der immer noch steigenden globalen Nachfrage nach großen und teuren Autos mit Verbrennungsmotor. Zu den Unternehmen mit den größten Gewinnsteigerungen in den Jahren 2021 und 2022 gehören die großen Autokonzerne Mercedes, BMW und VW sowie der Zulieferer Conti-

ental (Trautvetter 2024: 15 f.). «Es zeichnet sich ab, dass das Zeitalter der Verbrenner-Autos doch länger andauern» wird, als erwartet, so die Commerzbank (zit. n. Kaufmann 2024a). Auf diese Weise können die Konzerne kompensieren, dass sie den Umstieg auf Elektroautos fast verschlafen haben und hinter die Konkurrenz aus China und den USA zurückgefallen sind. Entsprechend gering ist der Anreiz, in kleinere E-Autos mit geringeren Gewinnmargen oder alternative Produkte (z. B. E-Busse) zu investieren.¹³

Aber auch die großen, «grauen» Konzerne der Energiebranche agieren vergleichbar. Zwar versuchen alle, sich einen grünen Anschein zu geben, investieren vermehrt in grüne Energien und stoßen perspektivisch wenig gewinnbringende alte Bereiche ab. Dennoch verdienen die Mineralölkonzerne und Energieversorger weiter überproportional an den fossilen Technologien, in denen sie massiv fixes Kapital in Anlagen und Infrastrukturen festgelegt haben und die sich noch vortrefflich verwerten lassen (vgl. Trautvetter 2024). Auch die Rüstungskonzerne eilen von einem Rekordprofit zum nächsten.

Während der Umbau der Produktion, der Infrastrukturen und Städte Billioneninvestitionen erfordern und zugleich enorme Summen an fixem Kapital vernichten würde, ohne sicher sein zu können, ob sich die neuen Investitionen rentieren, sichert der *spatial fix* (Harvey) bereits getätigter Inves-

¹³ Zugleich wird das in der internationalen Konkurrenz vergleichsweise teure variable Kapital, also die Beschäftigung in deutschen Werken, weiter abgebaut.

tionen in fossile Bereiche noch bequeme Profite – zumindest für einige. Andere, vor allem kleinere Betriebe oder Zulieferer, sind gar nicht in der Lage, die Mittel für eine Umrüstung aufzubringen und das Risiko einzugehen. So haben es große Teile der unterschiedlichen Kapitalfraktionen gar nicht so eilig mit der ökologischen Modernisierung, selbst die weltmarktorientierten Konzerne nicht, die die Finanzkraft hätten, um in die Zukunft zu investieren, aber ihr hochproduktives fixes Kapital nicht entwerten möchten. Am Ende zählt eben doch immer noch der kurzfristige Profit und der damit verbundene Shareholder-Value.

6 KAMPF UM DEN SCHRUMPFENDEN KUCHEN ODER EINGESCHRÄNKTE MITTEL ZUR KONSENSPRODUKTION

Schon seit Beginn des Neoliberalismus wird die stagnierende und teilweise sinkende allgemeine Profitrate des Kapitals überkompensiert durch massive Umverteilung von den Lohn- zu den Kapitaleinkommen und durch die räumliche Ausweitung der Produktionsweise auf dem Globus, vielfach verbunden mit massiven Belastungen für Natur und Klima sowie grassierender Prekarität und Überausbeutung, die die Reproduktionsfähigkeit der Arbeitenden infrage stellt. Dabei kommt es auch zur Umverteilung von eher binnenmarktorientierten Kapitalien zu weltmarktorientierten Kapitalfraktionen. Auf diese Weise können weiter wachsende Profite, sogar Rekordprofite, der weltmarktorientierten Kapitalfraktionen realisiert werden. Zugleich vergrößert das die Tendenz zur Überakkumulation von Kapital, zur Stagnation der

Wachstumsaussichten und zu Pleiten kleinerer Kapitale. Dank der Liberalisierung der Finanzmärkte und durch die freundliche Unterstützung der Staaten können sich die weltmarktorientierten Kapitalfraktionen einer Besteuerung entziehen. Um den Kapitalkreislauf am Laufen zu halten und weil Steuermittel fehlen, verschulden sich die Staaten überall auf der Welt immer stärker. Zugleich dürfen sie sich aber auch nicht zu stark verschulden und sollen einer Kontrolle ihrer Ausgaben durch die Finanzmärkte unterworfen bleiben. Diesem Zweck dienen Schuldenbremse und Austeritätspolitiken, die selbst in Krisen und Umbruchszeiten die Investitionsmöglichkeiten des Staates wie die Mittel zur Umverteilung und Konsensproduktion erheblich begrenzen.¹⁴

Die kommenden Klimakatastrophen und Krisen schränken die Spielräume weiter ein, denn die gegenwärtige Lebens- und Produktionsweise kann nicht weitergeführt werden – oder eben nur für schrumpfende Teile der Bevölkerung, in der Welt wie innerhalb der kapitalistischen Zentren.

Insofern existiert neben Versuchen einer kruden Verdrängung und Leugnung der Klimakatastrophe ein – mal mehr, mal weniger – ausgesprochenes Verständnis dafür, dass es nicht für alle reichen wird. Das

¹⁴ Tatsächlich machen die 40 DAX-Konzerne 82 Prozent ihres Umsatzes außerhalb Deutschlands und leiden daher kaum unter der schwachen Konjunktur oder der zwischenzeitlich hohen Inflation in Deutschland (nd, 30.3.2024, 6), während klein- und mittelständische Unternehmen, die stark auf die Binnennachfrage angewiesen sind, wirtschaftliche Probleme haben. Auf diese Weise wird tatsächlich eine mittlere Bourgeoisie erheblich ausgedünnt, wie Thomas Sablowski im Gespräch (27.3.2024) anmerkte.

**DIE RADIKALE RECHTE VERSUCHT,
FÜR IHRE KLIENTEL ZU SICHERN, WAS ZU
SICHERN IST, GEGEN DIE VON «AUSSEN»,
GEGEN DIE DA «UNTEN» UND GEGEN
DIE «VERRÄTERISCHEN ELITEN».**

heißt, dass der bestehende Wohlstand und der jeweilige Status gegen «außen» und «unten» – gemeint sind die vermeintlich leistungslosen Bezieher*innen von Einkommen – verteidigt werden muss, dass die Leistungsträger (*makers*) vor den *takers* geschützt werden müssen. Auch hier greift wieder ein tiefer Fatalismus, der eine Veränderung der Verhältnisse in eine andere Richtung, gar eine andere Gesellschaft, gar nicht denkbar werden lässt. Die «Überbevölkerung» sei die eigentliche Ursache für die ökologische Krise. Und diese «Überzähligen» wollen nach Deutschland migrieren und bedrohen dadurch den hiesigen Wohlstand (vgl. Callison/Söding 2023: 75).¹⁵

Die Schwäche des grün-kapitalistischen Projekts wiederum ist, dass wir es vermutlich mit einer tiefen Reproduktionskrise des Kapitalismus zu tun haben, in der es die Tendenz zu vermehrten ökonomischen und sozialen Krisen, dramatischen ökologischen Katastrophen¹⁶ und neuen geoökonomischen Konflikten und Kriegen fraglich macht, ob es überhaupt mittelfristig zu einer neuen, mehr oder weniger stabilen Periode kapitalistischer Transformation

kommen wird. Dabei ist es kein Trost, dass auch früher solche Transformationen sich erst durch die Hölle von Weltkriegen, Kapitalvernichtung und menschlicher Barbarei vollziehen konnten. Wenn aber schon der grüne Kapitalismus, der sich selbst als autoritärer Kapitalismus formiert, als Fes-tung nach außen militarisiert und der nach innen unsozial, den Anforderungen kaum oder nicht gerecht wird – dann ist es nur konsequent, wenn auch ein radikal rechtes Projekt gar nicht beabsichtigt, die multiplen Krisen zu bearbeiten. Die radikale Rechte versucht vielmehr, im Katastrophenkapitalismus für ihre Klientel zu sichern, was zu sichern ist, gegen die von «außen» und die da «unten» – und gegen die «verräterischen Eliten» (Goes), die uns der Globalisierung aussetzen, Billigkonkurrenz ins

¹⁵ «Die rassistische Mär des «Bevölkerungsaustauschs» wird aus der spezifischen Natur-Mensch-Beziehung, einem wichtigen ideologischen Baustein rechter Weltbilder, entwickelt. Diese stützen sich auf die Mystifizierung einer natürlichen und schützenswerten Verbindung zwischen den Menschen einer beschworenen Nation und der in ihrem Territorium eingeschlossenen Natur.» (Callison/Söding 2023: 75) ¹⁶ Es gibt zahlreiche klimawissenschaftliche Hinweise, dass wir bereits sechs der neun ökologischen Grenzen überschritten haben und das Klima wahrscheinlich auf ein globales Szenario von drei bis vier Grad zusteuert (vgl. Richardson u. a. 2023).

Land holen, «verrückte» Klimapolitik und «Gendergaga» für «skurrile» Minderheiten machen. So rückt auch die Rücknahme des Verbots der Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotor als Signifikant ideologischer Identifikation vom rechten Rand wieder in die bürgerlich-konservative Programmatik: Der Vorsitzende der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament, CSU-Politiker Manfred Weber, versprach die Rücknahme dieses EU-Beschlusses, bestärkt von CDU-Chef Friedrich Merz (vgl. Zauner 2024). Konservative wie radikale Rechte in Europa wollen den European Green Deal zurückdrehen. Das Zugehen der Kommissionspräsidentin von der Leyen auf die faschistische italienische Ministerpräsidentin Meloni verspricht nichts Gutes für die Fortführung eines ambitionierteren grün-kapitalistischen Modernisierungsprojektes in der EU.

Der Zuwachs der radikalen Rechten in Europa und der Bundesrepublik bringt dieses Modernisierungsprojekt in die Defensive. Insofern kann die Faschisierung im doppelten Sinne als Kampf um den verbleibenden stofflichen und finanziellen Wohlstand angesichts eines ökonomisch wie ökologisch schrumpfenden «Kuchens» verstanden werden, ohne die hohen (Extra-)Profite des Kapitals und der Superreichen anzutasten. Durch die Verschiebung der vertikalen Konfliktachse um den Mehrwert in eine horizontale Achse des Kulturkampfes gelingt es, jede Form der Umverteilung von oben nach unten zu de-thematisieren. So vollzieht sich gewissermaßen eine reaktionäre Wende in eine imaginierte Vergangenheit für den Erhalt der «guten alten» Lebensweise, des «Normalen». ¹⁷

Auf diese Weise wird die Faschisierung «als übergreifendes Klassenbündnis verständiglich» (Candeias 2018: 47): zwischen absteigenden Teilen der Lohnabhängigen und vom Abstieg bedrohten Teilen des ins Kleinbürgertum gewechselten Facharbeiter*innen (die ihr Eigenheim und erreichtes Konsumniveau verteidigen), zwischen aufsteigenden Leistungsindividualist*innen und etablierten Kleinbürger*innen, durch Globalisierung unter Druck stehenden klein- und mittelständischen Unternehmerfamilien, durch steigende Kosten und Nachwuchsmangel angeschlagenen Handwerksbetrieben und durch Umbrüche in der Produktionsweise etwa aufgrund der Digitalisierung oder der ökologischen Krise bedrohten (fossilistischen) Industrien, ja auch zwischen jenen bürgerlichen Intellektuellen, die eine mangelnde Anerkennung und Marginalisierung ihrer Positionen erfahren haben (von Professor Lucke bis zu Gauland), und im demokratischen Gemeinwesen in ihrer Bedeutung geminderten Militärs und Mitgliedern der repressiven Staatsapparate (Polizei und Verfassungsschutz). «Bei den absteigenden Klassenfraktionen kann sogar von einem Übergang von der Verunsicherung hin zur manifesten bzw. drohenden Deklassierung gesprochen werden.» (Ebd.) Dazu kommt schließlich eine alt-neue Klasse von der übrigen Gesellschaft enthobenen Superreichen wie Elon Musk, ¹⁸ die das de-

17 «Die AfD ist», wie viele ihrer rechtsradikalen Schwesterparteien, «eine Partei der Krise: Sie bedarf der Krisenmomente, um ihre Macht zu konsolidieren. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Corona-krise, Klimakrise: Die bisherige Entwicklung der Partei legt nahe, dass auch der ökologische Krisenmoment genutzt wird, um sowohl den Machtaufbau in der Bevölkerung als auch die stetige Rechtsverschiebung der Parteilinie weiterzutreiben.» (Callison/Söding 2023: 77)

DER AUTORITARISMUS DES KAPITALS FÜHRT ZU EINER ÖFFNUNG FÜR DIE TENDENZEN DER FASCHISIERUNG.

mokratische Gemeinwesen geringschätzen und soziale und demokratische Rechte als Einschränkung ihrer Möglichkeiten für Ausbeutung von Mensch und Natur (z. B. im kleinen Grünheide) betrachten.

Die Folge der blockierten Transformation wäre voraussichtlich ein Zurückfallen der deutschen Wirtschaft im Wettbewerb mit dem mehr und mehr grün-kapitalistischen, autoritären China ebenso wie hinter die USA (im Falle einer Fortsetzung des Biden-Kurses in einer Regierung von Kamala Harris mit weiteren großen, grün-kapitalistischen Ausgabenprogrammen; bei einer zweiten Amtszeit von Trump würden wohl auch die USA ihren derzeitigen Vorsprung verlieren).

Da der Kapitalismus in seiner Massengrundlage geschwächt ist bzw. in Deutschland mit dem quasi-religiösen Festhalten an der Schuldenbremse begrenzt wird, tolerieren die dominierenden Kapitalfraktionen die aufkommende politische Macht der Faschisierung und entwickeln selbst ein Interesse an der Entdemokratisierung, um Ansprüchen von «unten» entgegenzutreten. Der Autoritarismus des Kapitals führt zu einer Öffnung für die Tendenzen der Faschisierung.¹⁹ Ein Teil der politischen

Bourgeoisie kopiert die Positionen und Methoden der Faschisierung und behauptet – mindestens rhetorisch – dabei zugleich einen demokratischen Anspruch explizit gegen die rechte Konkurrenz. Umso stärker das hiesige Exportmodell jedoch gefährdet ist (Candeias 2023a), desto offener werden Teile des Kapitals für protektionistische und konfrontative Maßnahmen gegen den neuen Rivalen China und für nationale Anrufungen, um den Standort zu schützen.

18 Musk ist mit seiner Firma Tesla ein schillerndes Beispiel für einen radikal-rechten und antidemokratischen Superreichen, der wiederum mit der Massenproduktion von Elektro-Autos zwar ein grün-kapitalistisches Produkt vertreibt, dafür aber die ungehemmte Aneignung von Arbeitskraft und Naturressourcen beansprucht und das nicht durch ökologische Vorgaben oder Arbeitsrechte gefährdet sehen möchte. Im Wissen um die ökologischen Grenzen und die begrenzten Ressourcen geht es ihm dabei nicht nur um die Sicherung des Reichtums der wenigen gegenüber den vielen auf der Erde, sondern auch darum, andere Welten zu erschließen, als Ressource und als für andere unerreichbare Orte für ein ungestörtes Leben der Superreichen – den Weltraum. Eine Mischung aus kapitalistischem Technooptimismus, faschistoidem Futurismus und rücksichtsloser, toxischer Männlichkeit. **19** In Frankreich erklärten im Vorfeld der entscheidenden zweiten Runde der Nationalratswahlen Unternehmensverbände, das inkohärente Programm des Rassemblement National sei zwar nicht gut, aber immer noch besser als das durchaus «kohärente» Umverteilungsprogramm der «extremen Linken» (Kaufmann 2024b).

Aus anderen Teilen der Bourgeoisie erwächst auch eine aktive politische Unterstützung von Faschisierungstendenzen durch spezifische Kapitalgruppen (vor allem die eher weniger weltmarktorientierten Fraktionen wie beispielsweise der Verband der Familienunternehmer, vgl. Heine/Sablowski 2013) sowie einige Superreiche. In anderen Ländern sind diese Verbindungen längst viel ausgeprägter, auch mit Blick auf die finanzielle Förderung radikal rechter Netzwerke: von Italien mit Barilla bis zu den Koch-Brüdern oder Elon Musk in den USA. Deutschland zieht nach, so etwa der Gründer der Bäckereikette Backwerk und Gesellschafter der Burgerkette Hans im Glück, Hans-Christian Limmer, oder der Molkerei-Milliardär Theo Müller (vgl. Beschorner 2024). Bereits 2017 bedachte der Immobilienmilliardär Henning Conle die AfD mit Spenden, die die Partei nicht auswies, in Höhe von mehr als 137.000 Euro, er soll über Strohmannen in der Schweiz agiert haben (vgl. Balsler 2021). Im Wahljahr 2021 erhielt die AfD immerhin fast sieben Millionen Euro an Spenden (vgl. Reyher 2023).²⁰ Großspenden spielen aber noch keine so große Rolle wie andernorts, noch sprechen sich führende Unternehmer*innenverbände (mit dominanter Weltmarktorientierung) wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) für eine Verteidigung der Demokratie und gegen die AfD aus, um ihre Interessen an freiem Welthandel und Bedarfen an Arbeitskräften nicht zu gefährden. Insofern existiert, anders als beim klassischen Faschismus, noch kein tragfähiges Bündnis zwischen der «ökonomisch herrschenden» Klasse und den politischen Kräften der Faschisierung – auch

wenn sie sich in der Abwendung einer zu schnellen grün-kapitalistischen Modernisierung treffen.

Entsprechend ist noch ungeklärt, auf welches Projekt oder Regime (ohne Projekt) die gegenwärtige Faschisierung im Einzelnen hinausläuft. Ein Projekt mit explizit hegemonialem Anspruch müsste (populistisch) auch auf den Konsens der Beherrschten setzen, wofür es aber kaum ausreichend Ressourcen gibt (ganz anders als beim Modernisierungsprojekt unter der NSDAP). Es bliebe eine autoritäre Regierung einer Minderheit über die Mehrheit, ohne gewisse soziale Konzessionen, mit einer ultra-liberalen Wirtschaftspolitik. Angesichts zu erwartender Proteste würde dies mit eher mehr als weniger brutaler Repression und diktatorischer Gewalt (Candeias 2019) einhergehen und/oder entsprechender Instabilität. Eine Modernisierung zur Schaffung von Möglichkeiten erweiterter Akkumulation (mit den fortgeschrittenen Kapitalfraktionen) wäre damit kaum verbunden, durchaus aber eine kleptokratische Umverteilung und Aneignung (mit den rückständigen oder rücksichtslosen Kapitalfraktionen). Malm und andere (2021: 223 ff.) diskutieren Szenarien, in denen Kapitalgruppen sich aufgrund verschärfter Krisen und Katastrophen einem Faschisierungsprojekt öffnen. Mit Blick auf die Beständigkeit eines Regimes wä-

²⁰ Zugleich ist laut der Nachrichtenagentur dpa keine andere Partei so sehr von staatlichen Geldern abhängig wie die AfD. Der Anteil an öffentlichen Mitteln liegt bei 45 Prozent. Nur 16,5 Prozent der Gesamteinnahmen der Partei werden über Mitgliedsbeiträge erzielt – letzter Platz unter den Parteien. Der Rest, 38,5 Prozent, müssen eben über Spenden gedeckt werden (vgl. mdr aktuell, 8.4.2024, www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-parteigelder-zur-haelfte-staatlich-finanziert-100.html).

re ein gelingendes autoritäres Hegemonieprojekt vielleicht weniger brutal als eine kleptokratische Gewaltherrschaft, aber auch wesentlich langlebiger und mit tiefgreifenderen strukturellen Umbauten verbunden.

Die Entwicklung changiert also zwischen der Ausrichtung hin zu einer autoritär-marktgerechten Demokratie mit gewissen liberalen Freiheiten und dem Modell einer «illiberalen Demokratie». Dabei geht es nicht (mehr) um die Abschaffung der Demokratie, als vielmehr um ihre reaktionäre Umarbeitung. Hier treffen sich alte Neoliberale vom Schlage eines August von Hayek mit radikalen Rechten von AfD bis Meloni: leicht populistisch aufzuladende Volksabstimmung statt Parlamentarismus und Parteienwettbewerb, ein Präsidialprinzip (in dem das Initiativrecht für die Gesetzgebung weitgehend auf die Exekutive verschoben und das Parlament entmachtet wird), bei Beibehaltung gewisser demokratischer, «eher: postdemokratischer Rituale» (Burschel 2024) wie Wahlen (bei nachteiligen Ausgangsbedingungen und Behinderung oppositioneller Kandidaturen, dem Versuch medialer Kontrolle etc.).²¹ In jedem Fall wären bei einer relativen Konsolidierung eines solchen Regimes alle politischen und sozialen Rechte und Freiheiten gefährdet, die die Arbeiter*innenbewegung und andere erkämpft haben, verbunden mit Verschärfung der Ausbeutung von Mensch und Natur.

7 SELBSTLÄHMUNG DER LIBERALEN DEMOKRATIE

Eine dystopische These: In den ostdeutschen Bundesländern wurden die harten neoliberalen Reformen in den 1990er-Jahren wie in einem Labor durchgesetzt, bevor sie anschließend auch im Westen verallgemeinert wurden (Candeias 1999). Heute droht eine analoge Entwicklung: Im Osten Deutschlands wird eine Zusammenarbeit zwischen AfD und CDU bereits intensiv ausgetestet: vor allem auf kommunaler Ebene, vereinzelt auch in den Landesparlamenten. Eine Studie von Steffen Hummel und Anika Taschke hat dies jüngst noch einmal anschaulich belegt: 121 konkrete Fälle solcher Kooperationen in Ostdeutschland im Zeitraum Sommer 2019 bis Ende 2023 konnten recherchiert werden – nicht alle, aber die allermeisten mit der CDU (Hummel/Taschke 2024).

Nach dem Rechtsruck bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben die drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die Verhältnisse neu sortiert. Danach dürften stabile Regierungsbildungen angesichts einer faktischen Sperrminorität der AfD schwierig werden. In Brandenburg fehlt einer «großen Koalition» von SPD und CDU eine Stimme. In Thüringen und Sachsen verhandelt die CDU mit dem bis vor Kurzem noch als Paria gelten-

²¹ Étienne Balibar spricht mit Blick auf Frankreich von einem «potenziellen Faschismus», der (ganz im Sinne der Faschisierungsthese) «bereits viele Züge des Faschismus» aufweist, «sich aber aus taktischen Gründen, und weil nicht alle Bedingungen für eine Massenmobilisierung zur Eliminierung der «inneren Feinde» im Rahmen einer integralen nationalistischen Ideologie gegeben sind, vor einem letzten Schritt zurück» hält. In dieser Hinsicht hält Balibar die «Entwicklung im Indien Modis oder im Amerika Trumps» für «weiter fortgeschritten» (Balibar 2024).

den BSW. Minderheitenregierungen wären eine weitere bisher ungeliebte Möglichkeit, die jedoch kaum politische Fortschritte versprechen. Eine zumindest rechnerisch stabile Möglichkeit wäre eine Tolerierung einer Minderheitsregierung der CDU durch die AfD, formell oder auch informell, oder gar eine formale Koalition der CDU mit der AfD – zumindest wird dies längst debattiert, viele fordern den Fall der sogenannten Brandmauer, die ohnehin schon viele Risse und Löcher aufweist.²² Wider die Beteuerungen zur Unvereinbarkeit träumen viele – nicht nur Konservative – von einer Regierungsmehrheit jenseits der ungeliebten Koalitionen mit Grünen oder SPD – und davon, die AfD zu «entzaubern», wenn sie sich konkret beweisen muss.

Dieser Traum ist allerdings schon in Italien oder Österreich geplatzt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Im Ergebnis haben die radikalen Rechten – trotz aller Turbulenzen – erheblich an Stimmen dazugewonnen. Setzt sich diese Entwicklung, unterstützt vom Agieren der Konservativen, fort, führt irgendwann kein Weg mehr an einer Regierungsbeteiligung vorbei, möglicherweise auch auf Bundesebene nicht. Oder es bleibt bei einer relativen Hegemonie in Teilen Ostdeutschlands und einer eingehegten AfD mit einem Stimmenanteil um die 15 bis 20 Prozent im Bund. Ein anderes Szenario könnte aber auch sein, dass die CDU/CSU als zentrale Partei im rechten parlamentarischen Spektrum erfolgreich gespalten, überholt und infrage gestellt wird. In Österreich beschreitet die rechtsradikal-gewendete ÖVP diesen Weg und in Italien spielen die «alten» rechtspopulistischen Kräfte Forza Italia (von Ber-

lusconi) und die Lega heute nur noch eine Nebenrolle im Schatten der neofaschistischen Parteien. Insofern ist dies auch ein Kampf um die Neuzusammensetzung und Führung des herrschenden Machtblocks. Beim Spiel um die Macht sollte aber nicht aus dem Blick geraten: «Faschisierungsdynamiken lassen sich nicht kontrollieren.» (Strobl 2021: 149)

Die CDU wird weiter um eine Positionierung ringen. Es braucht also den Druck auf die CDU/CSU durch eine antifaschistische Bewegung und die Öffentlichkeit, sich an dieser Stelle nicht auf Experimente mit der AfD einzulassen – immerhin gibt es noch Kräfte in der CDU, die eher eine konservativ-liberale, aber eben demokratische Linie vertreten.

Was wäre von einer solchen schwarz-braunen, pardon: schwarz-blauen Koalition zu erwarten (vgl. auch Burschel 2024)? Zunächst würde die AfD Zugang zu Regierungsämtern und Verwaltungsapparaten erhalten, Hunderte von «autoritären Persönlichkeiten» (Adorno) in Positionen bringen. Es geht dabei um Minister*innenämter, etwa für Inneres oder Bildung, über Richter*innenposten bis hin zu Polizei- und Gleichstellungsbeauftragten – missliebige Personen könnten ihres Amtes enthoben oder in Misskredit gebracht

²² 45 Prozent der CDU-Mitglieder lehnen laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Redaktionsnetzwerks Deutschland eine Kooperation mit der AfD in Ostdeutschland nicht grundsätzlich ab. «Sie sollte zumindest in den ostdeutschen Ländern und Kommunen von Fall zu Fall mit der AfD zusammenarbeiten.» Unter den ostdeutschen Mitgliedern halten sogar 68 Prozent der Befragten eine Zusammenarbeit von Fall zu Fall für denkbar. Vgl. Tagesspiegel, 14.8.2024, www.tagesspiegel.de/politik/landtagswahlen-in-ostdeutschland-viele-cdu-mitglieder-wollen-zusammenarbeit-mit-afd-und-bsw-nicht-ausschliessen-12193385.html

werden. Erklärermaßen dürften folgen: die Einstellung der Förderungen zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer und linker Projekte und Strukturen, aber auch von (nichtrepressiven) Integrationshilfen für Geflüchtete sowie die Kriminalisierung des Protests gegen rechts. Mit der Schwächung bzw. Vernichtung solcher Strukturen dürfte sich die rechte Hegemonie in Teilen dieser Bundesländer weiter verankern. Vermutlich würde versucht werden, Einfluss auf die Universitäten und Hochschulen zu nehmen, in der Besetzungspolitik, bei der Forschungsförderung oder bei der Einschränkung der Spielräume linker Hochschulgruppen (das Genderverbot wurde bereits erwähnt). Demgegenüber könnten radikal rechte Thinktanks in den Genuss einer staatlichen Förderung gelangen, generell rechte Netzwerke in Polizei, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft massiv gestärkt werden. Die AfD würde sich an einem weitgehenden Umbau des Staates versuchen, der auch nach einer möglichen späteren Abwahl Bestand hätte. In den USA hat sich Donald Trump dies als wichtigste Aufgabe für eine zweite Amtszeit vorgenommen (obwohl schon seine erste in dieser Hinsicht sehr erfolgreich war, wie insbesondere die Besetzung des Obersten Gerichtshofs zeigt). Aber auch konservative Landesregierungen haben Vorlagen geliefert: Polizei- und Versammlungsgesetze in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wurden verschärft und auch der Präventivgewahrsam gegen Klimaaktivist*innen in Bayern kann von einem künftigen AfD-Innenministerium als Repressionsinstrument genutzt werden. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Clan-Kriminalität könnte eine rechte Landesregierung Migrant*innen

das Leben schwer machen und Abschiebungen könnten neue Rekordniveaus erreichen (zahlreiche Hinweise finden sich bei Steinboes 2024).

Zumindest vollzieht sich die Normalisierung der Rechtsverschiebung nicht ganz unwidersprochen. Demonstrationen wie zu Beginn des Jahres 2024 nach dem (un-)heimlichen «Remigrationstreffen» bestärken die vereinzelt Gegner*innen einer weiteren Faschisierung, viele erleben, dass sie mit ihren Ängsten und politischen Überzeugungen nicht allein sind. Zahlreiche Initiativen erfahren einen Zulauf an Aktivist*innen, auch die Partei Die Linke. Und die Demonstrationen verunsichern die radikale Rechte in ihrer Vorstellung, *sie* seien doch «das Volk», bremsen ihren Höhenflug etwas ab, auch wenn ihre Kraft ungebrochen scheint.

Zugleich ist klar, dass die Demonstrationen nicht dauerhaft auf diesem Niveau zu halten sind. Es zeigt sich eine Art neue Ungleichzeitigkeit: viele, auch kämpferische Streiks und Proteste, aber keine Bündelung. Es handelt sich um eine Welle des Protests ohne Projekt. Zumindest zwischen 2018 und 2022 konnte «#unteilbar» eine Art Plattform bieten, auf der Aktivitäten koordiniert und gebündelt werden konnten. Derzeit hat die progressive Seite der Gesellschaft keine bündelnde Struktur mehr, aber auch immer noch keine politische Idee einer Alternative. SPD, Grüne, aber auch Die Linke sind für viele keine Repräsentanten mehr.

Es bleibt eine Selbstlähmung des Liberalismus, nicht nur aufgrund des mangelnden

Willens zu einer «wehrhaften Demokratie», wie es nach der Erfahrung des Faschismus in Deutschland traditionell genannt wurde. Sondern auch, weil die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Faschisierung nicht thematisiert werden, weil dann die Politik der gegenwärtigen und vorangegangenen Regierungen der Gegenstand wäre. Stattdessen wird nur die «ideologische» Auseinandersetzung mit den Antidemokrat*innen gesucht, und auch dies ohne die eigenen Autoritarismen und die Übernahmen von Positionen der radikalen Rechten zu hinterfragen. «Wenn wir also so etwas wie eine demokratische Regression zu verzeichnen haben, dann kann die Gegenmaßnahme nicht darin bestehen, einfach zur Demokratie zurückzukehren, wie sie vorher war» (Jaeggi 2023: 243), da die Regression eben in den «immanenten Defiziten» dieses Vorhers begründet liegt (ebd.: 226). Das gilt nicht nur für die Ampel, sondern auch für einen breiten Teil der Proteste gegen rechts.

Ein – verspätetes – Verbot der AfD wäre eine Art Notbremse. Die Diskussion darum und die diversen Möglichkeiten verschiedener Schritte dahin haben gezeigt, dass die Gefahr der Faschisierung zumindest teilweise erkannt wird, frühere Abwägun-

gen nun häufig hintenangestellt werden. Doch ist zweifelhaft, wer sich letztlich in der Exekutive und Judikative dafür starkmachen wird (zumal solche Auseinandersetzungen juristisch langwierig sind). Allerdings macht schon allein die Diskussion um ein Verbot deutlich genug, worum es geht. Im Jahr 2024 kann kein*e Wähler*in der AfD mehr für sich beanspruchen, nur aus Protest eine solche Partei zu wählen, ohne zu wissen, wofür sie steht. Angesichts dessen, dass die Wahlergebnisse der AfD bei den drei jüngsten Landtagswahlen nicht ganz so stark ausfielen wie noch in Umfragen zuvor, scheint zumindest ein kleiner Teil, dies genau so verstanden zu haben.

**DIE SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN
DER FASCHISIERUNG WERDEN NICHT THEMATISIERT, WEIL DANN
DIE POLITIK DER GEGENWÄRTIGEN UND VORANGEGANGENEN
REGIERUNGEN DER GEGENSTAND WÄRE.**

**VIER FORDERUNGEN: VERBOT DER AFD,
KLIMAGELD, INVESTITIONSPAKET FÜR
DIE SOZIALEN INFRASTRUKTUREN SOWIE
REFORM DER SCHULDENBREMSE UND
MILLIONÄR*INNENSTEUER.**

**8 VOM «HILFLOSEN ANTI-
FASCHISMUS» ZUR SOLIDARITÄT
GEGEN DIE GROSSE REGRESSION**

Wie kommen wir also von einem «hilflosen Antifaschismus» (Haug), in dem eine linke Position «nicht zum bloßen Anhängsel des Ökosozialliberalismus» wird (Goes 2024), zu einem Projekt? Ein «substanzieller Antifaschismus stellt einen Zusammenhang her zwischen der von rechts angestrebten faschistischen, völkischen Barbarei und der strukturellen Ungleichheit im Hier und Jetzt, verbindet also – positiv bestimmt – einen Abwehrkampf mit einer langfristigen Perspektive für eine Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur leere Floskeln, sondern weitest möglich realisiert werden.» (Friedrich 2024) Oder einfacher ausgedrückt: Es gilt in der Kritik der Faschisierung und der dahinterstehenden Kräfte, Jahrzehnte des Neoliberalismus und das katastrophale Scheitern der Ampelregierung und der grün-kapitalistischen Modernisierung von links aufzugreifen und eine Alternative zu artikulieren, im Anschluss an Thomas Goes gewisser-

maßen einen sozialen, oder besser sozial-ökologischen Antifaschismus. Dafür braucht es in der Front der Demokrat*innen einen «Geist der Abspaltung» (Gramsci) von links gegen die Herrschafts- und Unterdrückungsmomente der liberalen Demokratie im Namen wirklicher Freiheit und Gleichheit.

Für ein dennoch breites Bündnis, ein bewusstes und organisiertes, populäres Gegenprojekt, muss es nicht gleich die sozialistische Alternative sein, dafür ist vielleicht (noch) nicht der Moment. In breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen wäre schon viel gewonnen, wenn man sich auf vielleicht vier Forderungen fokussieren könnte: (1) Verbot der AfD, (2) ein sofortiges Klimageld und (3) ein Investitionspaket für die sozialen Infrastrukturen von Gesundheit über Bildung und soziales Wohnen bis zu öffentlicher Mobilität, finanziert (4) über eine Reform der Schuldenbremse und eine Millionär*innensteuer, um die Reichen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen und mehr gesellschaftliche Teilhabe und Gleichheit zu

realisieren. Die Forderungen müssten natürlich erst in einem Prozess ausgehandelt werden. Aber eine solche Herangehensweise könnte ein Lackmustest für breite demokratische Bündnisse sein²³ – zumindest für ein eigenständiges Agieren von links.²⁴

Wenn führende deutsche Unternehmen sich gegen die AfD positionieren, dann begrüßen wir das. Aber wir konfrontieren sie auch mit den genannten Forderungen und erweitern die demokratische Frage auch auf die Demokratie in den Betrieben und in der Wirtschaft, auf das Feld der Arbeit. Andernfalls bleibt es ein hilfloser Antifaschismus, beliebig, weil er jene Kräfte miteinschließt, die entweder selbst die grün-kapitalistische Modernisierung blockieren oder diese eben in den Sand setzen, Aufrüstung und Ökologie gegen die soziale Frage ausspielen. Die Faschisierung in Deutschland und andernorts entfaltet ihre Wirkung als Gegenprojekt gegenwärtiger Transformation in einem «Kapitalismus am Limit» (Brand/Wissen 2024).

Die gesellschaftliche Linke, aber auch die Partei Die Linke, können als organisierende Kräfte eines Pols gegen die große «Regression» Wirkung entfalten. Die Regression bezieht sich nicht nur auf die liberalen, feministischen und ökologischen Errungenschaften, sondern auch auf die sozialen und gewerkschaftlichen. Das erfüllt viele mit Sorgen und Ängsten, die gemeinsame Solidarität dagegen kann zugleich mobilisieren und eine übergreifende Erfahrung als fortschrittliches Gegenbild zur vermeintlichen «Volksgemeinschaft» schaffen. Denn es braucht eine Alternative eines solidarischen, sozial-ökologischen Systemwechsel, wenigstens einer Andeutung in diese Richtung, die Zukunft wieder vorstellbar werden lässt, die der Bedrängnis und Angst vor Veränderung Raum gibt und ihnen eine glaubwürdige Hoffnung entgegengesetzt, einen Weg skizziert, um gemeinsam handlungsfähig zu werden, den «Wärmestrom» (Bloch) der Solidarität zu erfahren. Mit Horkheimer geht es darum, wie der begründete Pessimismus produktiv gemacht werden kann, damit er nicht in Fatalismus umschlägt.

23 Für eine neue (Mitte-links-)Volksfront wie in Frankreich fehlen in der Bundesrepublik derzeit die Voraussetzungen. Die Spaltung der Linken in Frankreich ist schon vor Jahren vollzogen worden, alle «linken» Parteien (Sozialisten, Grüne, KP und LFI) haben an Potenzial eingebüßt und befanden sich auf absehbare Zeit in der Opposition. Die drohende Machtübernahme von Marine Le Pen beförderte in der Not den Druck zur Konvergenz. In Deutschland hingegen sind SPD und Grüne in der Regierung noch nicht am Tiefpunkt ihres Falls angelangt, anders als Die Linke nach der notwendigen Trennung von Wagenknecht & Co und der Gründung des BSW. Auch in Frankreich bleibt jedoch nach dem unerwarteten Erfolg der Volksfront angesichts der *cohabitation* mit dem Präsidenten Macron die Situation blockiert bzw. instabil. 24 Dieser Beitrag widmete sich der Analyse der derzeitigen Situation. Mehr zu den Strategien gegen die Faschisierung im zweiten Teil dieser Publikation.

LITERATUR

Amnesty International (2024): Angriffe auf Geflüchtete, 14.2.2024, <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-angriffe-auf-gefluechte-nehmen-zu>

Balibar, Étienne (2024): Volksfront oder Kartell der Linken? Das kommende ›Volk‹ – Teil 2, in: nd, 2.7.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1183406.linke-in-frankreich-volksfront-oder-kartell-der-linken-das-kommende-volk-n-teil.html

Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Klasse, Rasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin.

Balsler, Markus (2021): AfD muss hohe Strafe zahlen, in: Süddeutsche Zeitung, 16.6.2021, www.sueddeutsche.de/politik/afd-alice-weidel-spendenaffae-re-1.5324331

Becker, Lia (2023): Blockierte Transformation und rechte Offensive. Was folgt aus dem Scheitern der «Fortschrittskoalition»? , in: LuXemburg 2/2023, 14–21, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/blockierte-transformation-und-rechte-offensive/>

Becker, Lia (2024): Das janusköpfige Monster. Imperialer Krisenliberalismus & autoritärer Populismus. Krisen und Szenarien, in: LuXemburg 2/2024 (im Erscheinen).

Beschorner, Thomas (2024): Eine brandgefährliche Liaison. Warum schweigen Unternehmen zum Erfolg der AfD oder unterstützen sie sogar?, Zeit online, 12.1.2024, www.zeit.de/wirtschaft/2024-01/afd-wirtschaft-unternehmen-unterstuetzung-vorteile

Bloch, Ernst (1985 [1935]): Erbschaft dieser Zeit, in: ders.: Gesamtausgabe, Bd. 4, Frankfurt a. M.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit, München.

Brückner, Peter (1982): Psychologie und Geschichte, Berlin.

Burschel, Fritz (Hrsg.) (2018): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien Neue Folge 17, 3. überarbeitete Aufl., Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/8811/durchmarsch-von-rechts

Burschel, Fritz (2024): Der Schoß ist fruchtbar noch, in: nd, 16.3.2024, 20–21, www.nd-aktuell.de/artikel/1180739.proteste-gegen-rechts-der-scho-ist-fruchtbar-noch.html

Candeias, Mario (1999): Die Wende als Ausdruck neoliberaler Verallgemeinerung, in: Das Argument 5/1999, 645–655.

Candeias, Mario (2004): Produktion des Neofaschismus und seine Nähe zum Neoliberalismus, in: ders.: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg/Berlin, 337–341.

Candeias, Mario (2009): Die letzte Konjunktur. Organische Krise und «post-neoliberale» Tendenzen, in: ders.: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, 2., verbesserte Aufl., Hamburg, 7–22, www.academia.edu/48947951/Candeias_Neoliberalismus_Hochtechnologie_Grundrisse_einer_transnationalen_kapitalistischen_Produktions_und_Lebensweise_Eine_Kritik

Candeias, Mario (2012): Hello ..., does anybody rule? Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen, in: Demirović, Alex/Kaindl, Christina (Hrsg.): Gegen den Neoliberalismus andenken, Hamburg, 82–100.

Candeias, Mario (2015): Gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer linken verbindenden Partei, in: ders. (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa – linke Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 55–73, www.rosalux.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa

Candeias, Mario (2018): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hrsg.), Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 33–60, www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung

Candeias, Mario (2019): Aufstieg des Globalen Autoritarismus. 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten, in: LuXemburg online, Juli 2019, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/aufstieg-des-globalen-autoritarismus-19-thesen-zu-ursachen-und-bestimmungsmomenten/>

Candeias, Mario (2023a): Wirtschaftswende jetzt. Die Erosion des deutschen Exportmodells erfordert Elemente einer neuen Ökonomie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/50716/wirtschaftswende-jetzt

Candeias, Mario (2023b): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums, in: LuXemburg online, August 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>

Callison, William/Söding, Tatjana (2023): Leugnen und verzerren. Die Klimakrise als Treibstoff der AfD, in: LuXemburg 2/2023, 72–77, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/leugnen-und-verzerren/>

David, Oliver (2024): Wohnungslosigkeit: Politische Gewalt, die tötet, in: nd, 16.4.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1181500.obdachlose-wohnungslosigkeit-politische-gewalt-die-toetet.html

Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: Prokla 190, 27–42.

Demirović, Alex (2023): Gegen die Eindeutigkeit, in: LuXemburg 2/2023, 132–137, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gegen-die-eindeutigkeit/>

Dimitroff, Georgi (1958 [1935]): Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: ders., *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, Berlin, 523–625.

Eckert, Till/Haupt, Sebastian/Schipfer, Elena (2024): Gewalt als Alternative, *Correctiv*, 5.4.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/04/05/gewalt-als-alternative-14-verurteilte-afd-mandatstraeger-im-amt/>

Figuro Ibarra, Carlos (1999): Faschismus, in: Haug, Wolfgang Fritz, u. a. (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, Hamburg/Berlin, 147–65.

Friedrich, Sebastian (2024): Antifaschismus reloaded: Jetzt wieder alle zusammen gegen die AfD? Kann helfen, aber ..., in: *Der Freitag*, 15.3.2024, 12.

Goes, Thomas (2024): Welche Strategie gegen den Rechtsruck? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: *LuXemburg online*, Januar 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mit-wem-gegen-rechts/>

Gramsci, Antonio (1991 ff.): *Gefängnishefte*, 10 Bde., hrsg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. a., Hamburg.

Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin, 104–124.

Haug, Wolfgang Fritz (1986): *Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, Berlin.

Haug, Wolfgang Fritz (1987): *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Hamburg.

Häusler, Alexander/Fehrenschild, Michael (2020): *Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Manuskripte Neue Folge* 26, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/41996

Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/7138

Horkheimer, Max (1988 [1932]):

Geschichte und Psychologie, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 3, Frankfurt a. M., 48–69.

Hummel, Steffen/Taschke, Anika (2024):

Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ost-deutschen Kommunen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/51762

Jaeggi, Rahel (2023): Fortschritt und Regression, Frankfurt a. M.

Kaufmann, Stephan (2024a): Wachstum in Deutschland. Was die Börse glücklich macht, in: nd, 29.3.2024, [www.nd-aktuell.de/artikel/1181105.boersenboom-wachstum-in-deutschland-was-die-boerse-gluecklich-macht.html?sstr=Zeitalter\[der\]-Verbrenner-Autos](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1181105.boersenboom-wachstum-in-deutschland-was-die-boerse-gluecklich-macht.html?sstr=Zeitalter[der]-Verbrenner-Autos)

Kaufmann, Stephan (2024b): Investoren bevorzugen Le Pen, in: nd, 5.7.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1183506.franzoesische-rechte-investoren-bevorzugen-le-pen.html?sstr=Frankreich|koh%C3%A4rent

Krautz, Stefanie (2024): Hat ein Lehrer seinen Schüler krankenhaureif geprügelt?, in: Lausitzer Rundschau, 13.3.2024, www.lr-online.de/lausitz/cottbus/gewalt-an-schule-in-cottbus-hat-ein-lehrer-seinen-schueler-krankenhaureif-gepruegelt_-73302127.html

Kühnl, Reinhard (1999): Faschismustheorie, in: Haug, Wolfgang Fritz u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, Hamburg/Berlin, 165–186.

Malm, Andeas/The Zetkin Collective (2021): White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Facism, London/NewYork.

Marx, Karl (1956 ff. [1852]): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, MEW, Bd. 8, Berlin, 111–207.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2024): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Frankfurt a. M.

Negt, Oskar (1976): Keine Demokratie ohne Sozialismus, Frankfurt a. M.

Nolte, Paul (2008): «Wir brauchen ein neues Klassenbewusstsein!», in: ÖkologiePolitik (ÖP) 140, 10–12.

Opratko, Benjamin (2023): Die Rückkehr des Faschismus, in: Das Tagebuch 12–1/2023, <https://tagebuch.at/2023/12/die-rueckkehr-des-faschismus/>

PIT – Projekt Ideologietheorie (2007 [1980]): Faschismus und Ideologie, überarb. Neuauf., hrsg. von Klaus Weber, Hamburg.

Poulantzas, Nicos (1977): Krise der Diktaturen: Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt a. M.

rbb (2024): Nach rechtsextremen Vorfällen in Burg geht weitere Lehrerin, 24.4.2024, www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/04/brandenburg-burg-rechtsextremismus-schule-lehrerin-geht.html

Rehmann, Jan (2020): Trumps Amerika: Vorbote eines neuen Faschismus?, in: Jacobin online, Oktober 2020, www.jacobin.de/artikel/donald-trump-prasidentschaftswahl-us-wahl-faschismus

Rehmann, Jan (2024): Nazismus, in: Haug, Wolfgang Fritz u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/II, Hamburg/Berlin, 2303–2330.

Reich, Wilhelm (1971 [1933]): Die Massenpsychologie des Faschismus, Köln/Berlin.

Reyher, Martin (2023): Diese Konzerne füllten die Wahlkampf-Kassen der Parteien, abgeordnetenwatch.de, 21.4.2023, www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-konzerne-fuellten-die-wahlkampf-kassen-der-parteien

Richardson, Katherine, u. a. (2023): Planetary Boundaries, Stockholm, www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html

Sauer, Birgit (2023): Exzess der Affekte. Maskulinistische Identitätspolitik von rechts, in: LuXemburg 2/2023, 78–85, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/exzess-der-affekte/>

Steinboes, Maximilian (2024): Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme, Berlin.

Strobl, Natascha (2021): Radikalisierter Konservatismus, Frankfurt a. M.

Thalheimer, August (1967 [1930]): Über den Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a. M./Wien, 19–38.

Togliatti, Palmiro ([1935] 1973): Lektionen über den Faschismus. Vorlesungen von 1934/35, hrsg. vom IMSF, Frankfurt a. M.

Trautvetter, Christoph (2024): Übergewinne richtig besteuern. Ein Update zur Debatte über Krisengewinne und gewinngetriebene Inflation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/51548

Weber, Klaus (1999): Faschisierung, in: Haug, Wolfgang Fritz u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, Hamburg/Berlin, 142–146.

Weber, Klaus (2018): Resonanzverhältnisse. Zur Faschisierung Deutschlands, Hamburg.

Wiegel, Gerd (2020): Weimarer Verhältnisse? Rechte Gewalt im historischen Vergleich, in: LuXemburg 2/2020, 50–55, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/weimarer-verhaeltnisse/>

Wiegel, Gerd (2024): Völkische Planspiele. Die extreme Rechte zwischen Vertreibungsfantasien und Verbotverfahren, in: LuXemburg online, Februar 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/voelkische-planspiele/>

Zauner, David (2024): Hand in Hand gegen Klimaschutz, in: nd, 31.5.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1182600.europawahl-hand-in-hand-gegen-klimaschutz.html?sstr=Verbrennungsmotor

Birgit Sauer

EXZESS DER AFFEKTE¹

MASKULINISTISCHE IDENTITÄSPOLITIK VON RECHTS

1 Neoliberale Umbrüche und die «Krise der Autorität»	44
2 Rechte Narrative der Bedrohung	45
3 (Weiße) Männlichkeit soll wieder souverän werden	46
4 Exzess der Affekte	48
5 Hegemonie durch Geschlechterpanik	49
Literatur	51

Wenn kommenden Sonntag [Ende des Jahres 2023, Anm. d. Hrsg.] Bundestagswahlen wären, würde die AfD laut Umfragen 20 Prozent der Stimmen bekommen. Die Mehrheit dieser Stimmen kommt von Männern (Immerzeel u. a. 2015), weshalb die Wissenschaft rechte Parteien als «Männerparteien» bezeichnet (Amesberger/Halbmayr 2002: 347 ff.). Aber wie genau sprechen die AfD und andere rechte Parteien und Organisationen explizit Männer oder besser: spezifische Männergruppen an? Die autoritäre Rechte – ich halte diese Bezeichnung für treffender als populistische Rechte, weil es den Akteur*innen um einen autoritären Gesellschaftsentwurf geht und sie gezielt ein autoritäres Begehren aufrufen und mobilisieren – greift damit widersprüchliche Entwicklungen der

vergangenen 30 Jahre auf. In einer neuen Konjunktur, einer neuartigen Konstellation dieser Entwicklungen, gelingt es ihr, eine konsistente und verbindende Erzählung zu entwickeln (vgl. Hall 1987: 16 ff.). Die autoritäre Rechte schließt dabei an verschiedene durch den Neoliberalismus hervorgebrachte Affekte der Verunsicherung an. Auf diese Weise versucht sie, über die emotional aufgeladenen Themen Geschlecht und Sexualität kulturelle Hegemonie zu erlangen.

¹ Dieser Artikel erschien erstmals in der Zeitschrift: LuXemburg 2/2023, 79–85, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/exzess-der-affekte/>

1 NEOLIBERALE UMBRÜCHE UND DIE «KRISE DER AUTORITÄT»

Diese Entwicklungen sind durch multiple Krisen charakterisiert. Der neoliberale Umbau europäischer Gesellschaften hat nicht nur zur Dominanz von Marktkräften in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt, sondern auch zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen, zur Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und zu Lohnminderungen für Arbeitende, zur Finanzialisierung ihres Alltags und zu ihrer zunehmenden Disziplinierung durch Verschuldung (Demirović/Sablowski 2012). Außerdem beruht die neoliberale Globalisierung auf einer immer weiteren Ausbeutung von Umweltressourcen.

Vor allem aber implizierte die neoliberale Akkumulationsweise in den westlich kapitalistischen Ländern die Inwertsetzung von Frauenarbeit: Frauen sollten nicht mehr nur Hausfrauen sein, sondern wurden als Erwerbstätige angerufen, so beispielsweise in der Lissabon-Strategie der Europäischen Union (EU). Dadurch konnte der Familienlohn reduziert und zugleich ein Niedriglohnbereich mit vornehmlich weiblichen Beschäftigten geschaffen werden. Allerdings war die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit nicht ohne weitere Gleichstellungsmaßnahmen möglich, die Frauen schließlich nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch in der medialen und politischen Öffentlichkeit sichtbar machten. Die Institution des männlichen Familienernähers erodierte in dem Maße, wie Frauen in der Lage waren, selbstständig einen Haushalt zu führen.

Eine weitere Dimension des progressiven Neoliberalismus (Fraser 2016) ist die Anerkennung von Diversität – sei es die Gleichstellung von Homosexuellen im Eherecht, sei es die Multiplizität von geschlechtlichen Identitäten, wie sie einst im Transsexuellen- und nun im geplanten, von LGBTIQ-Bewegungen erkämpften Selbstbestimmungsgesetz zum Ausdruck kommt. Die Finanzkrise der Jahre 2008/09 war die erste große Krise des Neoliberalismus, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits zuspitzende Klimakatastrophe wurde damals noch mehr oder weniger erfolgreich verdrängt. Mit der Covid-19-Pandemie rückte aber das, was die Fridays-for-Future-Bewegung seit 2018 skandalisiert, nämlich die verheerenden Folgen der fossilisti-

**INSGESAMT
VERSCHÄRFTEN SICH
INDIVIDUALISIERUNG,
VERUNSICHERUNG
UND ENTOLIDARISIERUNG
SOWIE
EINE «KRISE DER
AUTORITÄT».**

schen Lebensweise und der Vernutzung natürlicher Ressourcen, ebenso deutlich ins Bewusstsein wie das Ende des neoliberalen globalen Wachstumsphantasmas. Nun wurden nationalstaatliche Grenzen in der EU geschlossen und der interventionistische Staat sollte nicht nur die Pandemie, sondern auch die Folgen der Pandemiebekämpfung beseitigen. Insgesamt verschärfte sich so eine Konstellation der Individualisierung, Verunsicherung und Entsolidarisierung sowie eine «Krise der Autorität» (Gramsci). Die Folgen sozialer und ökonomischer Prekarisierung sowie der Vereinzelung konnten im Alltag der Menschen emotional nicht abgefedert werden, lösten daher Angst um Erwerbsarbeit und Einkommen, um erworbene soziale Positionen und um erkämpfte soziale Rechte aus – und die politischen Eliten waren und sind immer weniger in der Lage, einen Konsens herzustellen.

2 RECHTE NARRATIVE DER BEDROHUNG

Die autoritäre Rechte griff diese widersprüchlichen Entwicklungen und Emotionen auf und fügte sie in ein wenn nicht kohärentes, so aber auf jeden Fall schlichtes Verschwörungsnarrativ ein: Schuld an den Krisen seien «die» politischen Eliten, vor allem linke Eliten, die «das» Volk betrügen würden, aber auch Migrant*innen, besonders Geflüchtete, die in die EU geholt oder gelassen den Sozialstaat ausplündern würden. «Das Volk» sei Opfer dieser verfehlten Politik. Als größte Opfergruppe dieser Entwicklung betrachtet die autoritäre Rechte Männer, vor allem weiße Männer. Diese liefen Gefahr, durch Gleichstellungspolitik und Frauenförderung um ihre ökonomischen Positionen gebracht zu werden, Väter hätten im Scheidungsfall das Recht an ihren Kindern verloren, Jungs müssten sich in der Schule an die Verhaltensweisen von Mädchen anpassen, sie würden zu «Weicheiern» erzogen, so Björn Höcke.²

² Björn Höcke auf der Versammlung der AfD im November 2015 in Erfurt, www.youtube.com/watch?v=dvFJiPv93gc, letzter Zugriff: 30.8.2021.

**ALS GRÖSSTE OPFERGRUPPE
DIESER ENTWICKLUNG BETRACHTET
DIE AUTORITÄRE RECHTE MÄNNER,
VOR ALLEM WEISSE MÄNNER.**

Männer würden tendenziell alle als Gewalttäter diffamiert, was zu ihrer Domestizierung beitrage, sodass sie ihre natürlich-aggressive Männlichkeit nicht mehr leben könnten. Dies wird insbesondere der feministischen Antigewalt- und der #metoo-Bewegung angelastet, deren disziplinierender Zugriff auf Männer durch Gleichstellungspolitik gerechtfertigt und implementiert werde. Männer hätten daher an Selbstbewusstsein verloren und Schwierigkeiten, Partnerinnen zu finden. Nicht nur diese Erzählung verweist darauf, dass die AfD bei maskulinistischen Männergruppen – seien dies Incels³ oder Väterrechtler – Anleihen macht.

Das Bedrohungsszenario der «Feminisierung», also einer generellen Bedrohung der Ordnung westlicher Gesellschaften durch die Sichtbarkeit von Frauen und ihre gestiegene Entscheidungsmacht, ist ein altes rechtsextrems Motiv.⁴ Dieses Motiv schließt an weitere Verschwörungserzählungen an, zum Beispiel die des überbordenden Einflusses der sogenannten Homo-Lobby und der Trans*Bewegung auf Kinder und Jugendliche. Zudem wird die vermeintliche Bedrohung durch eine «andere» Sexualität zum Ausdruck gebracht, neben der Homosexualität auch die von den Rechten so gesehene archaische Sexualität männlicher Migranten. Der Topos der gefährlichen migrierten jungen Männer gehört schon seit Längerem zum rechts-autoritären Repertoire und hat längst Eingang in Mainstreamdebatten bis hin zu linksliberalen feministischen Diskussionen gefunden. So nutzte die politische Rechte die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in deutschen Städten,

um Ressentiments gegen muslimische Migranten und Geflüchtete zu schüren – mit großer medialer Resonanz. Diese Übergriffe verdeutlichten, so das Narrativ der Rechten weiter, auch die Schwächen weißer Männer, die «ihre» Frauen nicht mehr schützen könnten. Deutlich wird, dass weiße Frauen als Besitz weißer Männer gesehen werden – eine Vorstellung, die in der Realität so nicht mehr lebbar ist. Zugleich lässt sich aber auf diese Weise die eigene Gewalt gegen Frauen externalisieren, so als sei die Gewalt nur durch die Anderen importiert. Zugleich schwingt freilich darin ein Begehren nach der «anderen», nicht-domestizierten Sexualität mit: Anders als weiße Männer der Mehrheitsgesellschaft seien nämlich migrierte Männer in «ihrer Kultur» nicht gezwungen, sexuelle Gewalt zu unterdrücken.

3 (WEISSE) MÄNNLICHKEIT SOLL WIEDER SOUVERÄN WERDEN

Die Geschlechter- und Sexualitätsfrage wird von der autoritären Rechten genutzt, um einen umfassenden Verlust von Ordnung, Kontrolle und Sicherheit zu behaupten. Weiße Männer werden als Opfer entworfen und eine «Krise der (weißen) Männlichkeit» konstatiert. Männlichkeit müsse wiederentdeckt werden, damit die deutsche Gesellschaft wieder «wehrhaft» werde, so Björn

³ Incels (Kurzform für engl. *involuntary celibates*) ist die Selbstbezeichnung einer in den USA entstandenen und inzwischen globalen Internet-Subkultur von Männern, die nach Eigenaussage unfreiwillig keinen Zugang zu heterosexuellen Erfahrungen und Beziehungen haben und daraus abgeleitet eine Ideologie patriarchaler und aggressiver Männlichkeit vertreten. ⁴ So z. B. das sogenannte Manifest des rechtsextrremen norwegischen Attentäters Anders Breivik.

IM KONTEXT NEOLIBERALER VERUNSICHERUNG VERSPRICHT RECHTE MÄNNLICHKEITSPOLITIK, ALTE GEWISSEITEN WIEDERHERZUSTELLEN.

Höcke im Herbst 2015 auf einer AfD-Demonstration in Erfurt. Dieser vermeintlichen Krise will er mit einer neuen heroischen, ja militaristischen Männlichkeit begegnen.⁵ Der EU-Spitzenkandidat der AfD, Maximilian Krah, schlug in diesem Sinne im Sommer 2023 in einem TikTok-Video vor, dass Männer sich nicht mehr einreden lassen sollten, «lieb, soft, schwach und links zu sein».⁶

In der diskursiven Geste, eine generelle Bedrohung der Ordnung und einen Kontrollverlust zu behaupten (Heitmeyer 2018: 125 ff.), bietet sich die autoritäre Rechte als Rettung an – sie verspricht affektive Kompensation, die Re-Affirmierung und Re-Souveränisierung (zum Begriff: Forster 2006), also die Wiederherstellung der Idee eines autonomen weißen männlichen Subjekts mit einem Recht auf Aggressivität und auf ein Liebesversprechen im Rahmen heterosexueller Beziehungs- und Familienarrangements. Ich bezeichne dies als «maskulinistische Identitätspolitik». Im neoliberalen Verunsicherungskontext – also angesichts der gefühlten Bedrohung

des eigenen Wohlstands oder des Arbeitsplatzes – verspricht rechts-autoritäre maskulinistische Identitätspolitik, alte Gewissheiten wiederherzustellen, nämlich traditionelle Geschlechterkonstellationen und -hierarchien. Die «Wiedererringung» von Männlichkeit, die Höcke fordert und implizit verspricht, enthält die Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit, weißer männlicher Suprematie und Aggressivität sowie die Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften. Marc Jongen, Bundestagsabgeordneter der AfD, sprach sich im Januar 2017 auf einer Veranstaltung des rechten Thinktanks Institut für Staatspolitik für ein «Thymos-Training» aus, also die rechtmäßige Betonung von Mut, Zorn und Aggressivität sowie die Notwendigkeit, diese «Tugenden» gegen Einwanderer einzusetzen.⁷ Schließlich taugt diese Argumentationsfigur auch dazu, Männer als Beschützer von Frauen der Mehrheitsgesellschaft vor migrantischen Männern zu erhöhen. Darüber hinaus kann auch die Leugnung der Klimakatastrophe als Teil der rechten maskulinistischen Identitätspolitik gedeutet werden, können sich dadurch doch Männer – sicher auch einige Frauen – in der Gewissheit wiegen, ihre «Petro-Männlichkeit» und ihr autoritäres Begehren weiterleben zu können und auf (große) Autos nicht verzichten zu müssen (Daggett 2018).

5 Vgl. die Dokumentation der Rede vom 18.11.2015, www.youtube.com/watch?v=dvFJiPv93gc 6 Maximilian Krah im Juni 2023 auf TikTok, www.tiktok.com/@maximilian_krah/video/7246324156394933530?refer=player_v1&referer_video_id=7246324156394933530&referrer_url=https%3A%2F%2Fwww.tiktok.com%2Fembed%2Fv3%2F7246324156394933530%3Fmute%3D0&utm_campaign=&utm_source=unknown 7 Der Mitschnitt des Vortrags ist mittlerweile depubliziert, www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY&list=PLAWiZCGHaksbeEnZhcPyGuEkKjIOAE15, letzter Zugriff: 15.8.2023.

Die rechte politische Kommunikation enthält zugleich das Versprechen, dass eine charismatisch-maskulinisierte Führungsperson (die auch eine Frau sein kann) diesen Gruppen männlicher Opfer neue (Selbst-)Sicherheit verschaffen kann. Dieses Angebot ist freilich auch für bestimmte Frauengruppen attraktiv, Frauen, die sich angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten und des zunehmenden Zwangs, trotz Familienverpflichtungen und einer fehlenden Sorgeinfrastruktur erwerbstätig sein zu müssen, überfordert fühlen.

4 EXZESS DER AFFEKTE

Die maskulinistische Identitätspolitik der autoritären Rechten ist mit nationalistischer Identitätspolitik verknüpft. Die avisierte Rückkehr zu traditionellen Geschlechterverhältnissen, zu hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und zur heterosexuellen Kleinfamilie wie auch die Abkehr von Gleichstellungspolitik werden im rechts-autoritären Diskurs mit der Neuformierung «des Volkes» verbunden. Diese biopolitische Konstruktion der Bevölkerung zu einem ethnisch gedachten Volk, zu dem die als «Andere» Identifizier-

ten per se nicht gehören können, braucht traditionell hierarchische Zweigeschlechtlichkeit. «Echte Männer», so noch einmal Maximilian Kraus, seien «Patrioten» und sie seien «rechts». Mit einer solchen Haltung «klappt's auch mit der Freundin», verspricht er frustrierten Heteros.⁸

Wie jede moralische Panik (Hall u. a. 1978: 17) ist auch die rechts-autoritäre Geschlechter- und Sexualitätspanik hoch-emotional und affektiv. Affekte verstehe ich in Anlehnung an Sara Ahmed (2004) als Gefühle bzw. Emotionen, sie stehen allerdings nicht per se im Gegensatz zu Rationalität oder Vernunft. Affektivität wie Rationalität sind – äußerst unterschiedliche – Formen der Wahrnehmung, wobei sich Affektivität auf die Körperlichkeit und Relationalität zwischen Menschen bezieht, die unabdingbare Voraussetzungen für demokratisches politisches Handeln sind. Anders als individuelle Emotionen verweisen Affekte auf eine soziale Struktur, die sich in gesellschaftliche Verhältnisse einschreibt und mobilisierbar ist.

Die autoritäre Rechte kann für ihre emotionale Strategie auf einen Exzess an Affekten und Emotionen zurückgreifen, die der Neoliberalismus hervorgebracht hat. Dazu zählt die Mobilisierung von Angst, den Job zu verlieren, oder die Scham, im Wettbewerb zu versagen. Wettbewerb und Risiko wurden zu Chiffren des neoliberalen Umbaus von Ökonomie und Gesellschaft. Nur wer sich darauf einlässt, also ein «unternehmerisches Selbst» (Bröckling 2007)

DIE RECHTS-AUTORITÄRE GESCHLECHTERPANIK IST HOICHEMOTIONAL UND AFFEKTIV.

⁸ Vgl. <https://twitter.com/cbgspender/status/168534391994-3364608?s=48&t=BEjml6Vf07FqgJf92br8oA>

wird, erwirbt in diesem System das Recht, gut zu leben und ein erfolgreicher Bürger – vielleicht auch Bürgerin – zu werden.

Der Abbau von staatlicher Sicherung und die Deregulierung von Arbeit führten zu ökonomischer Prekarisierung, aber auch zu Verunsicherung und Angst. Die Furcht und Scham vor dem Versagen wurden allerdings auch unter neoliberalen Bedingungen kompensiert, nicht materiell, sondern affektiv. Ein wichtiges Element des neoliberalen Wettbewerbs- und Risikorepertoires ist die affektive Mobilisierung gegen die vermeintlich Erfolglösen und gegen jene, die bestimmte (sozial-)staatliche Maßnahmen nicht verdienen: Obdachlose, Erwerbslose, aber auch Migrant*innen. Diese Regierungs- und Disziplinierungsweise hat über die Jahre ein Begehren nach Abgrenzung und Verachtung hervorgebracht – gegenüber all denen, die es nicht schaffen und vermeintlich versagen, verbunden mit Stolz auf das eigene, wenn auch oft nur prekäre Erreichte. Kurzum: Ein widersprüchliches Affekt-Gemenge hat sich in der neoliberalen Ära in die Körper der Menschen eingelagert. Darauf kann die autoritäre Rechte zurückgreifen: Angst, Verachtung, Wut und Scham sind ebenso mobilisierbar wie ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Anerkennung und Liebe.

Im Geschlechter- und Sexualitätsdiskurs verschärfen rechts-autoritäre Parteien auf diese Weise diskursiv neoliberale Gefühle der Verunsicherung und Überforderung. Sie deuten die Ursachen der sozialen Ungleichheit im Kontext steigender Zahlen Geflüchteter von einer Klassen- in eine Migrations-, aber auch in eine Geschlechterfrage um.

5 HEGEMONIE DURCH GESCHLECHTERPANIK

Geschlechter- und Sexualitätspanik sowie maskulinistische Identitätspolitik eignen sich besonders gut, um «kulturelle Hegemonie» herzustellen, denn Geschlecht und Sexualität sind und waren emotional aufgeladene Themen. Sie sind aufgrund der affektiven Körperlichkeit leicht zugänglich und geeignet, im Alltag Denkmuster über Geschlecht, aber auch über gesellschaftliche Verhältnisse insgesamt zu verankern: Die vermeintlich natürliche Ungleichheit zwischen Männern und Frauen kann zum Paradigma werden für eine grundlegende Ungleichheit der Menschen. Hierarchische Geschlechterverhältnisse und traditionelle patriarchale Familienverhältnisse können darüber hinaus dazu dienen, den Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit, aber auch nach Führung und Autorität zu wecken oder zu stärken. Mit der emotionalen Strategie der Verunsicherung und des Opferseins lassen sich also autoritäre Lösungen ebenso plausibilisieren wie durch traditionelle patriarchalische Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse. Die Bedrohung von Geschlechtergewissheiten wird zum Brennpunkt der Rechtfertigung von autoritärer gesellschaftlicher Ordnung, um Sicherheit und Kontrolle wiederherzustellen.

Der Geschlechterkampf fügt sich in den Kampf der Rechten um kulturelle Hegemonie und politische Macht ein. Sie tritt an, um autoritäre Lösungen der als Krisen wahrgenommenen und (um-)gedeuteten Transformationen voranzutreiben. Auch hier kann die autoritäre Rechte auf neoli-

berale Entwicklungen zurückgreifen: Der Verunsicherungsdiskurs führte bereits in der neoliberalen Ära gleichsam notwendig zu einer Politik der Versicherheitlichung, zu Kontrolle und Disziplinierung. Der neoliberale Diskurs um die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Lohnkosten disziplinierte Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen, während der Diskurs um eine Gefährdung von nationalen Arbeitsplätzen die Abschottung oder Sicherung nationalstaatlicher Grenzen vor Geflüchteten und Migrant*innen legitimierte. Gundula Ludwig und Volker Woltersdorff (2018) machen auch auf dem Gebiet der Sexualität eine Verschiebung aus. Einen Schwenk von der Liberalisierung zur Versicherheitlichung von Homosexualität, nicht zuletzt in der Integration in die Ehe als einer Institution, die Beziehungsformen normiert und absichert.

Rechte Akteur*innen verknüpfen Bedrohung, Kontrollverlust und Verunsicherung mit dem Versprechen von Sicherheit durch Führung und Disziplin. Damit erzeugen sie eine autoritäre maskulinistische «Konjunktur» im Hall'schen Sinne und bieten disziplinierende und führerzentrierte «Lösungen» für Transformationskrisen an. Die «autoritären Versuchungen» (Heitmeyer 2018) bieten Anknüpfungspunkte eines autoritären Begehrens. Die Ausgrenzung von Migrant*innen und die Geschlechter- und Sexualitätsideologie sind Teile einer Strategie, um für diesen Umbau Konsens herzustellen. Sie zielt darauf, autoritäre und ausschließende Diskurse und Praktiken in affektiver Weise zum Common Sense zu machen. Vermutlich werden uns solche moralisch-affektiven Paniken

in Zukunft noch häufiger begegnen, denn die autoritäre Konjunktur ist bei Weitem noch nicht perfekt zusammengefügt. Daher existiert durchaus Raum für politische Gegenstrategien. Diese Strategien müssen ebenfalls affektiv, aber nicht ausgrenzend sein. Letztendlich geht es um eine linke queer-feministische Strategie der Solidarität.

LITERATUR

Ahmed, Sara (2004): *The Cultural Politics of Emotion*, Edinburgh.

Amesberger, Helga/Halbmayer, Brigitte (Hrsg.) (2002): *Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?*, Opladen.

Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a. M.

Daggett, Cara (2018): *Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire*, in: *Millennium. Journal of International Studies* 1/2018, 25–44.

Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, in: *Prokla* 166, 77–106.

Forster, Edgar (2006): *Männliche Ressourcenveränderungen*, in: *Feministische Studien* 2/2006, 193–207.

Fraser, Nancy (2016): *Progressive Neoliberalism versus Reactionary Populism: A Choice that Feminists Should Refuse*, in: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 4/2016, 281–284.

Hall, Stuart, u. a. (1978): *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*, London.

Hall, Stuart (1987): *Gramsci and Us*, in: *Marxism Today*, Juni 1987, 16–21.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuche. Signaturen der Bedrohung* 1, Berlin.

Immerzeel, Tim, u. a. (2015): *Explaining the gender gap in radical right voting: A cross-national investigation in 12 Western European countries*, in: *Comparative European Politics* 2/2015, 263–286.

Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): *Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit*, in: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen*, Münster, 47–72.

Sauer, Birgit (2010): *Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen*, in: *Kurswechsel* 1/2010, 38–46.

Sebastian Friedrich

KRITIK DER RECHTSRUCK-THESE

WIE DER AUFSTIEG DER RECHTEN EHER NICHT ZU FASSEN IST

1 Einstellungen	55
2 Diskurse	56
3 Staatliches Handeln	58
4 Parteienspektrum	60
5 Straße	61
6 Gewalt	61
7 Formierung	62
Literatur	65

Es gibt wenige Sachverhalte, auf die sich die meisten Linken einigen könnten. Zu einem ist man sich in entscheidenden Fragen der Geopolitik, bei den Möglichkeiten und Grenzen einer Modernisierung des Kapitalismus oder der Rolle des Staates bei umfassenden Veränderungen. Zeitdiagnostisch gibt es jedoch Schnittmengen: Kaum ein*e Linke*r würde der Einschätzung widersprechen, dass wir in Zeiten einer «Polykrise», «multiplen Krise» oder «Vielfachkrise» leben. Weitgehende Einigkeit besteht auch in der Sicht auf den politischen Antagonisten. Wir erleben einen

Rechtsruck, heißt es unisono. Mario Candeias spitzt diese These zu und plädiert sogar für den Begriff der Faschisierung (siehe den Beitrag von Mario Candeias in dieser Broschüre). Die Analyse des zweiten Teils seines Textes, in dem Candeias den misslungenen Übergang zu einer neuen Periode des Kapitalismus betrachtet, ist sehr erhellend und bietet wenig Anlass zur Ergänzung. Allerdings soll in diesem Text die in der ersten Hälfte seines Aufsatzes formulierte Diagnose von der Faschisierung kritisch beleuchtet werden. Candeias geht davon aus, dass wir es mit einer Tendenz zu

tun haben, «die die gesamte Gesellschaft nach rechts bewegt» (ebd.).

Eine Faschisierung oder gar einen Rechtsruck infrage zu stellen ist heikel. Wer würde angesichts der unbestreitbaren Stärke der AfD und der immer wieder neuen Verschärfungen im Asylrecht und in der Migrationspolitik schon widersprechen, dass sich die Gesellschaft nach rechts bewegt? Auch zeigt sich, dass sich die radikale Rechte ausdifferenziert hat und dass sich eine mobilisierungsfähige Bewegung entwickelt hat. Hinzu kommt die ungebrochene Faszination seitens des bürgerlichen Feuilletons für Vordenker, Nach- und Querdenker der sogenannten Neuen Rechten.

Doch es gibt auch eine andere Seite: Anfang des Jahres 2024 demonstrierten in Deutschland und Österreich auf etwa 1.000 Demonstrationen mehrere Millionen Menschen gegen die AfD, die extreme Rechte und Rassismus. Bei einer repräsentativen Befragung Ende Januar 2024 zeigten 72 Prozent der Befragten Verständnis für die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus (Infratest Dimap 2024). Offenbar gibt es also in der Bevölkerung eine absolute Mehrheit, die dem Aufstieg der Rechten etwas entgegenzusetzen will bzw. Verständnis für ein solches Anliegen zeigt.

Es scheint also eine Gleichzeitigkeit von rechtem Aufstieg und nicht-rechter Gegenmobilisierung zu geben. Die Frage, ob wir wirklich in Zeiten eines Rechtsrucks oder gar einer Faschisierung leben, verdient eine nähere Betrachtung.

Um eines klarzustellen: Bei dieser Frage geht es keineswegs um akademische Wortklauberei. Vielmehr ist die Antwort für antifaschistische Strategien im Umgang mit den Rechten entscheidend. Es geht letztlich auch um die Frage, wie offen die aktuelle gesellschaftliche Situation ist – eine Frage, die in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Umfeld seit etwa einem Jahr kontrovers diskutiert wird (vgl. Candéas 2023; Schwerdtner 2023).

Wie lässt sich die Frage nach dem Rechtsruck jenseits von Gefühlen und anekdotischer Evidenz systematisch beantworten? Wie lässt sich ein Rechtsruck messen? Zunächst muss geklärt werden, was unter dem Begriff zu verstehen ist. Ein Ruck bezeichnet eine schlagartige, plötzliche, schnell verlaufende Veränderung. Ist von einem Rechtsruck die Rede, meinen die meisten jedoch eher eine längerfristige Bewegung. Da es hier nicht um begriffliche Spitzfindigkeiten geht, soll Rechtsruck synonym verwendet werden zu Begriffen wie Rechtsentwicklung, Rechtsverschiebung und Rechtsrutsch.

Der Begriff des Rechtsrucks wird hier so verstanden, dass sich mehr als nur die Gruppe der Rechten nach rechts entwickelt. Von einem allgemeinen Rechtsruck kann also nicht gesprochen werden, wenn sich nur eine kleine Gruppe nach rechts bewegt; auch der Wahlerfolg einer Partei im Bereich der zehn bis 20 Prozent lässt sich deshalb nicht als eindeutiges Indiz werten. Auch sollten regionale Ausreißer nicht unzulässig verallgemeinert werden: Ein Rechtsruck in einer bestimmten Region bedeutet noch lange keinen gesamtgesellschaftlichen.

Wie lässt sich ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck bzw. eine gesamtgesellschaftliche Rechtsentwicklung, Rechtsverschiebung oder gar Faschisierung messen? Floris Biskamp (2021: 33) hat vorgeschlagen, einen Rechtsruck anhand der Einstellungsebene, der Ebene rechter Gewalt, des öffentlichen Diskurses und der staatlichen Politik zu messen. Diesen Analyserahmen erweiternd, sollen im Folgenden sechs Dimensionen betrachtet werden: (1) verbreitete Einstellungen in der Bevölkerung, (2) der gesamtgesellschaftliche Diskurs, (3) staatliches Handeln, (4) parlamentarische Repräsentation rechter Positionen, (5) die Präsenz auf der Straße und (6) rechte Gewalt.

1 EINSTELLUNGEN

Erstens lohnt sich ein Blick auf die Einstellungsforschung: Sehr gut ist die Datenlage zu Einstellungen in der Bevölkerung seit Anfang der 2000er-Jahre – nicht zuletzt dank der Studien aus Leipzig und Bielefeld. Im Jahr 2002 sprachen sich laut der Leipziger Studie noch 7,6 Prozent der Befragten für eine rechtsautoritäre Diktatur aus. Die Zustimmung ist seitdem auf 2,2 Prozent im Jahr 2022 gesunken (Decker u. a. 2022: 48). Im selben Zeitraum nahm die Zustimmung zu Antisemitismus von 9,5 auf 3,2 Prozent ab (ebd.). Der Anteil der laut Studie «manifesten Zustimmung zur Dimension Ausländerfeindlichkeit» fiel von 26,5 Prozent auf 17 Prozent (ebd.: 52). Der Anteil derer mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild fiel von 9,6 auf 2,7 Prozent (ebd.: 53).

Zu einem anderen Ergebnis kommt die jüngste Ausgabe der sogenannten Mitte-Studie der Universität Bielefeld, bei der seit 2014 rechtsextreme Einstellungen methodisch vergleichbar erhoben werden. Demnach stimmten 4,0 Prozent der 2014 Befragten einer rechtsgerichteten Diktatur zu, 2022/23 waren es 6,6 Prozent (Zick/Mokros 2023: 68). Anstiege sind auch beim Nationalchauvinismus, bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus und anderen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen festzustellen. Laut der Bielefelder Studie ist der Anteil derjenigen mit einem manifest rechtsextremen Weltbild von 2,5 Prozent der Befragten im Jahr 2014 auf 8,3 Prozent 2022/23 angestiegen (ebd.: 71).

DER BEGRIFF DES RECHTSRUCKS WIRD HIER SO VERSTANDEN, DASS SICH MEHR ALS NUR DIE GRUPPE DER RECHTEN NACH RECHTS ENTWICKELT.

Vergleicht man die Bielefelder und die Leipziger Studie, fällt auf, dass beide Forschungsteams bis etwa 2020 davon ausgingen, dass rechtsextreme Einstellungen zumindest leicht rückläufig sind. Der Anstieg, den die Bielefelder Studie ausmacht, betrifft vor allem den Zeitraum zwischen 2020/21 und 2022/23. Die Leipziger Studie, deren Untersuchungszeitraum jeweils ein paar Monate früher lag, sieht keinen vergleichbaren Anstieg, weist aber gleichzeitig an manchen Stellen erstaunliche bis fragwürdige Ergebnisse auf, die auch die Forscher*innen selbst stutzig gemacht haben dürften. Möglicherweise liegen bei einer der Studien oder vielleicht sogar bei beiden Studien Messfehler vor, man hat ein schlechtes Sample erwischt oder es gibt andere Gründe, die möglicherweise zu Verzerrungen geführt haben. Nicht nur die Forscher*innen dürften sehr gespannt auf die kommenden Studien der Langzeitbeobachtung sein.

Eine dritte Untersuchung sieht weder einen Rückgang noch eine Zunahme rechten Denkens. Infratest Dimap hat im Auftrag der ARD im September 2023 die Entwicklung rechter und rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik zwischen 2016 und 2023 analysiert. Ihr Ergebnis: Rechte Einstellungen haben sich seit 2016 nicht verstärkt, sondern liegen in etwa auf dem Niveau von 2016 (Schönenborn 2023). Acht Prozent seien als rechtsextrem einzuordnen, 2016 waren es neun Prozent, weitere 14 Prozent seien ausgeprägt rechts (2016 waren es 13 Prozent).

Die umfangreiche Studie «Triggerpunkte» spricht mit Blick auf identitätspoliti-

sche Anerkennungskonflikte von einer umfassenden Liberalisierung, die von politischen, institutionellen und rechtlichen Öffnungen begleitet wurde. «Im Gleichschritt mit diesen Lockerungsübungen lässt sich ein umfassender Wertewandel konstatieren, der das Korsett akzeptierter Lebensweisen aufschnürt und den Weg zu diversen und gleichberechtigten Modellen sowie Autonomieansprüchen ebnet.» (Mau/Lux/Westheuser 2023: 399) Kulturelle Offenheit, Diversität und Selbstentfaltung seien wirkmächtige Leitvorstellungen – nicht nur in bestimmten Milieus. «Die gesellschaftspolitische Liberalisierung ist ein Massenphänomen in Stadt und Land, in den oberen und unteren Schichten, in den verschiedenen Generationen.» (Ebd.)

2 DISKURSE

Zumindest was verbreitete Einstellungen angeht, scheint die deutsche Gesellschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher nicht nach rechts gerückt zu sein. Aber wie sieht es bei der Entwicklung des Diskurses aus? Seit Jahren ist zu lesen, rechte Positionen in der öffentlichen Debatte seien hör- und sichtbarer geworden als früher. Wie hat sich etwa das Sagbarkeitsfeld in Bezug auf Debatten um Einwanderung und Integration einerseits und um Geschichtsrevisionismus andererseits entwickelt?

Anfang der 1990er-Jahre dominierte in der öffentlichen Debatte das Bild vom «Ansturm der Asylanten», von der «Flüchtlingswelle», die Deutschland erfasste. Die Republikaner plakatierten damals «Das Boot ist voll. Schluss mit dem Asylbetrug». Auch

ES GIBT HEUTE EINE STÄRKERE DYNAMIK
UND GESCHWINDIGKEIT RECHTER DISKURSE –
NICHT ZULETZT AUFGRUND DER BESCHLEU-
NIGUNG UND GRÖßEREN INTENSITÄT DER
DEBATTEN DURCH SOCIAL MEDIA.

Zeitungen und Magazine wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Der Spiegel* nahmen die Metapher vom vollen Boot auf und machten sie damit gesellschaftsfähig (vgl. DISS 1993). Es folgten rassistische Proteste auf den Straßen und eine starke Einschränkung des Asylrechts. Nach einer Phase, in der die Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Kriminalitätsdiskurs die Figur des kriminellen Ausländers hervorgebracht hat (vgl. Jäger u. a. 1998), entwickelte sich spätestens seit dem 11. September 2001 ein zunehmend antimuslimischer Diskurs: Der Islam wurde zum Schreckgespenst und das Zerrbild einer «Islamisierung des Abendlandes» längst nicht nur von Rechtsradikalen gezeichnet (vgl. Kuhn 2015). Angesichts solcher Diskursverläufe fällt es schwer, heute eine Rechtsverschiebung der Sagbarkeitsfelder festzustellen.

Ähnlich sieht es beim Thema Geschichtsrevisionismus aus. 2017 sprach der Geschichtslehrer und AfD-Politiker Björn

Höcke mit Bezug auf das «Denkmal für die ermordeten Juden Europas» in Berlin von einem «Denkmal der Schande», was nicht zuletzt in der AfD selbst für Empörung sorgte. 1998 hatte Martin Walser eine ähnliche Formulierung in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des «Friedenspreises des deutschen Buchhandels» gefunden (vgl. Biskamp 2021: 39 f.). Alexander Gauland nannte 2018 die Nazizeit einen «Vogelschiss» in 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte, was wiederum zu einer breiten Debatte geführt hat. Weniger zugespitzt, dafür aber weit aus prominenter und staatstragender hatte sich Helmut Kohl 1982 im Bundestag geäußert, als er rhetorisch fragte, ob wir uns in der Bundesrepublik Deutschland damit abfinden sollten, «dass uns allein die finsternen, unbestreitbar schrecklichen Kapitel deutscher Geschichte [...] zugeschoben werden» und wir uns «von der besten Geistes-tradition Preußens selbst lossagen sollten» (zit. n. Biskamp 2021: 40).

Sicher, es gibt heute eine stärkere Dynamik und Geschwindigkeit rechter Diskurse – nicht zuletzt aufgrund der Beschleunigung und größeren Intensität der Debatten durch Social Media. Die Verbreitung von rechten Positionen ist heute einfacher möglich, der digitale Resonanzraum sehr groß. Gleichzeitig aber sind laute Kritik und Ablehnung rechter Positionen hörbarer. Eine gesamtgesellschaftliche Verschiebung nach rechts lässt sich auf der Diskursebene daher nicht feststellen.

3 STAATLICHES HANDELN

Eine wichtige Ebene, einen Rechtsruck zu messen, ist die des staatlichen Handelns. Trifft es also zu, dass sich die Politik als Folge eines diagnostizierten Rechtsrucks in einem «autoritären Sog» (Busch u. a. 2019) befindet, erleben wir eine autoritäre Formierung des Staates? Allgemein lässt sich das nur schwer beantworten; ein exemplarischer Blick auf drei Handlungsfelder des Staates ist zielführender: Polizei/Verfassungsschutz, Asylpolitik und Sozialpolitik.

Tatsächlich wurden mittlerweile in fast allen Bundesländern neue Polizeigesetze verabschiedet oder sind zumindest in der Diskussion.¹ Ähnliches gilt für Versuche der Verfassungsschutzbehörden, die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung etwa durch einen Staatstrojaner zu erweitern. Hier gibt es aber keine einheitliche Entwicklung, denn zugleich ist seit der Selbstenttarnung des NSU vonseiten der Sicherheitsbehörden zumindest das Bemühen festzustellen, härter gegen rechts-

radikale Gruppierungen vorzugehen (vgl. Litschko/Rath 2019).

Auf den ersten Blick ist vor allem in der Asylpolitik eine Rechtsverschiebung festzustellen. Seit 2015 wurde eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen auf den Weg gebracht. So sehr das aus linker Sicht zu kritisieren ist, bleibt fraglich, ob die Verschärfungen eine neue Qualität darstellen. Vielmehr steht die neuere Asylpolitik in einer Kontinuität zu staatlichen Versuchen, Migration unter Kontrolle zu bringen. Auch sind Zweifel angebracht, ob die staatliche Politik der vergangenen Jahrzehnte «flüchtlingsfreundlicher» war. 1993 etwa hatte der Bundestag das Asylrecht massiv eingeschränkt, nachdem es in den Jahren zuvor immer mehr Menschen gelungen war, nach Deutschland zu kommen. Aus Perspektive der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung sind Asylrechtsverschärfungen als Versuche zu werten, die bestehenden Migrationsbewegungen in geordnete Bahnen zu lenken, also als Reaktionen auf reale Bewegungen (vgl. Hess u. a. 2016). Aus dieser Perspektive lassen sich auch die Verschärfungen nach 2015 interpretieren, immerhin gelang es Menschen aus der Peripherie Mitte der 2010er-Jahre vermehrt, ins europäische Zentrum zu gelangen und sich hier einen Platz in der Gesellschaft zu erkämpfen. Die Entwicklung in der Asylpolitik lässt sich also nicht ohne Weiteres als Rechtsverschiebung werten, wenn sie als Versuch der Kanalisierung, Regulierung und Kontrolle, als

¹ Nur Berlin sowie Bremen und mit Einschränkungen Thüringen bilden eine Ausnahme (alle drei wurden von einer rot-rot-grünen Regierung geführt), vgl. etwa Winkler (2021).

**INSGESAMT LÄSST
SICH ANHAND DER
STAATLICHEN POLITIK
NICHT EINDEUTIG
DIE THESE VOM
RECHTSRUCK WIDER-
LEGEN, DA IN EINIGEN
FELDERN DURCHAUS
ANSÄTZE VON
VERSCHÄRFUNGEN
UND AUTORITÄREN
ZUSPITZUNGEN FEST-
ZUSTELLEN SIND.**

eine Reaktion auf relative Erfolge und Terraingewinne von Migrationsbewegungen gefasst wird.

Eine klare Rechtsverschiebung gibt es auf dem sozialpolitischen Feld. Durch die Agenda 2010 mitsamt der Einführung von Hartz IV Mitte der 2000er-Jahre wurden der Arbeitsmarkt dereguliert und Kontrollmöglichkeiten des Jobcenters ausgebaut. Diese Rechtsverschiebung hin zu einer marktradikal-neoliberalen und repressiven Ausrichtung der Sozialpolitik ist nicht als Ausdruck von Politiken der extremen Rechten zu werten, sondern zurückzuführen auf die neoliberale Durchsetzung von Staat und Gesellschaft seit den 1970er-Jahren in vielen kapitalistisch entwickelten Staaten (vgl. Harvey 2007), die zwar Überschneidungen zu rechtsradikaler Ideologie aufweist (vgl. Schui u. a. 1997), aber nach einem Siegeszug explizit rechtsradikaler Neoliberaler in den 1980er- und 1990er-Jahren mittlerweile auch innerhalb der Rechten wieder stärker zur Disposition steht (vgl. Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019).

Es gibt aber auch Felder, in denen sich staatliche Politik gesellschaftspolitisch modernisiert hat, bedenkt man etwa, dass in den 1950er- und 1960er-Jahren in der Bundesrepublik Vergewaltigung in der Ehe nicht strafbar war, was erst seit 1997 der Fall ist. Auch war lange Zeit noch Sex zwischen Männern unter Strafe gestellt – komplett abgeschafft wurde der «Schwulenparagraf» genannte Paragraf 175 erst im Jahr 1994. Auch in der Familienpolitik gab es Modernisierungen, vorangetrieben nicht zuletzt von der konservativen Union. Nun lässt sich trefflich darüber streiten, ob staat-

liche Anpassungen an eine gesellschaftliche Realität zwingend fortschrittlich sind; reaktionär oder Ausdruck eines Rechtsrucks sind die genannten Änderungen jedoch nicht. Insgesamt lässt sich anhand der staatlichen Politik nicht eindeutig die These vom Rechtsruck widerlegen, da in einigen Feldern durchaus Ansätze von Verschärfungen und autoritären Zuspitzungen festzustellen sind. Staatliches Handeln pauschal als nach rechts rückend zu interpretieren geht jedoch gewiss an der Realität vorbei.

4 PARTEIENSPEKTRUM

Für die These vom Rechtsruck spricht – zumindest auf den ersten Blick – die parlamentarische Repräsentation der AfD. Erstmals ist es in der Geschichte der Bundesrepublik einer Partei rechts der Union gelungen, sowohl in alle Länderparlamente als auch in den Bundestag und in das Europaparlament einzuziehen. Dadurch hat sich das Klima in den Parlamenten – etwa im Bundestag – deutlich polarisiert (vgl. Wiegelt 2022). Der Aufstieg der AfD ist aber auch Ausdruck eines Risses, der durch das konservative Lager geht. In den Unionsparteien finden sich heute nur noch wenige dezidiert rechte Vertreter*innen. Selbst ein Friedrich Merz versucht, sich stärker von rechts abzugrenzen, seitdem er den Vorsitz der CDU übernommen hat. Die AfD hat nicht ganz unrecht, wenn sie behauptet, dass viele ihrer Positionen früher auch in der Union Platz gefunden hätten. Ein Politiker wie Alfred Dregger, der fast zehn Jahre Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, wäre heute ideologisch eher in der AfD als in der Union zu Hause. Franz Josef Strauß et-

wa dürfte der AfD heute näherstehen als der heutigen CSU.

Während des Wahlkampfes anlässlich der bayerischen Landtagswahl 2018 mutierte der für Flexibilität bis Opportunismus bekannte CSU-Chef Markus Söder vom AfD-Versteher zum Bäume-umarmenden Grünen. Er soll dann, so heißt es in der letzten Folge der Feature-Serie «Merkel-Jahre» des Deutschlandfunks, Berichte von den großen «Ausgehetzt»-Demonstrationen gegen rechtes Denken im Sommer 2018 in München verfolgt und dabei Nonnen und Chefarzte demonstrieren gesehen und daraufhin das Steuer umgerissen haben. Es sei ein «politisches Nahtod-Erlebnis» für Söder gewesen, auf den Demos klassische CSU-Klientel entdeckt zu haben. Heute sitzen wegen der AfD zwar mehr Rechte im Parlament als noch vor ein paar Jahrzehnten, doch es ist davon auszugehen, dass einige der AfD-Abgeordneten einst ihren Platz noch in den anderen Parteien gehabt hätten. Der Erfolg der AfD ist also nicht zwingend als Ergebnis einer Ausbreitung rechten Denkens zu verstehen, sondern kann auch als Ausdifferenzierung des rechten bis rechtsradikalen Spektrums interpretiert werden.

**DIE PRÄSENZ
VON RECHTEN AUF
DER STRASSE HAT
ZUGENOMMEN.**

5 STRASSE

Die Präsenz von Rechten auf der Straße hat zugenommen. Es ist über Jahre hinweg gelungen, eine rechte soziale Bewegung aufzubauen, die anlassbezogen und mit regionalen Schwerpunkten den Weg zur Straße findet. Deutlich wurde das vor allem im Zuge der Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung um das Jahr 2015 herum. Auch bei den Protesten gegen Corona-Maßnahmen 2020 ff. zählten Rechte, Rechtsradikale und Neonazis mancherorts zu den Organisatoren entsprechender, nicht selten unangemeldeter Demonstrationen.

Bei Betrachtung dieser Ebene darf aber nicht aus dem Blick geraten, dass dem rechten Protest auch etwas entgegentritt. Das zeigt sich besonders bei der Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik: Während sich die Rechte darauf konzentriert hat, die Aufnahme von Geflüchteten als Gefahr darzustellen und sie nach Möglichkeit zu verhindern, leisteten Millionen Menschen konkrete Unterstützung bei der Aufnahme, Versorgung und sozialen, rechtlichen wie politischen Betreuung der Ankommenden.

Nicht nur Anfang 2024, sondern auch im Sommer und Herbst 2018 meldete sich die Mehrheit der Gesellschaft, die sich gegen rechts wendet, eindrucksvoll zu Wort: Bei diversen Aktionen der Seebrücke-Bewegung kamen allein im Sommer 2018 Hunderttausende zusammen, um sich für sichere Fluchtwege einzusetzen. In Hamburg und München demonstrierten im September und Oktober 2018 jeweils Zehntausen-

de gegen rechts sowie gegen die Verschärfungen im Polizei- und Asylrecht. In Berlin kam knapp eine Viertelmillion Menschen zusammen, um für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus zu protestieren. Auch die Straße ist umkämpft; Rechte, aber auch Gegner*innen eines Aufstiegs der Rechten sind jeweils mobilisiert, was aber nicht für alle Regionen und Städte gleichermaßen gilt: In westdeutschen Großstädten haben es Rechte tendenziell deutlich schwerer als in vielen ostdeutschen Mittel- und Kleinstädten.

6 GEWALT

Mit der Bewegung auf der Straße verknüpft ist die sechste Ebene: die der rechten Gewalt. Leider muss bei der Betrachtung der vergangenen Jahre mit Blick etwa auf die rassistischen und antisemitischen Anschläge in Hanau und in Halle eine Konjunktur rechter Gewalt und rechten Terrors festgestellt werden. Jeder einzelne Mord hinterlässt unzählige Trauernde und Traumatisierte. Die Morde sind keine Ausnahme in der bundesdeutschen Geschichte, vielmehr gibt es eine Kontinuität rechten Terrors, der in Deutschland seit den 1970er-Jahren omnipräsent ist. Nach der Dokumentation von Thomas Billstein sind von 1970 bis Sommer 2020 einschließlich Verdachtsfällen, in denen ein rechtsradikales Motiv bzw. rechtsradikale, zumeist männliche Täter*innen wahrscheinlich sind, 315 Todesopfer zu be-trauern (Billstein 2020: 20).

Grundsätzlich ist bei den Motiven nicht eindeutig, dass rechte Gewalt oder rechter Terror als Folge eines Rechtsrucks zu

**INSGESAMT SCHEINT DER AUFSTIEG
DER RECHTEN DIE VERSCHIEDENEN GESELLSCHAFT-
LICHEN UND POLITISCHEN FELDER EHER ZU
POLARISIEREN ALS SIE IM ALLGEMEINEN NACH
RECHTS ZU VERSCHIEBEN.**

deuten ist. Einerseits kann eine gesellschaftliche Verschiebung nach rechts potenzielle Täter*innen ermuntern, den vermeintlichen Volkswillen durchzusetzen. Andererseits können Gewalt- und Terrorkonjunkturen auch nach dem Ende einer gesellschaftlichen und politischen Mobilisierungswelle beobachtet werden.

Zusammengefasst: Betrachtet man die sechs Ebenen insgesamt, ergibt sich ein unklares Bild: Auf einigen Ebenen deuten sich Verschiebungen nach rechts an – aber nur in Teilen; die Analyse anderer Ebenen spricht eindeutig gegen die These vom Rechtsruck. Insgesamt scheint der Aufstieg der Rechten die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Felder eher zu polarisieren als sie im Allgemeinen nach rechts zu verschieben.

7 FORMIERUNG

Der Begriff des Rechtsrucks ist also wenig brauchbar, um die Entwicklungen der vergangenen Jahre angemessen zu erfassen. Auch die Diagnose einer Faschisierung erscheint anhand der Analyse als zu weitge-

hend. Wie ist aber der zweifelsohne festzustellende Aufstieg der Rechten und radikal Rechten geeigneter zu fassen?

Hier kommt der Begriff der Formierung ins Spiel. Gemeint ist damit der Prozess der Bildung und Strukturierung einer politischen Bewegung. Akteur*innen, die sich bislang nicht einmal gesucht haben müssen, finden zusammen, folgen zunehmend einer gemeinsamen Agenda.

Bei dem rechten bis rechtsradikalen Projekt rund um die AfD und ihre Vorfeldorganisationen ist genau das geschehen: Drei Linien, die Jahrzehnte hinweg mehr oder weniger getrennt marschiert sind, haben sich verbunden: (1) eine nationalkonservative Linie, (2) die Strömung der Nationalneoliberalen und (3) der völkisch-nationalistische Strang. Die drei Strömungen trennt Substanzielles. Während eine Mehrheit der Akteur*innen der nationalkonservativen wie der nationalneoliberalen Strömung eine taktische Mäßigung und einen parlamentsorientierten Ansatz bevorzugt, setzt ein Gros der völkisch-nationalistischen Strömung auf einen bewegungsorientierten, fundamentaloppositionellen Kurs (vgl.

Schroeder u. a. 2017). Trotz aller Differenzen folgen alle Strömungen einer Ideologie der Ungleichheit.

Um die AfD und ihre Vorfeldorganisationen herum formiert sich ein rechtes bis radikal rechtes Hegemonieprojekt. Hegemonieprojekte formieren sich allmählich, etwa über konkrete politische Projekte. Beispiele konkreter rechter politischer Projekte können die Stärkung der deutschen Grenzen, die Abschaffung von Gender-Studies-Lehrstühlen, der Austritt aus der EU oder die Wiedereinführung der D-Mark sein. «Um hegemonial zu werden, muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe solcher begrenzter politischer Projekte so in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen Terrain werden, auf dem sich ein hegemoniales Projekt verichten kann.» (Buckel u. a. 2014: 48)

Die AfD spielt als Gravitationszentrum für den deutschen Rechtsextremismus (Schulze 2021: 70) bei der Formierung eines rechten Hegemonieprojekts eine entscheidende Rolle, denn sie bietet die Plattform, auf der sich die unterschiedlichen ideologi-

schen Fraktionen und Akteure sammeln können. Die AfD ist sowohl Ausdruck der Formierung eines rechten Hegemonieprojekts als auch ihr Motor. Trotz aller Machtkämpfe, Streitigkeiten und Spaltungen ist es der AfD bisher gelungen, die verschiedenen Strömungen einigermaßen zusammenzuhalten, teilweise – etwa in der Sozialpolitik – sind sogar Kompromisse erzielt worden.

Nun schließen sich die Analyse der Formierung des rechten bis radikal rechten Projekts und die These vom Rechtsruck nicht aus. Formierung und Rechtsruck können sich sogar gegenseitig bedingen. Der Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zeigte aber, dass die Rechtsruck-These schwer zu halten ist. Das könnte sich ändern, wenn der Formierungsprozess weiter voranschreitet. Bereits jetzt zeigt sich, dass das lange vor Gründung der AfD vorhandene und von diversen Sozial- wie Politikwissenschaftler*innen immer wieder problematisierte Potenzial für eine rechte Partei sich gefunden zu haben scheint. So hat Infratest Dimap in der bereits genannten Studie, bei

DER BLICK AUF DIE ENTWICKLUNG DER VERGANGENEN JAHRE UND JAHRZEHNTE ZEIGTE, DASS DIE RECHTSRUCK-THESE SCHWER ZU HALTEN IST. DAS KÖNNTE SICH ÄNDERN, WENN DER FORMIERUNGSPROZESS WEITER VORANSCHREITET.

der die Forscher*innen die Entwicklung rechter und rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik zwischen 2016 und 2023 verglichen haben, auch auf einen anderen Aspekt hingewiesen: «Die Bindekraft der AfD in diesem Milieu hat sich deutlich verstärkt und die Anhängerschaft fühlt sich durch rechtsextreme Strömungen wenig abgeschreckt», so Jörg Schönenborn von Infratest Dimap (2024).

Die Nachfrage war schon lange da, mit der AfD gibt es nun auch ein Angebot. Anders gesagt: Um den rechten bis rechtsradikalen Pol formieren sich die, die lange auf die Gelegenheit gewartet haben. Ob der Pol in der Lage sein wird, Massen zu sich zu ziehen, perspektivisch sogar Mehrheiten zu gewinnen, wird wesentlich davon abhängen, ob es einen linken Gegenpol gibt. Die gute Nachricht: Es deutet vieles darauf hin, dass sich die gesamte Gesellschaft nicht nach rechts bewegt; die schlechte: In Richtung eines linken Pols scheint sie sich aber auch nicht zu bewegen. Damit sich das ändert, braucht es genaue Analysen und geeignete Begriffe. Rechtsruck oder Faschisierung sind es nicht.

LITERATUR

Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (2019): Zwischen Neoliberalismus und volksischem «Antikapitalismus». Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster.

Billstein, Thomas (2020): Kein Vergessen. Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Münster.

Biskamp, Floris (2021): Rechtsruck, welcher Rechtsruck?, in: Baum, Markus/Breidung, Julia Maria/Spetsmann-Kunkel, Martin (Hrsg.): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen, Opladen/Berlin/Toronto, 33–48.

Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Historisch-materialistische Politikanalyse. Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie für die empirische Forschung, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, 43–59.

Busch, Heiner/Bröckling, Marie/Lembke, Ulrike/Lang, Juliane/Betzelt, Sigrid (2019): Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, Teil 1+2+3, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, www.weiterdenken.de/de/politik-im-autoritaeren-sog

Candeais, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustadt der LINKEN braucht, in: LuXemburg online, August 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr>

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver u. a. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen, 31–90.

DISS (1993): Schlagzeilen. Rostock. Rassismus in den Medien, Duisburg.

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Matthias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (Hrsg.) (2016): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, Berlin/Hamburg.

Infratest Dimap (2024): ARD-Deutschland-Trend, Februar 2024, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/februar/

Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg.

Kellershohn, Helmut (2019): Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem «Europa der Nationen». Die Programmatik der AfD seit 2016, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem «Antikapitalismus». Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, 90–112.

Kuhn, Inva (2015): Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln.

Litschko, Konrad/Rath, Christian (2019): Der Staat gegen rechts, in: taz, 30.10.2019, <https://taz.de/Reaktion-auf-Nazi-Terror!/5634954/>

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

Schönenborn, Jörg (2023): Wie rechts denkt Deutschland? ARD-Deutschland-Trend extra, 29.9.2023, www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/Berzel, Alexander (2017): Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB Discussion Paper SP V 2017-102, Berlin, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>

Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.

Schulze, Christoph (2021): Rechts-extremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden.

Schwerdtner, Ines (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr? Aber natürlich! Warum die kommenden Monate für die LINKE entscheidend sind – ein Gegenentwurf zu Mario Candeias' 15 Thesen, in: LuXemburg online, Juli 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/offene-Situation/>

Wiegel, Gerd (2022): Neues Wachstum. Die AfD als Krisenprofiteur, in: LuXemburg online, Oktober 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/afd-als-krisenprofiteur/>

Winkler, Michèle (2021): Ist da etwas in Bewegung? Eine Bilanz der Proteste gegen verschärfte Polizeigesetze, in: CILIP – Bürgerrechte & Polizei 127, 17–25, www.cilip.de/2021/12/12/ist-da-etwas-in-bewegung-eine-bilanz-der-proteste-gegen-verschaerfte-polizeigesetze/

Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, 53–89.

**TEIL 2: ... ZUR HOFFNUNG –
LINKE ALTERNATIVEN UND
STRATEGIEN**

WIE WEITER NACH DEN PROTESTEN GEGEN RECHTS?

DAVID BEGRICH, CLARA BÜNGER UND ANIKA TASCHKE
IM GESPRÄCH¹

Redaktion: Die vorliegende Broschüre geht der Frage nach: Warum gerade jetzt? Welches sind die spezifischen Bedingungen, die der Faschisierung als Tendenz heute soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit verleihen?

David Begrich: Vorsicht mit dem Begriff Faschisierung. Den sollte man sich für eine Situation umfassender politischer Disruption aufheben, die allerdings auch nicht mehr ausgeschlossen ist. Was wir beobachten ist eine Normalisierung der extremen Rechten in der Mitte, eine Verrohung in Form und Inhalt. Dem gilt es, Genauigkeit in den Begriffen entgegenzuhalten. Die Debatte dazu ist wichtig.

Clara Bünger: Man muss insgesamt von einer moralischen Degeneration sprechen, die durch die multiplen Krisen noch verstärkt wird. Machtpolitiker*innen triumphieren in dieser Situation über die vermeintliche Vernunft der Regierung. Was dabei untergeht: Die Regierung aus SPD, Grünen und FDP hat weder einen moralischen noch einen Vernunftkompass.

Ein gutes Beispiel ist die Reaktion des Kanzlers Scholz auf den mutmaßlichen Terror von Mannheim im Mai 2024. Abschie-

bungen als Maßnahme gegen schwere Straftaten zu verkaufen ist bar jeder Vernunft und moralischer Verantwortung. Das Attentat, bei dem der Polizist Rouven L. getötet wurde, hätten schärfere Regeln bei Abschiebungen nicht verhindert. Scholz sagt: «Wer unsere Freiheit angreift, und unseren Frieden stört, der hat unseren Rechtsstaat als seinen entschiedenswerten Gegner.» Zu diesem viel beschworenen Rechtsstaat gehören aber Menschenrechte: das Völkerrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Das sind auch «unsere Werte». Das Völkerrecht verbietet es, Menschen irgendwohin abzuschieben, wo ihnen Gefahr droht. Wenn Scholz sich hinstellt und sagt, «solche Straftäter gehören abgeschoben, auch wenn sie aus Syrien und Afghanistan stammen», sagt er nichts anderes als: Wir müssen die Grundfesten unseres Zusammenlebens und unseres Rechtsstaats in Schutt und Asche legen, um die Grundfesten unseres Zusammenlebens zu schützen. Wenn wir anfangen, das Völkerrecht zu ignorieren, haben die, vor denen wir uns eigentlich schützen wollen, gewonnen. Warum betont der Kanzler nicht, dass sich die Bundesrepublik Deutschland durch eine menschenrechts-

¹ Das Gespräch wurde im August 2024 geführt.

konforme und rechtsstaatliche Sicherheitspolitik auszeichnet und ihre Werte auch nicht in Zeiten größter Bedrohungen preisgibt? Er tut dies nicht, weil er glaubt, mit rechter Politik an Zustimmung zu gewinnen. Dabei zeigt die rechte Asylpolitik der Bundesregierung, dass selbst Verschärfungen beim Asylrecht die Rechten nicht einhegen. Im Gegenteil, es ist Wasser auf die heißen Mühlen der Rechten, die im nächsten Atemzug die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gefordert haben und Schutzsuchende nach Ruanda ausfliegen wollen.

Insgesamt betrachtet ist diese Entwicklung Symptom für tiefer liegende, strukturelle Probleme in unserer Gesellschaft. Die Normalisierung der radikalen Rechten in der Mitte bzw. die drohende Faschisierung ist eingebettet in eine komplexe Krise und die Unfähigkeit der Regierenden, soziale und ökonomische Gerechtigkeit für alle sicherzustellen. Die liberale Demokratie und der Rechtsstaat werden angegriffen, die progressiven Teile der Gesellschaft diffamiert, auch weil eine «linksgelesene» Regierung an der Macht ist.

Die Normalisierung der radikalen Rechten oder auch die Faschisierung sind dabei kein Naturgesetz, sondern ein Ergebnis einer Politik, die weit über rechtes Agenda Setting hinausgeht. Die AfD hat seit ihrem Bestehen das Thema Migration als «Mutter aller Probleme» identifiziert und entsprechend im Diskurs verankert. Obwohl hierzulande nur 2,1 Millionen Geflüchtete – nur etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung – sowie 1,1 Millionen geflüchtete Ukrainer*innen leben, hat dieses Thema die

öffentliche Meinung geformt und fast alle politischen Parteien, außer Die Linke, haben sich daran beteiligt. Aber Abschiebungen etwa werden die Probleme in unserer Gesellschaft nicht lösen. Stattdessen werden Forderungen nach mehr Entrechtung, in Form von Abschiebungen, Abschottung und unmenschlichen Lagern, dazu führen, dass in letzter Konsequenz das Recht und dann der Mensch stirbt. Die Linke hat es nicht geschafft, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, auch weil sie dem keine verbindende Klassenpolitik von unten entgegenzusetzen konnte, die unsere Gesellschaft als eine postmigrantische Gesellschaft sieht und dementsprechend alle Menschen mitdenkt.

**DIE DROHENDE
FASCHISIERUNG
IST EINGEBETTET
IN EINE KOMPLEXE
KRISE UND DIE
UNFÄHIGKEIT DER
REGIERENDEN,
SOZIALE UND
ÖKONOMISCHE
GERECHTIGKEIT
FÜR ALLE SICHER-
ZUSTELLEN.**

Geht ihr selbst von einer fortschreitenden Rechtsverschiebung aus oder handelt es sich eher um eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung?

Anika Taschke: Ich habe schon das Gefühl einer Rechtsverschiebung, kann dies aber nicht belegen. Erinnern wir uns an die Anschläge in Mölln, Rostock-Lichtenhagen, an die Debatten und anschließende Umsetzung der Asylgesetzverschärfung 1993, aber auch die medialen Kampagnen um «Das-Boot-ist-voll»-Äußerungen oder die sozialen Verschärfungen mit der Einführung von Hartz-IV. Wir haben Jahrzehnte rassistischer und abwertender Diskurse hinter uns – oft getrieben von rechten Narrativen und Akteur*innen, die das vorbereitet haben. Auch wenn es schwer zu sagen ist, wann es schlimmer war, das gesellschaftliche Klima ist in jedem Fall zerrüttet, rau. Es wird nach unten getreten, wo es nur geht. Linke Stimmen sind kaum wahrnehmbar.

David: Es handelt sich eindeutig um eine Rechtsverschiebung, innerhalb derer es Ideologie-Produzenten und deren Multiplikatoren gibt. Zu den Ideologie-Produzenten gehört die AfD und ihr rechtsintellektuelles Umfeld. Zu den Multiplikatoren die extrem rechten alternativen Medien und Diskursformate wie Nius usw. Die Rechte macht mit eingängigen Bildern und Emotionen erfolgreiche Politik, der demokratische Akteure offenbar nichts entgegenzusetzen haben. Die Dominanz rechter Deutungsvorlagen des krisenhaften Alltags stärkt die radikale Rechte.

Clara: Auch ich beobachte eine klare Verschiebung aller Diskurse nach rechts. Egal,

um welches gesellschaftliche Thema es geht, die Diskussion startet heutzutage ganz weit rechts, findet sozusagen von Beginn an im Spielfeld der Rechten statt. Wie können wir diese Entwicklung stoppen? Die Entwicklung verdeutlicht vor allem die Notwendigkeit, progressive Allianzen zu stärken und gemeinsam den Spielball wieder in die linke Hälfte zu tragen.

Anfang des Jahres 2024 kam es zu einer massiven gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die AfD und gegen rechts. Wie steht es mit den Gegenbewegungen seit den großen Protesten gegen rechts?

David: Die Proteste sind in ihrer Wirkung weitgehend verpufft. Sie kamen gewissermaßen zu früh. Der Fokus ihrer Wahrnehmung lag auf den Metropolen. Die Kraft und die Ressourcen, die in die Vorbereitung von Großevents gehen, fehlen in der langfristigen Arbeit in den Regionen. Es gibt sie, die Aktiven vor Ort. Aber es kommt darauf an, sie sichtbar und hörbar zu machen. Eine Kampagne oder eine Großkundgebung leistet dies nur begrenzt.

Clara: Tatsächlich folgte auf die großen Proteste bisher keine einzige Maßnahme der Bundesregierung. Besonders perfide ist das vor dem Hintergrund, dass Spitzenpolitiker*innen immer fordern, dass die Gesellschaft gegen Rechtsextremismus aufstehen soll. Und jetzt? Die Zivilgesellschaft liefert und die Politik schaut zu. Das kann zu Frustration führen. Menschen fühlen sich nicht ernst genommen und der Zulauf zu den Demonstrationen nimmt ab. Es wird also Zeit für konkrete Maßnahmen, zum Beispiel das Demokratiefördergesetz.

Das Mindeste, was jetzt getan werden müsste, wäre, demokratische Initiativen, insbesondere in Ostdeutschland, so abzusichern, dass sie auch in den kommenden Jahren arbeits- und handlungsfähig bleiben. Wir dürfen diejenigen nicht vergessen, die täglich gegen den Rechtsruck und für ein solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft arbeiten. Es gibt diese Menschen und es sind nicht wenige. Sie brauchen aber Unterstützung.

Anika: Die Proteste Anfang des Jahres müssen als Aufbruch betrachtet werden. An vielen Orten gingen Tausende Menschen unterschiedlicher Generationen, aber auch unterschiedlicher politischer Orientierung auf die Straße «gegen rechts». Vollerorts waren Menschen das erste Mal auf einer Demonstration. Nach einer Zeit der Lähmung und Starre gegenüber den stetig steigenden Umfragewerten der AfD kam durch die Correctiv-Recherche wieder Bewegung in eine Mobilisierung.

**AUCH WENN
HEUTE WENIGER
PROTEST SICHTBAR
IST, HABEN SICH
VIELERORTS
BÜNDNISSE NEU
GEGRÜNDET, SIND
WIEDERBELEBT
WORDEN.**

Auch wenn heute weniger Protest sichtbar ist, haben sich vielerorts Bündnisse neu gegründet, sind wiederbelebt worden. Für kleinere ländliche Gegenden haben die Proteste Verbündete sichtbar gemacht und rechte Hegemonien zumindest bildlich kurzzeitig durchbrochen. Die mediale Aufmerksamkeit ist verschwunden, aber Strukturen gegen rechts sind weiter und wieder aktiv und mobilisieren rund um Parteitage, Wahlen oder rechte Aufmärsche ihren Protest. Mit den Protesten können zwei Forderungen verbunden werden, die von der Bundespolitik nur mit symbolischen Sonntagsreden aufgegriffen wurden: mehr Demokratie und die Forderung nach einem AfD-Verbot.

Inwiefern braucht es in Ostdeutschland – mit Blick auf die Situation nach den Landtagswahlen im Herbst, die Diskussionen in der CDU, aber auch die Gründung des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) – eine andere Strategie als bundesweit? Welche Ansatzpunkte seht ihr für einen linken, sozialen Antifaschismus im Osten? Was gibt euch Hoffnung?

Clara: Hoffnung gibt mir, dass viele Menschen nach wie vor linke Politik im Osten machen. Diese Menschen und Initiativen müssen wir unterstützen. Sich links zu engagieren bedeutet im Osten vor allem auch, einen Abwehrkampf gegen rechts zu führen. Etwas, was Menschen in Sachsen schon seit über 30 Jahren machen. Deutschland erlebt gerade seine «Sachsisierung» und in Sachsen gibt es viele Engagierte, die wissen, wie dem begegnet werden kann. Diesen Menschen sollten wir zuhören.

Natürlich brauchen wir auch eine Sozialpolitik, die der neoliberalen Politik etwas entgegengesetzt und rechten Narrativen den Nährboden entzieht. In diesem Punkt bin ich jedoch weit weniger optimistisch. Die Linke hat die Menschen im Osten ja nicht alleingelassen. Das waren CDU, SPD und in Regierungsverantwortung zuletzt auch die Grünen. Wählen Arbeiter*innen jetzt die AfD, weil diese ihnen eine bessere Sozialpolitik verspricht? Parteiprogramme, Wahlkampf und Nachwahlbefragungen sprechen dagegen. Es stellt sich hier ja die Frage, was kann eine linke Antwort auf diese desaströse Lage sein?

Zur Wahrheit gehört auch, dass sich die Normalisierung der radikalen Rechten bzw. des Faschismus im Osten nicht zuletzt auch aus einer rechten globalisierungskritischen Perspektive speist. Globalisierungskritik ist ein fester Bestandteil rechter Narrative und vielleicht verfängt das im Osten vor dem Hintergrund neoliberaler Umstrukturierung nach der Wende besonders stark. Dies befördert einen neuen Nationalismus mit rassistischem Abwehrverhalten. Der Kampf gegen das internationale Kapital und gegen Migration sind für die Rechten zwei Seiten derselben Medaille. Die im Osten weit verbreitete völkische Globalisierungskritik, die seit den 1990er-Jahren bereits durch die NPD verbreitet wurde, kann man als (Pseudo-) Antikapitalismus von rechts bewerten. Die AfD und anders auch das BSW bauen, wenn auch nur rhetorisch, auf diese vermeintlich antikapitalistische Haltung auf. So sagt Björn Höcke, die «soziale Frage der Gegenwart», ist «nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach

unten, unten nach oben», «die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.»

Was die AfD nicht macht: über ungleiche Arbeitsbedingungen im Osten gegenüber dem Westen zu sprechen. Wenn, dann spricht sie von «denen da oben». Das funktioniert gut, auch, weil es kaum Ostdeutsche in Führungsetagen gibt und überhaupt kaum Führungsetagen in Ostdeutschland. Eine Linke muss gerade darauf Antworten geben und zugleich sichtbar machen, wie man das ändern möchte.

David: Es braucht einen ostdeutschen Selbstverständigungsprozess darüber, in welchem Land wir leben wollen, und was Bedingungen des Gelingens sind. Die Probleme sind zahlreich und groß: Abwanderung, die sozialräumliche Unsichtbarkeit demokratischer Parteien in den ländlichen Regionen, die Gefahr der Zerstörung der Soziokultur und der politischen Bildung im Osten. Hoffnung machen die Engagierten vor Ort: ihr Mut, ihre Gelassenheit, ihre Klarheit gegenüber der Bedrohung durch die extreme Rechte.

Anika: In den vielen Gesprächen mit Kommunalpolitiker*innen, aber auch Menschen aus «dem Osten» wird deutlich, wie unterschiedlich Sozialisierungen und Politisierungen sowohl zu DDR-Zeiten, aber auch in den letzten 35 Jahren gelaufen sind – bei einer gleichzeitigen sozial und wirtschaftlich manifestierten Ungleichheit zum Westen. Diese Situation gilt es anzuerkennen und mit einem spezifischen Angebot anzusprechen. Dabei geht es selbst-

verständlich auch um Renten, Löhne, aber auch um Gesundheitsversorgung und die Vermögensfrage. Entscheidend ist dabei, sich nicht von rechten Narrativen verführen oder treiben zu lassen und die Menschen gegeneinander auszuspielen. Ein neuer Nationalismus ist keine Lösung.

Antifaschismus ist für mich etwas Universelles. Antifaschistische und migrantische Bewegungen im Osten haben eine lange Geschichte und auch gewaltvolle Erfahrungen gemacht. Es braucht hörbare Geschichten und eine Vernetzung migrantischer und nichtmigrantischer Antifaschist*innen, um starke und resiliente Bewegung(en) aufzubauen, aufeinander zu achten. Es gibt mir Hoffnung, dass viele Menschen vor Ort das bereits erkannt haben und täglich umsetzen. Es gilt, «den Osten» nicht in die rechte Ecke zu stellen oder abzuschreiben, sondern Strukturen solidarisch und bedarfsorientiert zu unterstützen, wo dies gewünscht ist.

Wie kann sich eine neue antifaschistische Bewegung in dem Dilemma bewegen, dass es einerseits breite Bündnisse gegen rechts dringend braucht und dass es zugleich in Bündnissen mit Regierungsparteien, Teilen der Union und anderen kaum gelingt, die (sozialen) Ursachen der Rechtsentwicklung politisch sichtbar zu machen und Alternativen einzufordern? Es besteht ja die Gefahr, den Eindruck einer «Einheitspartei der Demokraten» zu erwecken, was die radikale Rechte als vermeintliche Opposition noch stärken könnte. Wie kann der Sprung über einen «hilflosen Antifaschismus» hinaus gelingen?

Clara: In der Frage des Kampfes gegen die radikale Rechte brauchen wir eine demokratische Allianz, die möglichst viele Menschen einschließt. Zugleich muss Kritik auch gegen die Regierungsparteien und deren Politik erlaubt sein. Koalitionsvertreter*innen reagieren häufig pikiert, wenn

ES GILT, «DEN OSTEN» NICHT IN DIE RECHTE ECKE ZU STELLEN ODER ABZUSCHREIBEN, SONDERN STRUKTUREN SOLIDARISCH UND BEDARFSORIENTIERT ZU UNTERSTÜTZEN, WO DIES GEWÜNSCHT IST.

man ihrer Politik eine Mitschuld am Erstarren der AfD gibt. Es muss aber gesagt werden dürfen, dass eine rechte Migrationspolitik der AfD in die Hände spielt, dass der Abbau sozialstaatlicher Leistungen den Nährboden für rechte Ressentiments bereitet, dass sich Menschen von einem Bundeskanzler veralbert fühlen, der 100 Milliarden für die Rüstungsindustrie freimacht, sich aber zugleich auf Wahlplakaten als Friedenskanzler abfeiert. Eine neue antifaschistische Bewegung muss breite Bündnisse schmieden, die nicht nur gegen rechte Kräfte, sondern auch gegen die Ursachen sozialer Ungerechtigkeit kämpfen. Es ist wichtig, soziale und ökonomische Fragen ins Zentrum zu rücken, um eine umfassende progressive Alternative zu bieten. Diese Bewegung sollte nicht in eine Einheitsfront mit Regierungsparteien münden, sondern eigenständig bleiben und klare Forderungen nach einem demokratischen und sozial gerechten Wandel stellen.

David: Ich bin kein Diskursstrategie und will keiner sein. Mein Interesse gilt dem Feed der Menschen vor Ort, die ihr Gesicht im wahrsten Sinne des Wortes in den Wind halten. Natürlich braucht es Bündnisse. Und die Dialektik zwischen politischem Eigensinn der Akteure und ihrer Fähigkeit, sich zu öffnen. Wir können froh sein, wenn es gelingt, nach dem Herbst die Existenz vernetzter Strukturen zu halten.

Anika: Linke Bewegungen müssen meiner Meinung nach lernen, linke Forderungen, aber auch Kritik an den Regierenden so zu formulieren, dass sie nach rechts nicht anschlussfähig sind, und den sozialen Kern, auf Gleichheit basierend, deutlich nach vorne stellen. Während Corona, aber auch in Fragen von Inflation und Heizungskrise ist es linken Bewegungen oft nicht gelungen, ein eigenes Wording und eigene Kernforderungen zu finden – ohne den Tenor rechter Kampagnen zu bedienen. Oft ist auch gar nicht mehr die Stimme erhoben worden, um nicht in diese Falle zu tappen. Dabei braucht es eine politische und strategische Haltung, die beides kann – Protest und Kritik am herrschenden System äußern und mit linken Antworten füllen und gleichzeitig in breiten, zivilgesellschaftlichen Bündnissen auf die Straße gehen, Protest organisieren. Die Proteste Anfang 2024 konnten ihre symbolische Wirkung entfalten, weil sie ein Massenphänomen waren. Die mächtige Bildsprache spielt hier eine große Rolle. Gleichzeitig ist es notwendig und möglich, Angebote für Organisationen und politische Bildung zu schaffen, um Menschen längerfristig antifaschistisch und gegen rechts zu organisieren.

Welche Rolle kann die Partei Die Linke spielen?

David: Sie sollte prüfen, wie sie ihre politische Handlungsfähigkeit wieder herstellen kann ..., wichtig wär's.

Clara: Die Linke kann eine zentrale Rolle als politische Kraft spielen, die für soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und progressive Politik eintritt. Sie sollte die Stimme derer sein, die von neoliberalen Reformen benachteiligt wurden, und konkrete Alternativen zum kapitalistischen System aufzeigen. Die Leute müssen merken, was im Kollektiv möglich ist und dass da mehr möglich ist als durch Vereinzelung. Faschist*innen gewinnen beim Migrations-thema, indem sie Deutschen sagen, dir wird was weggenommen. Linke gewinnen beim Thema Migrationspolitik, wenn sie allen Menschen eine Aussicht auf eine soziale Absicherung geben und dabei Menschen mit Migrationsgeschichte miteinschließen. Durch kollektive Absicherung kann eine Art Resilienz gegen faschistische «Der-will-dir-was-wegnehmen»-Erzählungen geschaffen werden.

Anika: Während Proteste und Demonstrationen oft kurzfristige und temporäre Organiserungen sind, kann Die Linke als Partei selbstverständlich Ort für das weitere Engagement und den Kampf gegen rechts sein. Dafür braucht die Partei aber ein anderes Verständnis von Organisation und Bewegung an der Basis. Vielleicht braucht es an einigen Stellen einen Schwerpunkt auf Aktionen und sozialem Austausch, als Ergänzung zu Sitzungen mit Tagesordnungen und Listenaufstellungen. Ihr antifaschisti-

**LINKE GEWINNEN
BEIM THEMA MIGRA-
TIONSPOLITIK, WENN
SIE ALLEN MENSCHEN
EINE AUSSICHT AUF
EINE SOZIALE AB-
SICHERUNG GEBEN
UND DABEI MENSCHEN
MIT MIGRATIONS-
GESCHICHTE MITEIN-
SCHLIESSEN.**

sches Profil muss sie dafür schärfen und vehement gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, aber auch Queerfeindlichkeit oder Sozialchauvinismus eintreten – auch in den eigenen Strukturen – und dies glaubwürdig verkörpern. Sie muss zudem Verbündete von antifaschistischen Strukturen sein und Räume, Know-how und Informationen anbieten. Dafür braucht es Mut, neue Wege zu gehen.

Ist ein AfD-Verbot die Notbremse gegen die Faschisierung? Und wenn ja, kommt es?

Clara: Ein AfD-Verbot allein ist keine nachhaltige Lösung gegen Faschisierung. Es ist wichtig, die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen zu bekämpfen, die rechtsradikale Bewegungen erst ermöglichen. Eine linke Perspektive fordert strukturelle Veränderungen, die eine gerechte und inklusive Gesellschaft fördern, um den Nährboden für Faschismus trocken zu legen.

Anika: Das AfD-Verbot wird nicht die autoritären Einstellungen in unserer Gesellschaft wegzaubern können. Ein Verbot allein kann eine Faschisierung der Gesell-

schaft nicht aufhalten. Der AfD ist es in den letzten Jahren gelungen, das bereits vorhandene Potenzial anzusprechen und ins Parlament zu tragen. Daher braucht es Debatten um die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Demokratie und Menschenrechten sowie eine andere Sozialpolitik, die die Spaltung unserer Gesellschaft mindert und gleichzeitig einer Klimakrise gerecht wird – und das nicht auf dem Rücken anderer Gesellschaften und Communities, sondern universell.

Ein erfolgreiches Verbot kann aber die Gefahr rechter Regierungsübernahme mindern – wenn die anderen demokratischen Parteien das AfD-Programm bis dahin nicht bereits umgesetzt haben. Das Parteienverbot soll die Machtübernahme verhindern und dafür würde ich es gern eingesetzt sehen.

David: Es muss eine Debatte um und eine Prüfung des AfD-Verbots geben. Ich hoffe, dies gelingt.

**ES MUSS EINE DEBATTE
UM UND EINE PRÜFUNG
DES AfD-VERBOTS GEBEN.**

GEGEN DIE NORMALISIERUNG DER AFD

EIN INTERVIEW MIT MALTE ENGELER UND JULIA DÜCK VON DER KAMPAGNE «MENSCHENWÜRDE VERTEIDIGEN – AFD-VERBOT JETZT!»¹

Warum startet ihr die Kampagne gerade jetzt?

Malte Engeler: Das Bündnis hat sich im Anschluss an die Berichterstattung um die Recherchen des Netzwerks Correctiv gebildet. Denn spätestens hier ist deutlich geworden: Die AfD hat sich in den letzten Jahren massiv radikalisiert. Sie hat sich mehr und mehr zu einer von rechtsfaschistischen Kräften dominierten Partei entwickelt; weniger radikale Kräfte haben sich immer weiter zurückgezogen. Durch die Correctiv-Recherchen ist auch deutlich geworden, dass die AfD selbst mit rechtsradikalen, gewalttätigen Kräften zusammenarbeitet. Das sind Gründe genug, die gezeigt

haben: Wir müssen jetzt etwas gegen diese Partei tun. Wir haben uns als Bündnis daher gegründet, um den Druck auf die Einleitung eines Verbotsverfahrens zu erhöhen.

Julia Dück: Zugleich sehen wir, dass die Zeit drängt: Die EU-Wahlen, Umfragen und jüngsten Wahlergebnisse zeigen deutlich, dass die AfD es schafft, mit Rassismus und Populismus viele Menschen zu beeinflussen. In etlichen Kommunen und einigen Landtagen wird bereits mit der AfD zusammengearbeitet. Eine stabile parlamentarische Brandmauer gibt es nicht mehr. Schon jetzt dient die AfD als Stichwortgeberin in der Migrationspolitik. Einmal an die Macht gekommen, hätte sie aber die Möglichkeit, ihre verfassungsfeindlichen Positionen institutionell zu verankern. Ist dieser Punkt einmal erreicht, wird es deutlich schwieriger sein, ihn rückgängig zu machen. Wie nah wir an einem autoritären Wendepunkt stehen, sehen wir nicht zuletzt an den Ergebnissen der Europawahlen. Wir haben also keine Zeit zu verlieren. Wir brauchen ein Verbotsverfahren jetzt! Denn eins kann das Verbotsverfahren

EINMAL AN DIE MACHT GEKOMMEN, HÄTTE SIE ABER DIE MÖGLICHKEIT, IHRE VERFASSUNGSFEINDLICHEN POSITIONEN INSTITUTIONELL ZU VERANKERN.

¹ Das Gespräch wurde im August 2024 geführt.

ren schon vor der Entscheidung bewirken: Es kann die Brandmauer wieder aufbauen und parlamentarische Kooperationen unterbinden.

Ihr wollt also in erster Linie die parlamentarische Brandmauer wieder aufbauen?

Malte: Das Verbotsverfahren ist eine konkrete staatsrechtliche Reaktion darauf, dass eine Partei aktiv gegen das Grundgesetz verstößt. Es geht darum, organisierte Feind*innen des Grundgesetzes und der Menschenwürde davon abzuhalten, diese Ziele durch Übernahme staatlicher Institutionen zu verhindern. Dafür ist das Verbotsverfahren ein zentraler Hebel.

Julia: Das Verbot zu fordern ist aber auch eine politische Zuspitzung. Genau das ist von uns gewollt: Es geht darum, die Normalisierungen im Umgang mit der AfD im Alltag und in den Parlamenten aufzubrechen. Denn die AfD genießt Legitimität, solange sie gewählt werden kann. Es schleicht sich immer mehr ein, dass akzeptiert wird, wenn der Nachbar, die Fußballtrainerin oder Menschen in der eigenen Familie die AfD wählen, in ihr aktiv sind oder mit ihr zusammenarbeiten. Konflikte um diese Fragen sind anstrengend und werden daher gemieden. Zwischen dem Gewöhnungsprozess im Alltag und der «Normalisierung» der AfD in den Parlamenten gibt es eine Wechselwirkung. Genau hier wollen wir ansetzen: Es geht darum, diese Normalisierungen, dieses Gewöhnen, aufzubrechen. Denn die AfD ist keine Protestpartei und sie darf auch kein Partner auf parlamentarischer Ebene sein. Sie ist eine

zutiefst rassistische, antidemokratische Partei und gehört verboten. Die Forderung eines AfD-Verbots und die gesellschaftliche Debatte darum können diesen voranschreitenden Normalisierungsprozess aufbrechen. Denn sie zwingen zur Entscheidung: Wollen wir die AfD verbieten? Oder lassen wir sie weiter gewähren und schauen zu, wie sie ihre Hetze verbreitet?

Ist ein AfD-Verbot also eine Notbremse gegen die gegenwärtige Faschisierung?

Malte: Faschistische und radikal rechte Parteien sind Symptome einer gesellschaftlichen Entwicklung, nicht die Ursache. Das Verbot solcher Parteien reagiert auf die Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklungen, die dazu führen. Insofern ist die Antwort auf die Frage: Ja, das AfD-Verbot wäre eine Notbremse gegen die Faschisierung. Es bekämpft nicht seine Ursachen. Dennoch ist eine faschistische Partei nie lediglich ein Ausdruck gesellschaftlicher Stim-

**DAS AFD-VERBOT
WÄRE EINE NOTBREMSE
GEGEN DIE FASCHISIE-
RUNG. ES BEKÄMPFT
NICHT SEINE URSACHEN.**

mung und somit der Repräsentanz von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Parteien formen und organisieren vielmehr auch gesellschaftliche Kräfte. Sprich: Die AfD ist nicht nur Ausdruck von Rassismus und Gewalt, sondern verstärkt auch Hass und Rassismus in der Gesellschaft. Weil sie gesellschaftliche Kräfte zusammenbindet und ihnen einen politischen Ausdruck verleiht – und ihn damit auch überhaupt erst schafft. Ihr die Strukturen für die Ausübung dieser organisierenden Kraft zu nehmen, bekämpft somit durchaus einen Teil der Ursachen für die Zunahme von Rassismus, Hass und Gewalt in der Gesellschaft.

Und ein zweites Mal kann die Frage mit ja beantwortet werden, insofern die Kampagne für ein AfD-Verbot auch eine Erfahrung daraus ist, dass Proteste, Warnungen oder Aufklärungen in den letzten Jahren allein nicht gereicht haben, um die Gefahr, die von der AfD ausgeht, zu stoppen. Wir brauchen ergänzend einen politischen Hebel für die Auseinandersetzung gegen die AfD. Dieser Hebel ist die Forderung nach dem Verbot.

Anfang des Jahres 2024 kam es zu einer massiven gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die AfD und gegen rechts. Wie steht es mit den Gegenbewegungen seit den großen Protesten gegen rechts? Wie ordnet sich eure Kampagne in diese Bewegungen ein?

Julia: Nicht nur Anfang des Jahres gab es viele Proteste gegen die AfD. Mit der Mobilisierung gegen den Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen ist erneut eine breite, sehr erfolgreiche Bewegung gegen

diese Partei sichtbar geworden. Auch wir haben als Kampagne diese Proteste unterstützt und gemeinsam nach Essen mobilisiert. Dennoch ist die Erfahrung der letzten Jahre, dass die Proteste, Warnungen oder Aufklärungsversuche gegen die AfD nicht ausgereicht haben, um die AfD signifikant zu schwächen und den Faschisierungsprozess aufzuhalten. Unsere Kampagne ist daher ein Vorschlag der politischen Zuspitzung; eine Einladung für einen gemeinsamen Bezugspunkt der Bewegungen gegen die AfD und die zunehmende Faschisierung: Wir wollen nicht länger zusehen, wie die AfD ihre menschenverachtende Ideologie verbreitet und die Menschenwürde angreift. Wir haben genug davon, zu beobachten, wie sie Hass und Rassismus schürt und damit Gewalt legitimiert. Daher schreiten wir konkret ein – mit der Forderung nach einem Verbot der AfD.

Unser Eindruck ist, dass auch ein Großteil der Menschen in Deutschland sehr genau spürt und merkt, welche Gefahr von der AfD ausgeht und was hier ins Kippen kommt. Was es braucht, ist aber mehr als Mut, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Es braucht auch einen konkreten Hebel. Genau das wollen wir mit der Kampagne schaffen: ein Mittel, wie der AfD die Legitimation entzogen werden kann. Seit dem Start der Kampagne Mitte Juni 2024 erleben wir ein sehr großes Echo. Gleichzeitig unterstützten wir auch die vielfältigen und unterschiedlichen Aktivitäten gegen die AfD und die gesellschaftliche Rechtsentwicklung. All diese Aktionen, sei es im Alltag oder vor den Landtagswahlen, müssen weiterhin stattfinden. Mit der Kampagne für ein AfD-Verbot schaffen wir

darüber hinaus einen gemeinsamen Handlungspunkt und zwingen die demokratischen parlamentarischen Parteien, sich konkret zu positionieren.

Wie bewegt sich die Kampagne in dem Dilemma, dass es einerseits breite Bündnisse gegen rechts dringend braucht und dass zugleich in Bündnissen mit Regierungsparteien, Teilen der Union und anderen der Eindruck einer «Einheitspartei der Demokraten» erweckt wird, was die radikale Rechte als vermeintliche Opposition noch stärken könnte?

Malte: Unser Ziel ist es, die Mehrheit im Bundestag dazu zu bewegen, dass sie sich öffentlich für ein Verbot ausspricht. Dafür wollen wir in den nächsten Wochen auch lokal in den Wahlkreisen präsent sein. Wir gehen mit allen Abgeordneten ins Gespräch. Unser Eindruck ist: Es gibt in allen demokratischen Parteien Menschen, die sich für ein Verbot aussprechen, aber auch viel zu viel Zurückhaltung in dieser Frage. Deswegen haben wir uns als Bündnis das Ziel gesetzt, den Druck zu erhöhen und eine Mehrheit im Bundestag zu erreichen. Dafür gehen wir in den nächsten Wochen auf alle Akteure zu; und natürlich auch auf diejenigen, die sich bereits für ein Verbot ausgesprochen haben.

Julia: Gleichzeitig sind wir sehr bewusst ein zivilgesellschaftliches Bündnis für das Verbot der AfD und kein parteipolitisches: Für uns ist die AfD keine Konkurrenz im Parlament. Sie ist eine faschistische Partei – und deswegen sollte sie verboten werden. Wir verfolgen damit nicht das Ziel, andere Parteien zu stärken, sondern den Hass

und Rassismus, den die AfD verbreitet, zu schwächen. Aber: Natürlich kann die AfD versuchen, das Verbotsverfahren für sich zu nutzen. Es ist Teil der Strategie autoritärer Parteien, einen Opfermythos zu nähren und zu nutzen. Sie manövrieren Andere damit bewusst in ein Dilemma: Entweder in gebotener Schärfe und mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen die AfD vorzugehen oder untätig zu bleiben, gegebenenfalls sogar mit ihr zu kooperieren und ihr so zu mehr Macht zu verhelfen. Aus Angst vor der Opferinszenierung auf das Mittel des Verbots zu verzichten, wäre ein Erfolg dieser Strategie. Das ist keine Option. Denn der Schaden für Demokratie und Menschenrechte, den die AfD bereits anrichtet und noch anrichten kann, wenn sie erst einmal politisch in der Lage dazu ist, wäre zu groß.

Hat ein Verbot eine reale Chance auf Durchsetzung? Wie schätzt ihr die Kräfteverhältnisse, auch in den Institutionen, ein?

Malte: Die einzige Gewissheit, die wir haben, ist die zu wissen, was passiert, wenn wir weiter schweigen: nämlich nichts. Es geht erstmal darum, die Mehrheit im Bundestag dafür zu gewinnen, einen Verbotsantrag zu unterstützen. Bisher erleben wir hier durchaus Zögern, den Antrag überhaupt zu stellen. Die Kampagne ist gestartet, weil wir uns einig sind, dass wir handeln MÜSSEN. Natürlich glauben wir aber auch, dass das Verbot rechtlich Erfolg hätte.

Zum Start der Kampagne haben wir eine Reihe juristischer Expert*innen um ihre Einschätzung zu den Erfolgsaussichten

gebeten – mit einem eindeutigen Ergebnis: Viele juristische Stimmen schätzen das Verbot der AfD für realistisch ein. Natürlich gibt es von juristischer Seite immer auch Zurückhaltung, sich öffentlich zu dem Verfahren zu äußern, weil befürchtet wird, dass diese Einschätzung als politische Intention gelesen werden könnte, und weil erst das Verfahren selbst zeigen kann, ob ein Verbot gerechtfertigt ist oder nicht. Wir sehen allerdings auch, dass das Oberverwaltungsgericht Münster über die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als «verfassungsfeindlicher Verdachtsfall» eindeutig geurteilt hat: Das OVG hält das für mehr als begründet. Auch in einem Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts München zur Beobachtung der AfD durch den Landesverfassungsschutz in Bayern wird bestätigt, dass die AfD genug Anlässe für eine Verletzung der Menschenwürde bietet und somit gegen das Grundgesetz verstößt. Das Verbot der AfD hat also – gerichtlich bestätigt – eine reale Chance auf Durchsetzung. Darüber hinaus ist auch dank der Kampagne neue Bewegung in den politischen Raum gekommen. Aber, und da muss man sich nichts vormachen, diese Auseinandersetzung ist kein Selbstläufer.

Was es dafür braucht, ist eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die Forderung nach dem AfD-Verbot. Genau deswegen haben wir die Kampagne gestartet.

**VIELE JURISTISCHE STIMMEN
SCHÄTZEN DAS VERBOT DER
AFD FÜR REALISTISCH EIN.**

Bernd Riexinger

WAS TUN GEGEN DIE ZUNEHMENDE FASCHISIERUNG?

AUFGABEN FÜR DIE LINKE

1 Soziale Infrastruktur als wichtige Klammer linker Politik gegen rechts	87
2 Den rechten Kulturkampf annehmen und ein emanzipatorisches Weltbild dagegenstellen	89
3 Erzählen, was wir gewinnen können	91
Literatur	91

Die Linke und große Teile der gesellschaftlichen Linken riefen im Frühjahr 2024 zu Demonstrationen gegen rechts und zur Verteidigung der Demokratie auf. Es passt ins Bild, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) nicht dazu aufgerufen hat, weil es bewusst keine klare Abgrenzung zur AfD vornehmen will, um Wähler*innen zurückzugewinnen. Auch wenn die Massenkundgebungen schon wieder etwas verebbt sind, waren (und sind sie zum Teil noch) Ausdruck eines Unbehagens in der Gesellschaft über die Wahlerfolge und Radikalisierung der AfD. Auch wenn Die Linke in vielen Fällen nicht in die Bündnisse aufgenommen wurde, hat sie dazu mobilisiert und war ein Akteur auf den Plätzen und Straßen. Die Breite der Proteste, bis

in konservativ-liberale Milieus hinein, ist wichtig, um Druck auf die CDU auszuüben, keine Koalitionen mit der AfD einzugehen. In seltenen Fällen sind faschistische oder rechtsradikale Parteien allein an die politische Macht gekommen. Sie brauchten dazu andere rechtskonservative, nationalistische, bürgerlich rechte Parteien. Diesen Kurs der breiten Proteste sollte die Partei Die Linke weiterverfolgen, als Teil der Bündnisse und der Proteste gegen rechts, und dafür aktiv eintreten.

Die Partei wie die gesellschaftliche Linke insgesamt dürfen sich jedoch nicht mit den anderen Parteien gemein machen und sich – auf Bundesebene – als (unkritischer) Teil eines Bündnisses der Demokrat*in-

**DIE LINKE HAT DIE
BESONDERE ROLLE,
DER ABGRENZUNG
NACH UNTEN UND
DRAUSSEN EINE
POLITIK DER GEMEIN-
SAMEN UND VERBIN-
DENDEN (KLASSEN-)
INTERESSEN ENT-
GEGENZUSETZEN.**

nen gegen die AfD begreifen. Sowohl die Parteien der Ampel als auch die bürgerlichen Parteien versuchen, die sozialen Ursachen der Rechtsentwicklung auszuklammern oder zumindest dafür zu sorgen, dass keine direkte Verbindung zu ihrer Politik gezogen wird. Außerdem sind sie selbst Teil der Rechtsentwicklung, weil sie in ihren politischen Entscheidungen bei der Asylpolitik dem Druck der AfD nachgeben. Die CDU unterscheidet sich inhaltlich auf diesem Feld kaum von der AfD. Als die Ampel im Oktober 2023 in einer Aktuellen Stunde im Bundestag die Gefährdung der Demokratie durch die AfD auf die Tagesordnung setzte, hatte sie einen Tag zuvor das Rückführungserleichterungsgesetz verabschiedet. Auch die Bezahlkarte für Geflüchtete ist auf keinen Widerstand – nicht mal bei den Grünen – gestoßen. Beides wurde mit der Zustimmung vom BSW beschlossen.

Die Linke hat die Aufgabe, konsequent die sozialen Interessen der Lohnabhängigen, insbesondere der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, der Bürgergeldbezieher*innen, der Erwerbslosen und der Rentner*innen, in der Gesellschaft und in den Parlamenten zu vertreten und gewerkschaftliche Kämpfe und soziale Bewegungen zu unterstützen. Gleichzeitig gilt es auf diesem Feld, sozialdarwinistischen und ausgrenzenden Sicht- und Denkweisen entgegenzutreten.

Die Spaltung und Ausdifferenzierung der Arbeiter*innenklasse, die durch die forcierte Politik der Prekarisierung und Deregulierung in den letzten Jahrzehnten verschärft wurden, erleichtern den Rechten ihr Geschäft. Sie erzeugen einen Nährboden der sozialen Unsicherheit, Abstiegsängste und Befürchtungen, abgehängt zu werden. Die Linke hat deshalb die besondere Rolle, der Abgrenzung nach unten und draußen eine Politik der gemeinsamen und verbindenden (Klassen-)Interessen entgegenzusetzen. Dazu gehört, einen Begriff der inklusiven Solidarität gesellschaftlich zu verankern und praktisch zu organisieren. Es gilt, soziale Oben-unten-Konflikte aufzugreifen und zu organisieren, die eine gemeinsame Klammer zwischen den verschiedenen Akteuren bilden können. Es geht dabei nicht um Milieupolitik, sondern um verbindende Interessen einer tief gespaltenen und stark ausdifferenzierten Arbeiter*innenklasse, was überhaupt erst ermöglicht, sich als Klasse (ausdrücklich nicht als Milieu) zu begreifen. Die Zusammensetzung der lohnabhängigen Klasse hat sich massiv verändert: Sie ist weiblicher, migrantischer, gebildeter und prekärer geworden und zu über 70 Prozent im Dienstleistungsbereich beschäftigt (vgl. u. a. Riexinger 2018). Davon zu sprechen, dass die stärkere Zuwendung zu den Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe nicht die Breite der Beschäftigten anspricht

(vgl. Schwerdtner 2024), scheint mir eine Kritik zu sein, die nicht ganz auf der Höhe der Zeit ist. Die durch die neoliberale Politik vorangetriebene Spaltung und Ausgrenzung von großen Teilen der Beschäftigten ist ein Nährboden für die Rechten – umso wichtiger ist es, gemeinsame Klasseninteressen herauszuarbeiten. In den Zeiten mit besseren Wahlergebnissen ist Die Linke von Beschäftigten im Gesundheitssektor und der sozialen und personenbezogenen Arbeit überdurchschnittlich oft gewählt worden und noch mehr von denen, die gestreikt hatten.

1 SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS WICHTIGE KLAMMER LINKER POLITIK GEGEN RECHTS

Der teils katastrophale Zustand der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur ist ein starker Nährboden für die Rechten. Viele Menschen verzweifeln an den gravierenden Mängeln im Gesundheitssystem, an Schlangen vor den Bürger*innenbüros, an fehlenden Kitaplätzen im Stadtteil, am Mangel an bezahlbaren Wohnungen, monatelangen Wartezeiten für Fachärzt*innen, am Lehrer- und Erzieher*innenmangel, Warten auf unpünktliche Busse oder Bahnen. Es erschwert den Alltag gerade für diejenigen, für die bezahlte Dienstleistungen nicht erschwinglich sind, und verstärkt das Gefühl, dass alles schlechter wird oder den Bach runtergeht.

Die Rechten greifen dieses Gefühl auf und verbinden es mit der Kritik, dass ja für Migrant*innen und Geflüchtete oder Fahrradwege in Peru Geld ausgegeben werde,

**DEMOKRATISCHE BETEILIGUNG UND
ANEIGNUNG SIND BEDEUTEND, WEIL DIE RECHTEN
GERADE AUS DEM OHNMACHTSGEFÜHL VIELER
MENSCHEN GEGENÜBER DEN STAATLICHEN
INSTITUTIONEN HONIG SAUGEN.**

aber eben nicht für die hier Ansässigen. Die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen, verstärkt den Konkurrenzkampf um die Verteilung der Mittel, obwohl genügend Geld für die anstehenden Aufgaben da wäre, würde es nur gerecht verteilt. Auf dem Feld der sozialen Infrastruktur war Die Linke stark und politisch wahrnehmbar. Die Idee des Infrastruktursozialismus ist hier ein Schlüssel: Dabei geht es um eine massive Ausdehnung der sozialen Infrastrukturen für mehr soziale Sicherheit und eine funktionierende Daseinsvorsorge, verbunden mit einem wachsenden öffentlichen oder auch genossenschaftlichen Sektor, der nicht der Profitmaximierung, sondern dem besseren Leben der Mehrheit, also dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Das Konzept beinhaltet zudem Vorschläge zur Demokratisierung der öffentlichen Infrastruktur und damit eines wichtigen Teils der Gesellschaft (vgl. Riexinger 2020).

Die Frage der demokratischen Beteiligung und Aneignung ist auch deshalb bedeutend, weil die Rechten gerade aus dem Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber den staatlichen Institutionen Honig saugen. Auf diesem Feld, das gleichzeitig

eine Kampfzone für gerechtere Verteilung und Demokratisierung der Gesellschaft ist, kann die Linke im Unterschied zu den Rechten nicht nur klare Vorschläge und Lösungskonzepte auf den Tisch legen, sondern auch durch vielfältige praktische Arbeit Vertrauen gewinnen. In vielen Städten und Kommunen engagieren sich Linke seit Jahren gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums, für die bessere Bezahlung von Pflegekräften, für den Ausbau des ÖPNV, gebührenfreie Kitas und vieles mehr. Das auszubauen, die Betroffenen einzubeziehen und Konflikte «anzuzetteln» kann eine starke Basis gegen den Vormarsch der Rechten sein. Denn in diesen Auseinandersetzungen wird klar, welche konkreten Verbesserungen sich erkämpfen lassen und welche Gegner diesen im Wege stehen. Außerdem kann Die Linke in diesen Kämpfen vorhandene soziale, nachbarschaftliche Strukturen und vorhandenes Solidaritätsbewusstsein aktivieren, als klares Gegenmodell zu den sozialdarwinistischen und diskriminierenden Ideologien der Rechten (vgl. auch Ringer/Wermuth 2020).

2 DEN RECHTEN KULTURKAMPF ANNEHMEN UND EIN EMANZIPATORISCHES WELTBILD DAGEGENSTELLEN

Die Rechtsradikalen führen seit Jahren einen erfolgreichen Kulturkampf gegen die emanzipatorischen Fortschritte seit der 1968er-Bewegung. Das Ziel ist eine kulturelle Hegemonie in reaktionärer Form. Ein wichtiges Element ist dabei die Leugnung der (menschlich verursachten) Klimakrise und damit der Kampf um die Verlängerung des fossilen Zeitalters (siehe den Beitrag von Mario Candeias in dieser Broschüre). Triggerpunkte sind die Verteuerung der Energiekosten, das Verbrenner-Aus und der Heizungstausch. Verbunden wird das mit einem Angriff auf die rot-grüne Ideologie der Transformation, die «unseren» Wohlstand zerstöre und verantwortlich für die Zerstörung von Arbeitsplätzen und die Verschlechterung des Lebensstandards sei. Interessant, dass das BSW ähnlich argumentiert.

DIE POLITIK DER LINKEN AUF SOZIALE GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN ZU REDUZIEREN UND SICH STÄRKER AUF OSTDEUTSCHLAND ZU KONZENTRIEREN IST KEINE LÖSUNG.

Die Politik der Linken auf soziale Gerechtigkeit und Frieden zu reduzieren und sich stärker auf Ostdeutschland zu konzentrieren, wie es Teile der Partei um Dietmar Bartsch und Gregor Gysi fordern oder auch Ines Schwerdtner (2024), um Konflikten in der Wähler*innenschaft aus dem Weg zu gehen, ist keine Lösung. Im Gegenteil, das wäre Wasser auf die Mühlen der Rechten. Auch hier hilft nur der Sprung nach vorn: zur Politik einer radikalen sozial-ökologischen Transformation. Dabei muss Die Linke die vorhandenen Bedenken, berechtigten Ängste und Befürchtungen vieler Menschen ernst nehmen, wirksame Klimapolitik eng mit sozialer Gerechtigkeit verbinden und als Teil der Klassenauseinandersetzungen transparent machen. Konkrete Projekte und Kampagnen, die soziale Verbesserungen mit konsequentem Klimaschutz verbinden, wurden zum Teil schon auf den Weg gebracht: eine Mobilitätswende, die den Ausbau von Bahn und ÖPNV und kostengünstige Tickets bis hin zum Nulltarif umfasst, unterstützt von der Kampagnen #wirfahrezusammen, außerdem die Forderungen nach einem Schutz der Mieter*innen vor Abwälzung der energetischen Kosten und einer Auszahlung des Klimageldes.

Ein weiteres Element des rechten Kulturkampfes ist das Propagieren eines traditionellen Familienbildes und die Kritik an sexueller Selbstbestimmung sowie das Schüren von Ängsten: vor Migration und Geflüchteten, vor anderer religiöser und kultureller Orientierung, vor allem vor Muslim*innen, vor Kriminalität der hier lebenden Migranten*innen und Geflüchteten, vor feministischen Gleichberechtigungs-

ansprüchen. Die Linke hat die Aufgabe, die emanzipatorischen Fortschritte, die Diversität der Gesellschaft als Errungenschaft und Bereicherung für unsere Gesellschaft zu verteidigen. Gleichzeitig muss sie die materiellen und infrastrukturellen Voraussetzungen (Bildung, Erziehung, Wohnen, kulturelle Räume) dafür schaffen, dass vielfältige Lebensentwürfe und interkulturelle Formen des Zusammenlebens gelingen können. Auch hier ist der Begriff der inklusiven Solidarität die linke Antwort auf die Politik der Rechten, verschiedene Gruppen der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Dabei geht es nicht um irgendwelche linksliberalen Orientierungen, sondern um die kulturellen und sozialen Bedingungen für Selbstbestimmung und interkulturelles Zusammenleben. Forderungen der Partei Die Linken treffen hier schon auf breiten Zuspruch, sei es unsere Ablehnung der größten Asylrechtsverschärfung auf EU-Ebene, der GEAS-Reform, die eine faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl bedeutet, seit dem Asylkompromiss von 1993, oder unser vehementes Streiten gegen die von der Ampelregierung verschärften Abschieberegulungen sowie gegen die Ausweitung der Liste von «sicheren Herkunftsstaaten», in denen jedoch gravierende Menschenrechtsverletzungen stattfinden.

Forderungen aus der Partei Die Linke, sie solle ihre migrationspolitische Position zurückdrehen, und die Erzählung, sie sei an ihrer Position zu offenen Grenzen gescheitert, sind grundfalsch. Die Politik aller Parteien, mit sogenannten Push-Faktoren die Migrant*innen abzuschrecken und wegzudrücken, muss Die Linke zurückweisen.

**DIE LINKE KANN
VERDEUTLICHEN, DASS
UNSERE GESELLSCHAFT
OHNE ZUWANDERUNG
ÖKONOMISCH UND
KULTURELL ÄRMER
WÄRE.**

Mauern, Zäune, Aufnahmelager in anderen Ländern, Bezahlkarte, schnellere Abschiebungen werden die Migration nicht verhindern. Sie sind nur menschenunwürdig und beschämend. Heribert Prantl hat recht: «Migration kann nicht aufgehalten, sie muss gestaltet werden» (Prantl 2024). Davon abgesehen, dass es die AfD nur bestätigt, wenn alle Parteien Migration erschweren wollen, kann die Linke verdeutlichen, dass unsere Gesellschaft ohne Zuwanderung ökonomisch und kulturell ärmer wäre und dass das erst recht für die Zukunft gilt. Es hat mit Menschlichkeit gegenüber den und Anerkennung der Migrant*innen zu tun, wenn wir darüber aufklären, dass von den im Jahr 2015 geflüchteten Männern 80 Prozent in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Das ist eine höhere Quote als beim Rest der Bevölkerung. Die «Wirtschaftsweisen» fordern 1,5 Millionen Einwander*innen im Jahr. «Die kann man aber nicht als fertige Fachkräfte von ausländischen Bäumen pflügen.» (Ebd.) Anstatt wertvolle Fachkräfte aus anderen Ländern abzuwerben, müssten die Menschen, die bereits hier sind, qualifiziert und ausgebildet werden.

Hier kann die Partei Die Linke der rechten Erzählung von einer Pauschalbedrohung durch Migration ein klares integratives Konzept entgegengesetzen.

Dass sich Migrant*innen seit einigen Jahren stärker in der Partei organisieren, ihre Anliegen aktiv einbringen, politisch wahrnehmbar sind und Gesicht zeigen, muss noch weiterentwickelt werden: Die Partei als «Raum» im tatsächlichen und übertragenen Sinne für interkulturelle Politik und Kultur.

3 ERZÄHLEN, WAS WIR GEWINNEN KÖNNEN

Entscheidend im Kampf gegen die Faschisierung wird sein, ob Die Linke eine glaubwürdige Erzählung entwickeln kann, mit der die sozial-ökologische Transformation der Ökonomie und Gesellschaft, wirksame Klimapolitik, Migration und interkulturelles Zusammenleben, Demokratisierung und Selbstbestimmung, Feminismus und Emanzipation als Bereicherung und Erweiterung der eigenen Lebensmöglichkeiten begriffen werden. Eine Erzählung, bei der die ökosoziale Transformation verbunden mit einem neuen Wohlstandsbegriff nicht als Angriff auf die eigene soziale Existenz, sondern als Bedingung für deren Verbesserung verstanden wird. Eine Erzählung, die eine realistische Zukunftsvision einer weltweit sozialen und solidarischen Gesellschaft entwirft, als klares Gegenstück zur sozialdarwinistischen Verrohungs- und Zerstörungslogik der Rechten. Eine «Revolution der sozialen Infrastruktur» könnte exemplarischer Teil einer solchen Erzählung sein.

Realistische und konkrete Alternativen sind eine wirksame Brandmauer gegen rechts.

Die Linke hat als Reaktion auf die Abspaltung von Wagenknecht einen spürbaren Zuwachs an neuen Mitgliedern bekommen. Die Bedrohung von rechts und die Bedrohung der Menschenrechte sind die häufig genannten Gründe für diese Entscheidung. Instinktiv steckt dahinter, dass eine starke Linke wichtig und nützlich ist gegen das gefährliche Erstarken der Rechten. Es gab also schon schlechtere Voraussetzungen dafür, dass diese neue Energie produktiv die gesamte Partei erreicht. Es gilt dies offensiv, ja angriffslustig zu vertreten.

LITERATUR

Prantl, Heribert (2024): Das Gerede von Pull und Push verdeckt nur die Panik, in: Süddeutsche Zeitung, 27.6.2024, <https://heribertprantl.de/artikel/das-gerede-von-pull-und-push-verdeckt-nur-die-panik/>

Riexinger, Bernd, (2018): Verbindende Klassenpolitik, Hamburg.

Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal, Hamburg.

Ringer, Beat/Wermuth, Cédric (2020): Die Service Public Revolution, Zürich.

Schwerdtner, Ines (2024): Für einen Kurswechsel, in: LuXemburg online, Juni 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/fuer-einen-kurswechsel/>



AUTOR*INNEN

Lia Becker ist Referentin für Zeitdiagnose und Sozialismus am Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (ZAB) der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Sie ist Redakteurin der Zeitschrift *LuXemburg*.

David Begrich ist Theologe und Sozialwissenschaftler und als Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Verein Miteinander e. V. in Magdeburg tätig.

Clara Büniger ist Juristin und als Bundestagsabgeordnete flucht- und rechtspolitische Sprecherin der Gruppe Die Linke. 2017 gründete Büniger den Verein Equal Rights Beyond Borders.

Mario Candeias ist Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien, eh. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG), nun am Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (ZAB) der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Redakteur der Zeitschrift *LuXemburg*.

Julia Dück hat zu Streiks in Krankenhäusern und Kitas geforscht und kämpft nun gegen den Rechtsruck. Sie ist Mitbegründerin der Kampagne «Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!».

Malte Engeler ist Jurist und befasst sich mit post-kapitalistischer Datenökonomie. Er ist Mitbegründer der Kampagne «Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!».

Sebastian Friedrich ist Sozialwissenschaftler, Journalist und Publizist.

Bernd Riexinger ist Mitglied des Deutschen Bundestags für Die Linke und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Wien und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Anika Taschke ist stellv. Bereichsleiterin im Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (ZAB) und Referentin für Neonazismus in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

WEITERE PUBLIKATIONEN



Mario Candeias (Hrsg.)
**RECHTSPOPULISMUS,
RADIKALE RECHTE,
FASCHISIERUNG**
Bestimmungsversuche, Erklärungs-
muster und Gegenstrategien
Materialien Nr. 24
August 2018, 64 Seiten
ISSN 2199-7713

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39174



LuXemburg. Gesellschaftsanalyse
und linke Praxis Ausgabe 2/2023
ZEIT DER MONSTER
144 Seiten
ISSN 1869-0424

Download und Bestellung unter:
[www.zeitschrift-luxemburg.de/
ausgaben/zeit-der-monster/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ausgaben/zeit-der-monster/)

IMPRESSUM

luxemburg beiträge Nr. 24

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-0939 · Redaktionsschluss: September 2024

Titelfoto: picture-alliance/akg-images/Paul Almasy | Paul Almasy

Lektorat: Text-Arbeit, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Wie lässt sich die derzeitige Situation auf den Begriff bringen? Als blockierte Transformation im Zuge gesellschaftlicher Faschisierung. Der Begriff der Faschisierung ist nötig geworden, um einen Qualitätssprung zu fassen. Denn die zunehmende Radikalisierung von rechts beschränkt sich nicht mehr nur auf die radikale Rechte, sondern ist zu einem gesellschaftlichen Phänomen alltäglicher Entzivilisierung geworden.

Lia Becker und Mario Candeias